



Die Absage des 5. DJHT 1974

• **Ausstellungsplakate**

• Der 5. Deutsche Kinder- und Jugendhilfetag sollte 1974 in Hamburg stattfinden. Er wurde abgesagt, nachdem die Sozialistische Aktion Störungen angekündigt hatte.

Der [Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit \(AKS\) Hamburg](#) hat sich im September 2024, d.h. 50 Jahre nach der Absage, in einer [Tagung](#) auf Spurensuche begeben und aktuelle Bezüge diskutiert. Die [Ergebnisse](#) der Tagung sind in der Zeitschrift Widersprüche veröffentlicht.

Die in diesem Rahmen veröffentlichten Ausstellungsplakate wurden zum 18. DJHT in Leipzig gezeigt.

Aus der Vergangenheit lernen

Der Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit (AKS) Hamburg auf Spurensuche nach vergangenen Konflikten und Potenzialen in der Kinder- und Jugendhilfe

Wie kam es zu dem Vorhaben?

Im Frühjahr 2023 beschäftigten wir uns im Zuge einer Tagung an der Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg im Department Soziale Arbeit mit den historischen Bezügen, die zur Gründung des AKS in Hamburg und bundesweit geführt haben sowie den damit im Zusammenhang stehenden Konflikten und Errungenschaften.

Im Zuge dessen sind wir auf die Auseinandersetzungen um den 5. Deutschen Jugendhilfetag (DJHT) gestoßen. Dieser wurde seitens der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ) als Antwort auf die Aktivitäten der Sozialistischen Aktion abgesagt, welche die „Umfunktionalisierung“ und „Gefahr einer Sprengung“ des Jugendhilfetages mit sich zu bringen drohte (AGJ-Pressedienst zur Absage des 5. DJHT, 30.05.1974).

Der 5. DJHT sollte 1974 in Hamburg stattfinden und jährt sich also dieses Jahr zum fünfzigsten Mal. Dieses symbolische Jubiläum haben wir zum Anlass genommen, um im Rahmen einer Fachtagung über Kontinuitäten, Konsequenzen und Schlussfolgerungen ins Gespräch zu kommen.

Um unser Vorhaben vorbereiten zu können, haben wir an mehreren Terminen im Archiv des Hamburger Instituts für Sozialforschung das vorhandene einschlägige Material gesichtet und aufgearbeitet.

Zeitgleich mit unserer Rechercharbeit entwickelte sich die Idee, im Rahmen der Fachtagung eine kleine Ausstellung zu den historischen Bezügen stattfinden zu lassen.

Es ergaben sich sowohl interessante Erkenntnisse über alte Konflikte und neue Potentiale als auch ernüchternde Erkenntnisse über seit 50 Jahren bestehende Konfliktlinien, die wir mit der Aktionstagung in den verschiedenen Workshops aufgreifen und entlang aktueller Entwicklungen diskutieren wollen.

Die Ausstellung soll zur Vertiefung und zur weiteren Diskussion anregen und dazu einladen, gemeinsam Anknüpfungspunkte für unseren heutigen Kampf für eine solidarische Gesellschaft zu entwickeln.

Inhaltsübersicht

- 1) Zeitstrahl
- 2) Rückblick auf den 4. Deutschen Jugendhilfetag 1970 in Nürnberg
- 3) Gründung der Sozialistischen Aktion
- 4) Vorbereitung des 5. DJHT durch die Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ)
- 5) Vorbereitung des 5. DJHT durch die Sozialistische Aktion
- 6) Vorbereitung des 5. DJHT durch verschiedene Gruppierungen
- 7) Auseinandersetzungen um den 5. DJHT
- 8) Absage des 5. DJHT durch die AGJ
- 9) Reaktion der Sozialistische Aktion auf die Absage des 5. DJHT
- 10) Weitere Reaktionen auf die Absage des 5. DJHT
- 11) Absage des 5. DJHT – Konsequenzen

Ende der 60er Jahre - Anfang der 80er Jahre

Neuformierung des „herrschenden Blocks an der Macht“

(nach Gramsci, vgl. Stichwort "Blöcke" in HKWM, Bd. 2, S. 26 ff.)

„1968“ – diese Jahreszahl ist zur Chiffre des Zeitraumes 1965-1975 geworden, dessen sozialökonomische und politische Rahmung zum Verständnis des Aufbruchs in der Sozialen Arbeit notwendig ist.

Große Koalition zwischen CDU und SPD (1966 - 1969)

Sozialliberale Koalition zwischen SPD und FDP (1969 - 1982)

„Bildungskatastrophe“

Am 1. Juli 1965 demonstrieren Studierende in Heidelberg gegen den Bildungsnotstand. Einer der Redner ist der Theologieprofessor Georg Picht: „Gegen diese Zustände demonstrieren wir heute. Die Regierungen und die Parlamente müssen jetzt handeln. Tun sie es nicht, so steht schon heute fest, wer für die dritte große Katastrophe in der deutschen Geschichte dieses Jahrhunderts verantwortlich ist.“ Mit der dritten großen Katastrophe ist die deutsche „Bildungskatastrophe“ gemeint. Picht ist der Urheber dieses Begriffs, der bis heute den bildungspolitischen Diskurs prägt.

Studierendenbewegung – SDS – APO

Motor der Studentenbewegung war der 1947 gegründete "Sozialistische Deutsche Studentenbund" (SDS). Er war bei der Mutterpartei SPD wegen seiner DDR-freundlichen Einstellung in Ungnade gefallen und 1961 ausgeschlossen worden. Nun wurde er zunehmend zum Auffanglager der "Neuen Linken". Der SDS wurde ab diesem Zeitpunkt zu einer antiautoritären, linken Organisation mit anarchistischen Ansätzen, die auch eine wesentliche Rolle in der so genannten Außerparlamentarischen Opposition (APO) spielte. Die APO beeinflusste ab Mitte der 1960er Jahre weite Teile der Studentenbewegung. Sie sah sich als einzige Gegenkraft zur herrschenden Regierung, denn durch die große Koalition gab es im Parlament praktisch keine Opposition mehr.

Notstandsgesetze

Die Notstandsgesetze weiten im Verteidigungsfall, bei inneren Unruhen und Naturkatastrophen die Gesetzgebungskompetenz des Bundes aus. Außerdem ist es nun möglich, bei Unruhen die Einschränkung bestimmter Grundrechte zu erlauben, beispielsweise des Postgeheimnisses sowie den Einsatz von Bundeswehr und Bundesgrenzschutz.

Vietnamkrieg

1954 erlangte Vietnam seine Unabhängigkeit von der Kolonialmacht Frankreich, jedoch spaltete sich das Land aufgrund ständiger Interventionen von Frankreich und den USA schnell in Nord- und Südvietnam. Dies führte zu einem Bürgerkrieg zwischen den beiden Teilen des Landes. Das kommunistische Nordvietnam erhielt Unterstützung vonseiten der Sowjetunion und China, während die USA Südvietnam beistand. 1975 verloren die USA den Krieg, welcher Millionen Menschen in Vietnam das Leben kostete.

Berufsverbote

Der sogenannte Radikalenerlass von Willy Brandt (1972) sah eine Einzelfallprüfung links- und rechtsradikaler Bewerber*innen für den Öffentlichen Dienst und bereits berufener Beamt*innen vor. Er wurde zunächst dazu eingesetzt, Bewerber*innen die Aufnahme in den Staatsdienst zu verwehren und um Beamt*innen aus dem Dienst zu entfernen. Die „Berufsverbote“, wie diese Praxis im Alltag bald benannt wurde, waren einmalig in Europa. Zwar hieß es, sie seien gegen „Radikale von links wie rechts“ gerichtet, faktisch aber betrafen sie fast ausschließlich Kommunist*innen und andere Linke, vor allem Mitglieder der DKP.

Fordismus

Der Fordismus setzt einen bestimmten Stand der Produktion voraus. Hierbei kam es dem Urheber – Henry Ford – darauf an, durch Fließbandarbeit eine hohe Menge von einem bestimmten Produkt zu produzieren. Zu den weiteren Merkmalen des Fordismus gehören die Arbeitsteilung, die Beschäftigung von ungelerten Mitarbeitern und eine standardisierte Fertigung. Diese Art von Massenproduktion ermöglichte eine entsprechende Massenkonsumtion. Beides prägte eine dazugehörige Massenkonformität.

Keynesianismus

Der Keynesianismus (nach John Maynard Keynes - 1883-1946) ist ein ökonomischer Ansatz, bei dem durch den Staat Maßnahmen antizyklisch zum Konjunkturzyklus ergriffen werden. Der Staat soll direkt in die Marktwirtschaft eingreifen und mit entsprechenden Maßnahmen die Konjunkturschwankungen abfangen.

1968

1978

Was waren die Hintergründe zur Absage des 5. DJHT – 1974 in Hamburg?

Die Deutschen Jugendhilfetag 1970, 1974 und 1978 aus der Perspektive der Arbeitsgemeinschaft der Jugendhilfe*

Der 5. DJHT sollte vom 26. - 28. September 1974 in Hamburg stattfinden. Kurzfristig wurde er abgesagt. Stattdessen fand 1974 ein wesentlich kleiner angelegter „Jugendhilfekongress“ zum gleichen Thema in Düsseldorf statt (diese Tagung galt ab da als „5. DJHT“, ohne weitere Erklärung). Diese Absage wird gerahmt vom **4. DJHT (10.-13. Mai 1970 in Nürnberg)** und dem **6. DJHT in Köln (09.-11. November 1978)**

Der 4. DJHT 1970 in Nürnberg

1970 in Nürnberg prallten die Welten konservativer Jugendhilfestrukturen und -funktionär*innen einerseits und politisch bewegter Aktivist*innen der Jugendhilfe erstmals heftig aufeinander.

In seinem Eröffnungsreferat brachte Peter Fürstenau die Grundstruktur des Konflikts prägnant auf den Punkt: „Die Politisierung des Erziehungs- und Bildungsbereiches im Sinne öffentlicher Diskussion der Verhältnisse und Verfahrensweisen hat in der letzten Zeit auch den Bereich der Jugendhilfe erreicht. Nicht das Fachpersonal ihrer Einrichtungen, die Trägerverbände, politische Instanzen, Wissenschaftler oder die Presse, sondern betroffene Jugendliche haben zusammen mit Studenten die Politisierung durch Rebellion zustande gebracht.“ (Peter Fürstenau: Kindheit und Jugend in der Gesellschaft – Hauptreferat; in: Hornstein (Hrsg.): Kindheit und Jugend in der Gesellschaft (1970), München, S. 27)

Auch seine Zustandsbeschreibung ist pointiert: „Die gekennzeichnete Struktur des sozialen Feldes >Jugendhilfe< gehört zum Typus vorindustrieller, ständischer, nichtdemokratischer Gesellschaft, für die die Ausbildung naturwüchsig anmutender Sozialgebilde mit verbrieften Privilegien und geringer Dynamik ebenso eigentümlich ist wie die Berufung auf Religion, Sitte und Brauchtum statt auf rationale Handlungs- und Beurteilungsstrukturen.“ (ebd., S. 29)

Seine Analyse bringt Peter Fürstenau abschließend so auf den Punkt: „Eine günstige Veränderung im Bereich der Jugendhilfe, eines wesentlichen Sektors gesellschaftlichen Lebensraumes für unsere Kinder und Jugendlichen, kann nur von einem offenen und öffentlichen Austragen der latenten pädagogischen und organisatorischen Konflikte und einer öffentlichen Diskussion der zugrundeliegenden Wertorientierungen erwartet werden. Denn nur so kann man zu legitimierten klaren pädagogischen Konzeptionen und Zielsetzungen und neuen Organisationsformen gelangen.“ (ebd. S. 29f)

Wie ging die AGJJ mit diesen Erfahrungen um?

Zunächst einmal hat der Vorstand der AGJJ nach Beendigung des 4. DJHT eine Entschließung gefasst, die u.a. enthielt: „Der Vorstand distanziert sich insbesondere von allen während des 4. Deutschen Jugendhilfetages erfolgten Äußerungen gegen die verfassungsmäßige Grundordnung unseres Staates und von der Diffamierung, die Personen und Trägergruppen widerfahren ist, sowie von den Methoden, mit denen Veranstaltungen des 4. DJHT manipuliert wurden. Der Vorstand stellt ferner fest, daß alle Resolutionen, die auf dem für jedermann offenstehenden 4. DJHT gefaßt wurden, nicht die Meinung der AGJJ wiedergeben, sondern Abstimmungen der Arbeitsgruppen darstellen.“ (ebd. S. 183)

Das blieb nicht unwidersprochen! Erziehungswissenschaftler, die am 4. DJHT teilgenommen hatten – Martin Bonhoeffer, Peter Fürstenau, Klaus Mollenhauer und Hans Thiersch – übergaben am 14.05.1970 der dpa eine Erklärung, in der sie u.a. ausführten: „Diese Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der die Jugendhilfe in der BRD tragenden Verbände und Behörden scheint uns kennzeichnend für die politische Einstellung, die die organisierte Jugendhilfe bis heute bei uns beherrscht. Die Entschließung diffamiert die Analyse der die Jugendhilfe bestimmenden gesellschaftlichen Kräfte, die Offenlegung und den offenen Austrag von Interessenkonflikten; sie bekämpft die Auseinandersetzung über eine Konkretisierung demokratischer Modelle der Jugendhilfe in der Gesellschaft und versucht, die diesbezüglichen Arbeitsergebnisse des Jugendhilfetags um ihre politische Wirkung zu bringen.“ (ebd. S. 184)

Der geplante 5. DJHT 1974 in Hamburg

Vom 26.-28. September 1974 sollte der 5. DJHT in Hamburg stattfinden. Über das geplante Programm informieren die AGJ-Mitteilungen 70 (März 1974). Das Thema sollte sein: „Jugend und Recht“: „Das Thema ... würde für den Jugendhilfetag gewählt, weil wir uns in einer Phase weitreichender Neukodifizierung des die junge Generation tangierenden Rechts befinden: z. B. des Jugendhilferechts, Adoptionswesens, der elterlichen Sorge und der beruflichen Bildung.“

Die Veranstaltung sollte vier übergreifende „Sozialisationsfelder“ thematisieren: Familienerziehung, Außerfamiliäre Erziehung (erzieherische Hilfen), Jugendarbeit und Freizeit, Ausbildung und Beruf.

Der Kongress sollte sich in einen Informationsteil (Podiumsdiskussion) (½ Tag), einen Diskussionsteil (1 ½ Tage) und einen Ergebnisteil (Podiumsdiskussion) (½ Tag) gliedern.

JuPoFo

Es wurde deutlich, dass es eine schlichte Neuauflage der „Sozialistischen Aktion“ nicht geben werde. Stattdessen ergab sich: „Zustimmung bei der Mehrheit der Anwesenden fand ein Konzept, die oppositionellen Kräfte in Vorbereitungsgruppen zusammenzufassen, die entsprechend der AGJ-Planung nach Arbeitsfeldern gegliedert sein sollten. Alle hierbei mitwirkenden Gruppen und Einzelpersonen sollten sich als Jugendpolitisches Forum (JupoFo) verstehen.“ (Sozialistisches Büro (1979): Informationsdienst Sozialarbeit, Nr. 22, S. 5)

Akteure des Jugendpolitisches Forum nahmen aktiv an der inhaltlichen Strukturierung des 6. DJHT 1978 in Köln teil.

Die Absage

Zur Vorstandssitzung der AGJ am 29. Mai 1974 gab es dann allerdings eine „Vorlage des Vorstandes an die Mitgliederversammlung für die Sitzung am 29. Mai 1974“: „Betr.: 5. Deutscher Jugendhilfetag“.

Darin heißt es: „Der 5. Deutsche Jugendhilfetag, zu dem ca. 3000 Teilnehmer erwartet wurden, war unter dem Thema >Jugend und Recht< geplant. Dieser Jugendhilfetag sollte sich mit den vielfältigen aktuellen jugendpolitischen Reformbemühungen auseinandersetzen. [...] Nachdem auch die organisatorischen Vorbereitungen weitgehend abgeschlossen waren, wurde vor einigen Wochen deutlich, daß eine in der >Sozialistischen Aktion 5. DJHT< zusammengeschlossene Gruppe die Zielsetzungen der AGJ für den Jugendhilfetag entschieden ablehnt und die Absicht verfolgt, den Jugendhilfetag nach ihren Vorstellungen völlig >umzufunktionieren<. Die Sozialistische Aktion hält unseren Staat nur insoweit für reformfähig und -willig, wie es den Interessen der >herrschenden Kräfte< im Staat nützt. Deshalb seien Reformen im Interesse der Kinder und Jugendlichen illusionär und unmöglich. Ihr selbsterklärtes Ziel ist es, sich ohne Zahlung des für Alle geltenden Teilnehmerbeitrages Zutritt zum Jugendhilfetag zu verschaffen, ohne Rücksicht auf in Abstimmungen erzielte Mehrheiten, Inhalte und Verlauf des Jugendhilfetages nach ihren eigenen Interessen zu bestimmen und die Reformunfähigkeit des Staates zu entlarven. Die Sozialistische Aktion war nicht bereit, auf diese Forderungen zu verzichten und sich wie andere Organisationen in den entsprechenden Kommissionen an der Vorbereitung des Jugendhilfetages zu beteiligen.“

Es ist daher zu erwarten, daß es zu einer totalen Konfrontation zwischen den die Interessen der AGJ unterstützenden Teilnehmern und Vertretern der Sozialistischen Aktion kommen wird. Hierdurch würde die Chance vertan, konstruktive Vorschläge für rechtspolitische Reformen in der Jugendhilfe auf breiter Basis zu erarbeiten und sie damit wirksam zu vertreten. Deshalb kann es die AGJ nicht verantworten, dass die für den Kongreß erforderlichen öffentlichen Mittel aufgewendet werden.“

Die AGJ will als Veranstalter auch nicht auf undemokratisches, intolerantes und inquisitorisches Verhalten der Sozialistischen Aktion in gleicher Weise reagieren, da sie hierin kein geeignetes Mittel einer politischen Auseinandersetzung sieht.

Aufgrund der unüberbrückbaren Gegensätze sieht die AGJ keine vertretbare andere Alternative, als den Jugendhilfetag abzusagen.“

*Auszüge aus der Recherche von Norbert Struck vom Juni 2024

2) Rückblick auf den 4. Deutschen Jugendhilfetag (DJHT) 1970 in Nürnberg

NÜRNBERGER NACHRICHTEN
Mittwoch, 13. Mai 1970
Bis jetzt wenig praktikable Lösungen und viele radikale Forderungen
Hilflosigkeit beim vierten Jugendhilfetag
„Praktiker“ dominiert in den Arbeitsgruppen — Resolutionen verhindert

Praktiker der Heimerziehung contra Revolutionäre
Keine Einigung auf eine Resolution

Ein Nachhilfeunterricht in Marxismus
Der Vorstand des Jugendhilfetages gab in der Diskussion vorerst klein bei

NÜRNBERGER ZEITUNG
FRÄNKISCHER KURIER
13. Mai 1970

ABENDZEITUNG, Nürnberg 11. Mai 1970
Die AZ berichtet vom 4. Deutschen Jugendhilfetag in Nürnberg
Die kritische Jugend gab schon zum Auftakt den Ton an

ABENDZEITUNG, Nürnberg, Dienstag, 12. Mai 1970
Klassenkampf von oben mit dem von unten begegnen

Erziehung ohne Zwang schon in der Vorschule

NÜRNBERGER ZEITUNG - FRÄNKISCHER KURIER
Montag, 11. Mai 1970
Rote Fahnen und Spektakel
4. Deutscher Jugendhilfetag begann mit Krawallen — Jugendliche ließen Staatsminister Pirkel nicht sprechen — Gegen „destruktive Opposition“

Tumulte beim Jugendhilfetag
Kostenlose Vorschulen und bessere Besoldung für Erzieher gefordert
Von unserem Korrespondenten Eckart Spoo

FRANKFURTER
RUNDschau
Donnerstag,
14. 5. 70

NÜRNBERGER ZEITUNG
FRÄNKISCHER KURIER
Dienstag,
12. Mai 1970
Angriff auf eine idealisierte Welt
„Die Schule stellt die Jugend unter Druck und hat kein Bildungsziel“ — Noten bestimmen Sozialchance

NÜRNBERGER NACHRICHTEN, Donnerstag, 14. Mai 1970
Tontechniker verhinderte beim Jugendhilfetag eine böse Saalschlacht
Das Hearing endete im Walzerschritt
Sozialistische Union sprangte die Schlussveranstaltung in der Meistersingerhalle
Mehrheit der Besucher war machtlos — Gewalttätigkeiten durch Musik vertrieben
Polizei verunglückte auf der Fahrt zum Tagungsort — Veranstaltung gewaltfrei ab

Ringeln um Kinderseelen

ABENDZEITUNG, Nürnberg

4. Deutscher Jugendhilfetag
Nürnberg 10.-13. Mai 1970
Kindheit und Jugend in der Gesellschaft

Veranstaltungen

Jugend in der Freizeit

Referate
Mehr Freiheit durch Freizeit?
Die Funktion der Freizeit in der Gesellschaft
Das Freizeitangebot unserer Gesellschaft

Arbeitsgruppen
1 Freizeitstätte — autonom oder ferngesteuert?
Pädagogik der Emanzipation — pro und contra
2 Underground — Pop — Subkultur
Massenmedien und Freizeitpädagogik
3 Zwischen Gammeln und Gängen
Jugendtourismus — Freiheit auf Zeit

Der Praktiker hat das Wort
Freizeitstätte Paradiso, Amsterdam
Jugendzentrum Bern
Polizeiclub Mannheim
Caritas Pirkheimer Haus, Nürnberg

Jugend und Politik

Politische Bildung
Hilfe zur Emanzipation oder Vorwand zur Anpassung?
Selbstbestimmung oder Verantwortung im Sandkasten?
Politische Bildung und politische Aktion

Zwei Beispiele aus der Jugendarbeit — In Hearings und Arbeitsgruppen analysiert.

Arbeitsgemeinschaft für Jugendpflege und Jugendfürsorge

Der 4. Deutsche Jugendhilfetag versteht sich als jugendpolitisches Forum, auf dem
— Mitarbeiter aus allen Bereichen der Jugendhilfe
— Vertreter der Schule und Arbeitswelt
— Vertreter der Parteien und Parlamente
— Vertreter der Wissenschaften
— Vertreter der Ministerien
— Vertreter der Arbeitgeber und der Gewerkschaften
— Eltern und Jugendliche
über aktuelle jugendpolitische Fragen diskutieren, die gesellschaftlichen Strukturen aufzeigen, die das Leben von Kindern und Jugendlichen bestimmen, die gesellschaftliche Funktion der Jugendhilfe aufzeigen und Konsequenzen für die Jugendhilfe zur Diskussion stellen.

Teilnahmebedingungen
Der Tagungsbeitrag beträgt 25 DM, für Studierende 5 DM
Anmeldeschluß ist der 20. April 1970
Zimmerbestellungen nimmt der Verkehrsverein der Stadt Nürnberg, Eilgutstr. 5, Telefon: (0911) 20 46 04, entgegen.

Unterlagen zur Anmeldung
werden auf Anforderung von der Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft für Jugendpflege und Jugendfürsorge 53 Bonn 1, Haager Weg 44, Telefon (02221) 28 15 20, zugesandt.

Programm

sonntag, 10. Mai 1970
achtmittags Kindheit und Jugend in der Gesellschaft
Privatdozent Dr. Peter FORSTENAU (Gießen)
abends Empfang für alle Teilnehmer
Grüßworte

montag, 11. Mai 1970
vormittags Referate, Arbeitsgruppen, Forums-, Plenumsdiskussionen,
nachmittags Hearings, Filme zur Situation der Kinder und Jugendlichen in Familie
abends Erziehung und Bildung
Ausbildung und Beruf
Freizeit
Politik
Beisammensitzen der Teilnehmer

dienstag, 12. Mai 1970
vormittags Fortsetzung der Diskussion
und nachmittags

mittwoch, 13. Mai 1970
vormittags Jugendpolitisches Hearing

Tagungszentrum:
Meistersingerhalle

Veranstaltungen

Kinder und Jugendliche in der Familie

Referat
Ergebnisse der internationalen Sozialisationforschung

Arbeitsgruppen
1 Kindesrecht contra Elternrecht
2 Soziale Herkunft und Chancengleichheit
3 Kommune — Familienkorporation
Alternativen zur Familie?
4 Geld entscheidet mit — Was ist das Kind dem Staat wert?
5 Die sogenannte „intakte“ Familie
Das Familienbild des Sozialarbeiters als Problem für die Familie

Plenumsdiskussion

Kinder und Jugendliche in Erziehung und Bildung

Vorschulerziehung

Referat
Vorschulerziehung — falsch programmiert?

Arbeitsgruppen
1 Lernen im Vorschulalter
2 Training im Kindergarten
Sprachförderungsprogramme und ihre Wirkung
3 Erziehung ohne Zwang?
Psychoanalytische Grundlagen antiautoritärer Erziehung

Der Praktiker hat das Wort
Kindergarten
Vorschulklasse
Antiautoritärer Kindergarten
Plenumsdiskussion

Veranstaltungen

Heimerziehung

Referat
Heimerziehung in der Kritik

Arbeitsgruppen
1 Von Amts wegen ins Heim
Kriterien für die Heimerweisung
2 Gesellschaftliche Ursachen für soziale Auffälligkeit
3 Prügelknabe Heimerziehung
Die Situation junger Menschen im Heim

Der Praktiker hat das Wort
Jugendheim Abtshof (Hennel)
Lehrlingswohnheim St. Christopherus (Karlruhe)
Jugendwohngemeinschaften (Frankfurt/M.)

Plenumsdiskussion

Jugendverbände
Thesen zur Diskussion I
Jugendverbände — Interessenvertreter der Jugend oder Erfüllungshelfer der Gesellschaft?
Thesen zur Diskussion II
Jugendverbände — Faktor im Bildungssystem oder tolerierte Randerscheinung?

Jugend in Schule und Betrieb

Referat
Schüler im Spannungsfeld von Leistungsanforderung, Erziehung und Verwaltung
Die Betriebsstruktur und ihre Auswirkungen auf die Situation junger Arbeitnehmer

Plenumsdiskussionen

Referate
Pädagogische und gesellschaftliche Konflikte in der Schule
Pädagogische und politische Konflikte im Betrieb

Hearing
Konfliktsfälle aus Schule und Betrieb
anschließend Arbeitsgruppen
Plenumsdiskussion

SOZIALPÄDAGOGISCHE KORRESPONDENZ

DER KINDERGÄRTNERINNEN - ERZIEHER - JUGENDPFLERGER UND SOZIALARBEITER
IN PRAXIS UND AUSBILDUNG UNKOSTENBEITRAG 1.- DM

Sozialisten gegen Fürsorgelei

Politisierung des Jugendhilfetages in Nürnberg

Die Sozialistische Aktionsgruppe ging mit der Zielsetzung nach Nürnberg, den Jugendhilfetag unter folgenden Gesichtspunkten umzustrukturieren:

1. Wie verdeutlichen wir den Ausbeutungs- und Klassencharakter der westdeutschen Gesellschaft im Hinblick auf die Lage insbesondere der Kinder und Jugendlichen aus der Arbeiterklasse
2. Den Teilnehmern des Jugendhilfetages die gesellschaftlichen Bedingungen aufzeigen und die bisherige systemstabilisierende Funktion der Jugendhilfe durchschaubar machen
3. Analyse der Berufssituation der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen. Aufzeigen der Möglichkeiten für eine systemüberschreitende politische Praxis in und außerhalb der Institutionen der Jugendhilfe, mit dem Ziel, bei diesen Berufsgruppen die Bereitschaft zu entwickeln neue Wege mit größerer Entschlossenheit zu beschreiten und sich zu diesem Zweck zu organisieren.

Die Sozialistische Aktionsgruppe in den Vorbereitungsdiskussionen war außerdem davon ausgegangen, daß allen Teilnehmern Arbeits- und Diskussionspapiere zu folgenden Themen zur Verfügung stehen sollten:

- Zusammenhang von Sozialisation und Klassenkampf
- Deklassierungsprozeß proletarischer Kinder und Jugendlicher und ihre Disziplinierung durch das Erziehungsheim
- Klassenspezifische Sozialisation im Betrieb
- Lage der Arbeiterkinder und -jugendlichen im westdeutschen Bildungssystem

Dadurch sollte eine gemeinsame theoretische Grundlage geschaffen werden, von der aus eine gezielte Analyse der Funktion von Jugendhilfe im kapitalistischen Gesellschaftssystem zu leisten ist.

Zur Organisation der Sozialistischen Aktion

Für Nürnberg ist festzustellen, daß die Sozialistische Aktion in organisierter Form auftrat. Zur Vorbereitungstreffen, das erste von einer Initiativgruppe, das zweite von Delegierten verschiedener Projekt- und Arbeitsgruppen aus mehreren Städten getragen, hatten die Aktion inhaltlich und organisatorisch vorbereitet und die Situation in Nürnberg einzuschätzen versucht.

Wesentlich für das erfolgreiche Bestehen waren verschiedene Schritte. In Nürnberg stand ein Informations- und Organisationszentrum zur Verfügung. Mit Nürnberger Genossen war Kontakt aufgenommen und deren Adressen an alle bekannten Gruppen weitergeleitet worden. Die notwendige Quartierbeschaffung war nun erleichtert und dem Kommunikationsbedürfnis wurde dadurch entsprochen.

An dieser Stelle muß den Nürnberger Genossen Anerkennung ausgesprochen werden, die mit erheblichem zeitlichen Einsatz über 200 kostenlose Quartiere beschafften. Diese Solidarität und kollektive Haltung stellte die beste Voraussetzung für die Arbeit in Nürnberg dar und ist besonders hervorzuheben.

Die Verantwortlichen für diesen Jugendhilfetag waren durch das zahlreiche Erscheinen und gezielte, vorbereitete Auftreten der Sozialistischen Aktion in verständliche Unruhe versetzt. Hatten sie doch nicht nur um den "geordneten und ruhigen Verlauf" des Kongresses zu bangen, sondern auch den Verlust der Gefolgschaft gerade der Kindergärtnerinnen, Sozialarbeiter, Jugendpfleger, Lehrer und Heimzieher zu befürchten.

Zur Organisationsfrage

Sozialistische Sozialarbeiter und Sozialpädagogen haben bisher in Gewerkschaften, Berufsorganisationen und Basisgruppen versucht, organisatorische Konsequenzen zu ziehen aus der Unmöglichkeit, individuell am Arbeitsplatz systemspärende Reformen zu praktizieren und durchzusetzen.

- Die Arbeit in den Gewerkschaften hat jedoch deren strikte Beschränkung auf Lohnpolitik nicht durchbrechen können, zum Teil auch deshalb, weil Ansätze zur Ausweitung auf Gesellschaftspolitik und Arbeitsplatzpolitik nur lokal und nicht überregional getragen wurden.

- Die Arbeit in den Berufsorganisationen blieb auf standespolitische Aktivitäten beschränkt, die zwar z.B. den Ausbildungsstand der Sozialarbeiter und -pädagogen heben, nicht aber deren Arbeit selbst verbessern und politisieren konnten.

- Die bisherige Arbeit der Basisorganisationen hat zwar einige politische Erfolge erzielen können, die aber irrelevant blieben, da sie ohne Zusammenhang und Koordination untereinander arbeiteten, eine einheitliche Strategie in den notwendig überregionalen Bereichen nicht entwickelten und frustriert von ihrem Beruf, sich in Utopien flüchteten.

Aus diesen Erfahrungen müssen jetzt Konsequenzen gezogen werden, es muß ermöglicht werden, daß die verstreuten Gruppen auf lokaler Ebene voneinander profitieren und auf überregionaler Ebene verbindlich zusammenarbeiten können. Ein weitergehender Zusammenschluß wäre heute verfrüht, da eine einheitliche Strategie der sozialistischen Praxis im sozialen Sektor nicht verbindlich vorgeplant und ausgearbeitet werden kann. Die jetzt anzustrebende Kooperation sollte aber, um Vorstufe zu einer solchen Organisation zu sein, einerseits eine

Vereinheitlichung der Strategiebildungen durch allgemeine und intensive Diskussion und Schulung zum Ziel haben, andererseits sich zur Aufgabemachen, alle noch so reformistischen und liberalen Gruppen an sich heranzuziehen, um nicht ihre sozialistische Zielsetzung zu gefährden.

Von daher leiten sich folgende Prinzipien her, die die mittelfristige Perspektive der Kooperation bestimmen sollen, und deren Anerkennung die teilnehmenden Gruppen zur Mitarbeit und zur Befolgung mehrheitlicher Beschlüsse verpflichten muß:

- 1) Die Arbeit der kooperierenden Gruppen ist Teil der Arbeit der nichtrevisionistischen Linken.
- 2) Die Gruppen arbeiten sowohl innerhalb wie auch außerhalb der Institutionen (Stadteilarbeit und deren Abstützung innerhalb der Gewerkschaften, Reform der institutionellen Sozialarbeit und Kampf gegen die Politik der Gewerkschaften und Ständesorganisationen, Verbesserung der institutionellen Aus- und Weiterbildung sowie Organisation von Gegenausbildung und Schulung.)
- 3) Die Gruppen sind offen für alle, die sich an ihrer Arbeit beteiligen, sie sind keine Ständesorganisationen der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen.
- 4) Die Kooperation erstreckt sich auf die Vermittlung von Erfahrungen aus der lokalen Arbeit und auf die gegenseitige Kritik und Selbstkritik von Theorie und Praxis.
- 5) Die Kooperation erstreckt sich weiterhin auf verpflichtende Mitarbeit an überregionalen Kampagnen, z.B. in der Gewerkschafts- und

Ausbildungspolitik.

6) Ein Informations- und Diskussionsorgan stellt die ständige Verbindung zwischen den Gruppen her.

7) Zur Finanzierung der überregionalen Arbeit werden Mitgliedsbeiträge von allen Gruppen erhoben.

Diese Kooperation, deren Beginn die "Sozialistische Aktionsgruppe Jugendhilfetag" werden kann, sollte durch folgende organisatorische Schritte weitergeführt werden:

1. Anerkennung der "Prinzipien".
 2. Bildung eines ständigen Koordinationsausschusses bzw. Planung regelmäßiger Delegationstreffen aller Gruppen.
 3. Gründung eines Informations- und Diskussionsorgans, Festlegung und Planung von Richtlinien, Redaktion und Vertrieb.
 4. Planung und Durchführung von Kampagnen.
 5. Festsetzung der Mitgliedsbeiträge.
- Antrag AKS Berlin

Arbeitsgruppe 3

"Erziehung ohne Zwang"
(etwa 400 Teilnehmer)

Der Genosse Reinhart Wolff war als offizieller Referent eingeladen worden, um der AGJJ als Alibi für praktizierten scheindemokratischen Pluralismus zu dienen. Der Genosse Wolff nutzte die Chance und durchleuchtete in seinem Referat "Erziehung ohne Zwang - Über einige Grundfragen antiautoritärer sozialistischer Erziehung" das politische Geschäft Erziehung und stellte es in den gesellschaftlichen und ökonomischen Zusammenhang, in den es gehört.

In einer längeren Vorbemerkung stellte er die Reaktionen der Herrschenden auf die Versuche antiautoritärer sozialistischer Erziehungsmodelle dar.

Im zweiten Teil des Referats wurden die ökonomischen Bedingungen und Widersprüche im Kapitalismus im Hinblick auf die Bedeutung von Vorschul-erziehung deutlich gemacht.

Der dritte Teil erklärte die Prinzipien antiautoritärer und sozialistischer Erziehung, die

- a) den Widerspruch zwischen Kind und Erzieher tendenziell aufheben will,
- b) sich dazu der Kenntnis der Psychoanalyse bedient und
- c) die Grenzen, die Erziehung bisher durch Klassenerziehung gesetzt waren, überwinden will.

Sozialistische Aktion Jugendhilfetag

Für die weitere Arbeit der Sozialistischen Aktion, die während des Jugendhilfetages aus ca. 300 Genossen und Sympathisanten bestand, gilt es jetzt, Ansätze für eine solche Organisation zu finden, zunächst also die kritisch sozialistisch orientierten Sozialarbeiter und Erzieher in lokalen projektorientierten Gruppen zu sammeln. Eine noch während des Jugendhilfetages gebildete Projektgruppe wird sich mit den Möglichkeiten überregionaler Zusammenarbeit befassen.

Kontakt- und Informationsadressen:
Sozialpädagogische Korrespondenz, Berlin 12
Sozialistisches Büro, 605 Offenbach, Kantstr. 71
Postfach 591
ohne Namen!

3) Gründung der Sozialistischen Aktion

SOZIALISTISCHE AKTION JUGENDHILFETAG 10. - 13. Mai 1970, Nürnberg

An Pedro Graf, Annelie Keil, Arno Klönne, Manfred Liebel, Wilfried Maier, Christian Marzahn, Jochen Müller, Peter Pott, Manfred Rabatsch, Kurt Sprenger, Adolf Schadinger, Reinhard Wolff

Genossen, es ist bestimmt nützlich, wenn wir - die Initiatoren der SOZIALISTISCHEN AKTION JUGENDHILFETAG - zu einer kurzen Vorbesprechung noch vor dem größeren Vorbereitungstreffen zusammenkommen. Kommt deshalb, soweit ihr es euch einrichten könnt, bereits gegen 16 Uhr in das Jugendzentrum, Nürnberg, Untere Talgasse 7.

Anbei das "Gesamtpapier" für Nürnberg.

SOZIALISTISCHE AKTION JUGENDHILFETAG

Informationen über:

Sozialpädagogische Korrespondenz, c/o Manfred Rabatsch, 1 Berlin 19, Spandauer Damm 253, Telefon 0311 - 3044027
Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591
Hohe Str. 28 (Souterrain), Telefon 0611 - 832593

im April 1970

Betr.: Sozialistische Aktion zum Jugendhilfetag
am 10. bis 13. Mai 1970 in Nürnberg

Genossinnen und Genossen!

Hiermit geben wir Euch Informationen zum 4. Deutschen Jugendhilfetag (DJHT), zu dem die Arbeitsgemeinschaft Jugendpflege - Jugendfürsorge (AGJJ) zum 10. bis 13. Mai 1970 in Nürnberg eingeladen hat. Insbesondere weisen wir hier auf den Aufruf "Sozialistische Aktion zum Jugendhilfetag"; dieser Aufruf steht als Flugblatt und als Plakat in weiteren Exemplaren zur Verfügung und ist gegen Voreinsendung des Unkostenbeitrages in Briefmarken zu bestellen bei Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591 (Flugblatt 50 Stück DM 1,50, Plakat 2 Stück DM 1,--).

Vor dem Hintergrund der autoritären Anpassungs- und Verdummungsmechanismen und der Deklassierungsprozesse, denen in der westdeutschen Klassengesellschaft vor allem die Arbeiterkinder und die Arbeiterjugend in Kindertagesstätten, in Schulen und Betrieben, in Heimen und Familien unterliegen, und angesichts der zunehmenden Bewußtwerdung der Schüler und Lehrlinge über die Unerträglichkeit ihrer Lage, muß verhindert werden, daß erneut ein Jugendhilfetag, wie die Jugendhilfe bisher, das Geschäft der Verschleierung mit betreibt, gerade dadurch, daß er sich ein wissenschaftlich-progressives Mäntelchen umhängt. Hierzu haben Genossen aus Detmold, Frankfurt, Göttingen, Stuttgart und Westberlin am 17. März 1970 in Offenbach eine SOZIALISTISCHE AKTIONSGRUPPE JUGENDHILFETAG gebildet, der sich inzwischen Genossen aus Bochum, Düsseldorf, Hamburg, Kiel, München, Steinkimmen und Wiesbaden angeschlossen haben.

Die Aktionsgruppe wird den Jugendhilfetag als Forum benutzen und, wo nötig, umstrukturieren mit dem Ziel,

1. den Ausbeutungs- und Klassencharakter der westdeutschen Gesellschaft im Hinblick auf die Lage, insbesondere der Kinder und der Jugendlichen aus der Arbeiterklasse, zu verdeutlichen;
2. den auf dem Jugendhilfetag Versammelten die gesellschaftlichen Bedingungen und die bisherige systemstabilisierende Funktion der Jugendhilfe zu demonstrieren;
3. die Berufssituation der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen zu analysieren, ihnen Wege für eine systemüberschreitende politische Praxis in und außerhalb der Institutionen der Jugendhilfe aufzuzeigen und sie veranlassen, diese mit größerer Entschlossenheit zu beschreiten und sich zu diesem Zweck zu organisieren.

Inzwischen fand in Göttingen eine weitere Vorbereitungssitzung statt, über die ein Kurzprotokoll beigefügt ist. Wir werden alle Genossinnen und Genossen, die die Sozialistische Aktion zum Jugendhilfetag unterstützen und in diesem Sinne am Jugendhilfetag teil-

nehmen, informieren und vor allem die für das Einleitungs-Teach-in vorgesehenen Arbeitspapiere rechtzeitig an die Genossinnen und Genossen verschicken. Weitere Vorschläge bitten wir an eine der oben angegebenen Adressen in Offenbach und Westberlin.

Genossinnen und Genossen, bereitet Euch auf den Jugendhilfetag vor, nehmt am Jugendhilfetag teil und kommt bereits am 9. Mai nach Nürnberg, helft mit, aus dem etablierten Jugendhilfetag eine Manifestation unserer revolutionären Entschlossenheit werden zu lassen, kümmert Euch nicht um formelle Einladungen, mobilisiert unzufriedene Kollegen, veranlasst, daß Schüler- und Lehrlingsgruppen den Jugendhilfetag zu einer Plattform ihrer Interessen und ihrer Aktionsbereitschaft in Schulen, Betrieben, Heimen und Familie machen!

SOZIALISTISCHE AKTIONSGRUPPE JUGENDHILFETAG

SOZIALISTISCHE AKTION ZUM JUGENDHILFETAG

8. - 11. September 1974 Hamburg

Nach 2jährigem Zögern veranstaltet die Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ) den 5. Jugendhilfetag in Hamburg. Die Analysen der Sozialistischen Aktion 4. DJHT hatten das Bündnis der Verbände mit der herrschenden Klasse aufgedeckt und deutlich gemacht, daß die unterprivilegierten Jugendlichen eine konsequente Vertretung ihrer Interessen von denjenigen Institutionen nicht erwarten konnten, die an ihrer Deklassierung mitwirken. Zielscheibe der Sozialistischen Aktion war die janusköpfige Politik der Träger der Sozialarbeit, die ihre Mitarbeiter mit dem Appell an den pädagogischen Idealismus zusätzlich ausbeuten und durch miserable Arbeitsbedingungen den individuellen Arbeitseinsatz der Erzieher und Sozialarbeiter etc. sabotieren. Politisches Ergebnis des JHT:

Die Entstehung mehrerer sozialistischer regionaler und überregionaler Organisationsansätze im Sozialbereich.

In dem Maße, wie sich in den letzten Jahren die Klassenauseinandersetzungen in der BRD verschärft haben, ist das politische Bewußtsein der Sozialarbeiter gewachsen. Das zeigt sich in der solidarischen Unterstützung beim Wohnungs- und Stadteinkampff und in der schwindenden Bereitschaft der Sozialarbeiter, sich kritiklos der Sozialbürokratie zu unterwerfen. Angesichts der ökonomischen und politischen Krisen, des wachsenden Widerstandes der Arbeiter und Angestellten gegen den Raubbau an ihrer Arbeitskraft, gegen die Steigerung der Arbeitssetze, gegen Entlassungen, Inflation und Lohnrückerei, gegen die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen ist der staatliche Interventionsapparat heute immer mehr gezwungen, die Unterdrückungs- und Disziplinierungsinstrumente staatlicher Gewalt in allen gesellschaftlichen Bereichen auszubauen, um die kapitalistischen Produktionsbedingungen zu erhalten und das Steigen der Profite zu sichern:

Politische Polizei kontrolliert in den Betrieben Arbeiter, die für die Verbesserungen von Arbeitsbedingungen kämpfen, Spezialeinheiten der Polizei zerschlagen Wohnkollektive und räumen als Handlanger privater Bau-löwen besetzte Häuser.

Von der Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen bleiben die Sozialarbeiter und Erzieher nicht ausgenommen. Sie werden ebenso wie fortschrittliche Arbeiter, Jugendvertreter, Vertrauensleute, Lehrer, Juristen etc. in ihren Tätigkeitsfeldern diszipliniert und mit Entlassungen und Berufsverbot bedroht.

Die Widersprüchlichkeit der Sozialarbeit als Versorgungs- und Disziplinierungsinstrument staatlicher Politik, die reale Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse greift die AGJ ebensowenig auf, wie die aktuellen Kämpfe der Arbeiterbewegung und die politischen Konflikte im Sozialbereich.

Das Thema für den Hamburger Jugendhilfetag: "Jugend und Recht" wurde von der AGJ gewählt, da eine "umfangreiche Neukodifizierung des Jugendgesetzgebungsbereiches ansteht, auf die man mit der breitesten Ebene des Forums Jugendhilfetag reagieren sollte."

Der Jugendhilfetag hat für die etablierten "Verwalter der Jugend" eine wichtige Funktion. Aus den vorgesehenen Fragestellungen und dem geplanten Ablauf geht hervor, daß der JHT der scheidendemokratischen Legitimation der Jugendpolitik der Regierungen und der Verbandsführungen dient und zugleich die Loyalität der "Fachbasis" gegenüber dem bürgerlichen Staat sicherstellen soll. Er soll den Eindruck entstehen lassen, die Masse der mit Kindern und Jugendlichen beruflich befaßten Sozialarbeiter und Sozialpädagogen könne bei der "hohen Jugendpolitik" mitreden und mitentscheiden.

Die vorgesehenen Themenbereiche in den 4 Sozialisationsfeldern

- Familienerziehung,
- Außerfamiliäre Erziehung,
- Freizeit und außerschulische Jugendarbeit,
- Ausbildung und Beruf,

zielen auf eine "Verrechtlichung" und "Verfachlichung" der Diskussion und damit auf die Leugnung materieller Interessen und die Verharmlosung und Neutralisierung gesellschaftlicher Widersprüche ab.

Die Aufspaltung des Jugendhilfetages in kleinste Diskussionszirkel wird mit dem Bedürfnis vieler Sozialarbeiter nach überregionalem Erfahrungsaustausch legitimiert, zielt aber darauf ab, die Artikulation gemeinsamer Interessen und ihre Durchsetzung zu verhindern.

Aufgabe der SOZIALISTISCHEN AKTION ist es:

- Den scheidendemokratischen Charakter des Jugendhilfetages zu entlarven.
- Die "fachlichen" Fragestellungen der AGJ in ihrem politischen Zusammenhang zu diskutieren.
- Den Jugendhilfetag zu benutzen, sozialistische Jugendpolitik darzustellen und den Organisationsprozeß der im Sozialbereich Tätigen voranzutreiben.
- Auf dem Jugendhilfetag den aktuellen Kampf sozialistischer Jugendlicher in Hamburg zu unterstützen.

Wir fordern auf:

- Kommt zum Jugendhilfetag in Hamburg
- Bildet regionale Vorbereitungsgruppen
- Erzwingt in den Dienststellen Diskussionen zum Jugendhilfetag
- Kommt zum nächsten Vorbereitungstreffen nach Hamburg

Bisher arbeiten folgende Gruppen in der Sozialistischen Aktion zusammen: AG Karolinentviertel Hamburg, AKS Düsseldorf, AKS Ffm., Aktiv R 16 Köln, AK Jugendhilferecht Jungdemokraten, BDP AG Sozialarbeit Ffm., Redaktionskollektiv Erziehung und Klassenkampf, Redaktionskollektiv Info Sozialarbeit und Info Arbeiterbildung im Sozialistischen Büro Offenbach, KKS Bielefeld, Kritische Gruppe Berlin, SSK Köln Verein Soziale Jugendarbeit Bochum, ESG/FHS Hamburg.

Kontaktadresse: Info Sozialarbeit im Sozialistischen Büro
605 Offenbach 4, Postfach 591

Presserechtlich verantwortlich: Günter Pabst, Offenbach; Druck: hbo-druck, Bensheim.

Einsenden an die Kontaktadresse:

Info Sozialarbeit im Sozialistischen Büro,
605 Offenbach 4, Postfach 591

Ich/Wir nehme(n) teil an der Sozialistischen Aktion Jugendhilfetag in Hamburg
- 11.9.1974

- unterrichtet mich (uns) über die laufenden Vorbereitungen
- melde mich/uns an für das nächste Vorbereitungstreffen am 26. - 28. April in Hamburg

Vorbereitungsmaterialien und Diskussionsunterlagen zum Jugendhilfetag werden veröffentlicht in:

- Erziehung und Klassenkampf Heft Nr. 15 (Ende Juni im Verlag Roter Stern, 6 Frankfurt Postfach 18 0147)
- Informationsdienst Sozialarbeit Heft Nr. 6 (Ende März) und Heft Nr. 7 (Anfang Juni)

Name:

Adresse:

Gruppe: evtl. Telefon:
(bitte gut lesbar schreiben)

4. Vorbereitung des 5. DJHT durch die Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ)

Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe **AGJ**

14.3.1973 (71/73)

ERSTE KONZEPTION
für den
5. DEUTSCHEN JUGENDHILFETAG
8. - 11.9.1974, Hamburg, Congress Centrum (CCH)

Das vom Vorstand eingesetzte Vorbereitungskomitee hat seinem Auftrag gemäß in mehreren Sitzungen eine erste Gesamtkonzeption zur Durchführung des 5. DJHT erarbeitet, die vom Vorstand beraten worden ist und als Grundlage für die weitere Konkretisierung der Konzeption dienen soll.

I.
- Rahmenvorstellungen -

1. Vorbemerkungen

1.1 Das Vorbereitungskomitee schlägt als Thema "Jugend und Recht" vor.

1.2 Unter diesem Thema soll keine juristische Fachtagung im engen Sinne des Begriffs stattfinden, sondern es soll untersucht werden

1.21 ob und in welcher Weise das Jugendhilferecht (geltendes und konzipiertes) und anderes, den jungen Menschen speziell berührendes Recht den heutigen Bedürfnissen und der Stellung der Jugend in der Gesellschaft entsprechen

1.22 oder ob und welche Änderungen notwendig erscheinen.

- 2 -

2. Rahmenmodell für den 5. DJHT

Aus diesen Ansätzen heraus läßt sich folgendes Rahmenmodell entwickeln:

2.1 Der junge Mensch lebt in verschiedenen Sozialisationsfeldern. Am stärksten berühren ihn die Familienerziehung (Der junge Mensch in der Familie) die außerfamiliäre Erziehung (Erzieherische Hilfen) der Freizeitbereich, einschließlich des durch die außerschulische Jugendarbeit bestimmten Raumes die Ausbildung und der Beruf (Der junge Mensch in Ausbildung und Beruf).

2.2 In diesen Sozialisationsfeldern wirkt das Recht auf den jungen Menschen unmittelbar oder mittelbar ein. Es

- gewährt ihm Leistungen
- stellt an ihn Forderungen
- schützt ihn.

2.3 Ob dies im Rahmen dessen, was das Recht überhaupt vermag, in einer Weise und in einem Umfang geschieht, der den Bedürfnissen des jungen Menschen entspricht, wäre unter gesellschaftspolitisch relevanten Aspekten zu untersuchen, vor allem unter

- pädagogisch-psychologischen
- soziologischen
- wirtschaftlichen
- politischen

Aspekten

2.4 Dabei bildet das Recht und bilden rechtliche Problemstellungen den Ausgangspunkt, den Rahmen und die Begrenzung der Prüfung und damit der Erörterung.

- 3 -

II.
- Vorschläge -

1. Konzeption des 5. DJHT

1.1 Der 5. DJHT soll ein Forum darstellen, auf dem

- das Recht auf seine Angemessenheit kritisch untersucht wird
- und auf dem Ergebnisse erzielt werden, die für die weitere Rechtsentwicklung nutzbar gemacht werden können.

Dabei sollen sich die Teilnehmer mit Bedingungen und Funktionen der für die Jugendhilfe bedeutsamen Rechtsnormen auseinandersetzen.

Zugleich wendet sich der 5. DJHT an Politiker, Parlamentarier und andere in der Jugendpolitik Verantwortliche. Es wäre zu begrüßen, wenn die Beratungsergebnisse noch vor der Verabschiedung des neuen Jugendhilfegesetzes vorliegen würden.

1.2 In Referaten und Diskussionen sollen die Bedürfnisse der jungen Menschen in den Sozialisationsfeldern und ihre Stellung in der Gesellschaft analysiert werden. Im Zusammenhang damit ist darzustellen, welche Rechtsgebiete und Einzelnormen Bedürfnisse und Stellung der Jugend berühren, sie unterstützen oder in die eingreifen. Sodann ist nach notwendigen Veränderungen zu fragen.

2. Struktur des 5. DJHT

Diesen Intentionen entspricht nach Ansicht des Vorbereitungskomitees folgende Struktur des 5. DJHT:

2.1 Der DJHT wird in drei Teile gegliedert:

- Informationsteil
- Diskussionsteil
- Ergebnisteil

- 4 -

2.2 Im Informationsteil soll der Blick der Teilnehmer dafür geöffnet werden, wie das Recht das Handeln in der Jugendhilfe bestimmt und beeinflusst. Dem soll die Behandlung einiger auf Informationsvermittlung ausgerichteter Themen genereller Natur dienen. Bei der Themenauswahl wird darauf geachtet, daß eine Basis für die Detailthemen des Diskusstells gelegt wird.

Die Referate sollen durch Korreferate (möglichst jeweils 2) ergänzt werden. Diskussion wird nicht vorgesehen.

Mehrere Themen werden in zeitlich parallelen Veranstaltungen angeboten.

2.3 Im Diskussionsteil sollen in Arbeitsgruppen jeweils begrenzte Themen vorgetragen werden. Die Sozialisationsfelder spielen hier noch keine Rolle.

In die Themen soll durch Referat und Korreferat(e) eingeführt werden. Dadurch wird verschiedenen Standorten (interdisziplinär, ideologisch, praktisch) Rechnung getragen, der Informationsstand verbessert und der Ablauf aufgelockert.

Die Referenten müssen sich bei der Anlage ihrer Referate an das Rahmenmodell halten. Vorgeschlagen werden mehrere parallele Abschlussveranstaltungen, die jeweils auf die Sozialisationsfelder (s. I. 2.1) bezogen sind. Diese Aufgliederung bringt Zusammengehörendes oder Verwandtes zusammen, vermeidet Überforderungen der Teilnehmer (für die sonst der thematische Spannungsbogen zu groß wäre) und verhindert eine zweite Großveranstaltung (nach der Eröffnungsveranstaltung).

2.4 Im Ergebnisteil sollen die Ergebnisse der Arbeitsgruppen jeweils einem größeren Teilnehmerkreis in Abschlussveranstaltungen vorgetragen werden. Vorgeschlagen werden mehrere parallele Abschlussveranstaltungen, die jeweils auf die Sozialisationsfelder (s. I. 2.1) bezogen sind. Diese Aufgliederung bringt Zusammengehörendes oder Verwandtes zusammen, vermeidet Überforderungen der Teilnehmer (für die sonst der thematische Spannungsbogen zu groß wäre) und verhindert eine zweite Großveranstaltung (nach der Eröffnungsveranstaltung).

- 5 -

Zugleich kann sie die Weiterverfolgung der Arbeitsergebnisse durch die AGJ erleichtern.

Wünschenswert wäre es, wenn die Grenzen eines Sozialisationsfeldes übergreifende Ergebnisse in mehreren Abschlußveranstaltungen dargestellt werden.

In den Abschlußveranstaltungen sollen die Arbeitsergebnisse nur zur Kenntnis genommen werden. Beschlüsse werden nicht gefaßt.

III.
- Ablaufgestaltung -

1. Teilnehmerprobleme

In Hamburg wird man sich voraussichtlich ca. 3000 Teilnehmern gegenübersehen, darunter vielen kritischen jungen Sozialarbeitern und Studenten der Fachhochschulen und der Abteilungen für Sozialpädagogik von Hochschulen. Nach den Erfahrungen des letzten Jugendhilftages ist damit zu rechnen, daß auch der nächste seine bestimmte Eigendynamik entwickeln wird. Jede Konzeption kann daher nur Rahmen sein und muß sich um größtmögliche Offenheit bemühen. Überlegungen hierüber sind bei der weiteren Aufbereitung der Felder anzustellen. Wesentlich ist, daß die Teilnehmer am Kongreßgeschehen mitwirken können. Auf Zeremonielles sollte verzichtet werden.

Das Vorbereitungskomitee schließt die Möglichkeit nicht aus, daß wegen großer Teilnehmerzahlen einzelne Arbeitsgruppen nicht mehr als solche zu verstehen sein werden, sondern Großveranstaltungen sein können. Inwieweit sich dies durch das Angebot einer großen Zahl von Arbeitsgruppen auffangen läßt, ist schwer vorherzusagen. Vorstellbar wäre auch, zum gleichen Thema mehrere Arbeitsgruppen vorzusehen, entweder mit jeweils den gleichen Referenten oder mit jeweils anderen Referenten.

Dieter Gresse in
Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe **AGJ**

6300 Bonn 1 - Haager Weg 44
Telefon (0221) 28 15 20
Sparkasse Bonn 10.651.081
17.1.1974 gr-ha

An das
Sozialistische Büro
605 Offenbach 4
Postfach 591

Betr.: 5. Deutscher Jugendhilftag

Liebe Genossen,

wie ich aus Veröffentlichungen in JV-Dienst und im Verlagsprospekt des "ROTEN STERN" gelesen habe, bereitet Ihr wieder eine sozialistische Aktion für den 5. Deutschen Jugendhilftag vor. Es scheint mir dabei wichtig, daß Ihr einige Hintergrundinformationen berücksichtigt.

Seit 1970 hat sich in der Geschäftsstelle der AGJ einiges verändert. Mit Hilfe der Gewerkschaftsjugend bin ich Mitte 1973 mit knapper Mehrheit zum Geschäftsführer der AGJ gewählt worden. In der Geschäftsstelle der AGJ arbeitet ein junges Team mit Referenten, die sich nach Kräften um fortschrittliche Lösungen der anstehenden Probleme bemühen. Ich selber habe den Vorsitz in Vorbereitungskomitee für den 5. Deutschen Jugendhilftag noch zu einer Zeit geführt, als ich noch Gewerkschaftsjugendsekretär in Rheinland-Pfalz war. Mit einigen anderen Genossen haben wir uns bemüht, soweit wie möglich Konzeption, Themenstellung und personelle Besetzung des Jugendhilftages zu beeinflussen. Wir müßten dabei einerseits Kompromisse eingehen, andererseits ist es uns aber an vielen Stellen gelungen, unsere Vorstellungen durchzusetzen. Mit welcher Intention wir an der Gestaltung des Jugendhilftages gearbeitet haben, geht aus dem beiliegenden Papier hervor, das ich demnach als Aufsatz in einer geeigneten Zeitschrift veröffentlichen möchte.

Es mag sein, daß von Euch unsere Arbeit anders bewertet wird. Möglicherweise sind wir auch partiell betrieblidnig geworden. Umso wichtiger wäre es, möglichst bald in einen Dialog einzutreten, um zu vermeiden, daß Ihr gegen Pappkameraden klumpet und die Genossen, die in Rahmen der AGJ-Arbeit mitverantwortlich sind, für den 5. DJHT vor den Kopf gestoßen werden. Darüber hinaus ist es derzeit noch möglich, personelle und thematische sowie in begrenztem Umfang auch strukturelle Vorschläge zu berücksichtigen. Wir bitten Euch deswegen herzlich darum, uns in die Organisierung der sozialistischen Aktion einzubeziehen. Wegen der dringenden Zeit bitten wir um Eure baldige Reaktion.

Mit freundlichen Grüßen
Dieter Gresse

Jugendhilfe
Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe

Bonn, 28. August 1973
(221/73)

Vorlage
an den Vorstand für die Sitzung am 26./27. September 1973 in Bonn.

Der 5. Deutsche Jugendhilftag

Vom 8. - 11. September 1974 veranstaltet die Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ) in Hamburg den 5. Deutschen Jugendhilftag (DJHT). Er wird unter dem Thema "Jugend und Recht" stehen. Trotz dieses Titels soll keine juristische Fachtagung im engen Sinne des Begriffs stattfinden. Vielmehr sollen die Teilnehmer prüfen, ob das Jugendhilferecht und anderes, den jungen Menschen speziell berührendes Recht den heutigen Bedürfnissen und der Stellung der Jugend in der Gesellschaft entsprechen, oder ob Änderungen notwendig erscheinen.

Das Recht wirkt in verschiedenen Sozialisationsfeldern, nämlich

- in der Familie
- bei der außerfamiliären Erziehung (erzieherische Hilfen)
- in der Schule
- im Raum der außerschulischen Jugendarbeit und der Freizeit
- in Ausbildung und Beruf,

auf den jungen Menschen. Auf dem Jugendhilftag sollen die Teilnehmer, die selbst aus unterschiedlichen Berufen und Fachrichtungen kommen, das Recht in den verschiedenen Sozialisationsfeldern unter gesellschaftspolitisch relevanten Aspekten, nämlich unter pädagogisch-psychologischen, soziologischen, wirtschaftlichen und politischen untersuchen, und zwar daraufhin, ob es dem jungen Menschen ausreichend Leistungen gewährt, ihn schützt, ob die Forderungen, die es an ihn stellt, angemessen sind.

Jugendhilfe
Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe

31. Januar 1974
(36/74) wi-st

Sozialisationsfeld 2
"Außerfamiliäre Erziehung (erzieherische Hilfen)"
Besondere Formen der Förderung und sozialpädagogischen Hilfen für junge Menschen aus sozialen Brennpunkten

1. Der Diskussionsentwurf eines Jugendhilfegesetzes sieht in § 26 u.a. besondere Hilfen für Jugendliche aus sozialen Brennpunkten vor. Damit wird die soziale Umgebung (Stadtteil, Wohngebiet, Wohnunterkunft) auch gesetzlich zum Anknüpfungspunkt sozialpädagogischer Aktivitäten. Ob und inwieweit eine derartige, auf bestimmte Regionen bezogene Sozialarbeit notwendig ist, welche spezifischen Methoden sie erfordert, welche gesetzlichen und administrativen Bedingungen erfüllt sein müssen, ist in der Arbeitsgruppe zu klären.

2. Ziel der Arbeitsgruppe könnte es demnach sein, zu bestimmen, welche gesetzlichen und administrativen Barrieren gegenwärtig für eine auf "soziale Brennpunkte" bezogene Sozialarbeit bestehen, und zu klären, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, um den regionbezogenen Ansatz realisieren zu können.

3. Inhaltlich könnte der Gegenstand der Arbeitsgruppe wie folgt gegliedert werden:

- 3.1 Bestimmung der Notwendigkeit besonderer Leistungen für Jugendliche aus sozialen Brennpunkten (Bestimmung der "Bedürfnisse"); Bestimmung der besonderen sozialpädagogischen Ziele und Mittel
- 3.2 Soziale, gesetzliche, administrative Barrieren, Interessen der Jugendlichen aus sozialen Brennpunkten wahrzunehmen und sozialpädagogisch tätig zu werden
- 3.3 Konsequenzen für künftige gesetzliche und organisatorische Regelungen

4. Die Thematik kann auf den Bereich der sogenannten "Randständigen" erweitert werden

Dr. Peter Mollenhauer

Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe



7. APR. 1974

Bonn, 21. März 1974
(103/74)

PROTOKOLL

der 11. Sitzung des Vorstands und der 9. Mitgliederversammlung des Vereins Vorstand der AGJ e.V. am 19./20.3.1974 in Hamburg, Gästehaus der Universität, Rothenbaumchaussee 34

4. Herr GREESE und Herr WAGNER nehmen im Auftrag der AGJ an der Vorbereitungstagung der Sozialistischen Aktion vom 26.-28. 4. 1974 in Hamburg teil. Sie werden dort versuchen, erneut auftauchende Informationsdefizite über Struktur und Aufgabenstellung der AGJ abzubauen und über Konzeption und Zielsetzung des 5. DJHT sachlich zu informieren. Über das Ergebnis wird der Vorstand umgehend unterrichtet.

Ja: 6 Stimmen
Nein: keine
3 Enthaltungen

5. Die AGJ druckt den Referentenentwurf für ein neues Jugendhilfegesetz für die Teilnehmer am 5. DJHT nach und verschickt ihn zusammen mit der AGJ-Stellungnahme und den Tarungsunterlagen. Auf einem Vorblatt weist sie auf die schwierige Terminalsituation hin und stellt klar, warum nicht der Anfang September erscheinende Regierungsentwurf versandt werden kann. Wenn möglich wird sie sich bemühen, auf dem 5. DJHT auf abgezogenen Blättern über Unterschiede zwischen dem Referentenentwurf und dem Regierungsentwurf zu informieren. Für die Arbeitsgruppenleiter wird über den Verlag Heger,

8. Die AGJ wird beim BMJFG eine Aufstockung der Zuschußsumme beantragen, damit der Tagungsbeitrag entfallen kann.

Erläuterungen zum Programm des 5. DJHT

Jugend und Recht wurde als Generalthema des 5. DJHT gewählt, weil wir uns in einer Phase weitreichender Reformen des die junge Generation berührenden Rechts befinden: z. B. Neufassung des Rechts der Jugendhilfe, des Adoptionswesens, der elterlichen Sorge, der beruflichen Bildung. Auf der breiten Ebene des Forums Jugendhilfetag soll untersucht werden, ob und in welcher Weise das Jugendrecht und andere den jungen Menschen berührende Gesetze den heutigen Bedürfnissen und der Stellung der Jugend in der Gesellschaft entsprechen und welche Änderungen notwendig sind. Der 5. DJHT wird formal in Informations-, Diskussions- und Ergebnisteil und inhaltlich nach Sozialisationsfeldern gegliedert. Informations- und Ergebnisteil finden in Form von Podiumsdiskussionen statt. Diese Podien werden jeweils mit sechs bzw. sieben Personen so besetzt sein, daß unterschiedliche Erkenntnis- und Erfahrungsebenen sowie divergierende Interessen dargestellt werden. Die Moderation liegt bei sachkundigen Mitarbeitern aus dem Medienbereich.

Diskussionsteil:

Arbeitsgruppen

- ① Eigenständigkeit der Jugendarbeit
- ② Jugendarbeit und Verfassung
- ③ Notwendigkeit und Absicherung der Vielfalt von Zielen, Inhalten und Methoden in der Jugendarbeit
- ④ Die rechtliche Situation des Mitarbeiters in der Jugendhilfe
- ⑤ Beteiligungsrechte Jugendlicher
- ⑥ Unabhängige Jugendzentren
- ⑦ Einfluß der Medien auf die Jugend
- ⑧ Sexualstrafrecht in der Jugendarbeit
- ⑨ Beibehaltung oder Abschaffung der Jugendschutzgesetze?
- ⑩ Freizeit – Möglichkeiten für die Jugend

Ergebnisteil:

Podiumsdiskussion
Jugendarbeit und Freizeit

**Sozialisationsfeld IV
Ausbildung und Beruf**

Informationsteil:

Podiumsdiskussion

Berufliche Bildung zwischen Arbeitsrecht und Bildungsrecht

Diskussionsteil:

Arbeitsgruppen

- ① Sozialisationsergebnisse von Bildungsprozessen unter privatwirtschaftlicher Verantwortung
- ② Die Überwindung der Trennung von beruflicher und allgemeiner Bildung
- ③ Die Rolle der Schule und der Berufsberatung bei der Vorbereitung der Jugendlichen auf die Arbeitswelt
- ④ Die Ausbildungsförderung und die Bedürfnisse der Jugend
- ⑤ Ausbau der Schutzrechte für Jugendliche im Arbeitsprozeß und in beruflicher Ausbildung
- ⑥ Mitverantwortung und Mitbestimmung Jugendlicher in der beruflichen Bildung

Ergebnisteil:

Podiumsdiskussion
Ausbildung und Beruf

Programm

Sonntag, 8. September

16.30 Kind – Recht – Gesellschaft
Frau Dr. Katharina FOCKE
Bundesminister für Jugend, Familie
und Gesundheit

Montag, 9. September

Informationsteil:

- 9-12 Podiumsdiskussionen
- I. Bedingungen und Ziele familiärer Sozialisation
 - II. Außerfamiliäre Erziehung zwischen persönlicher Hilfe und Gesellschaftsreform
 - III. Jugendarbeit zwischen Freizeit, Bildung und Politik
 - IV. Berufliche Bildung zwischen Arbeitsrecht und Bildungsrecht

Diskussionsteil:

14.30 – 17.30 Arbeitsgruppen

Dienstag, 10. September

9-12 Fortsetzung der Diskussionen
14.30 – 17.30 in den Arbeitsgruppen

Mittwoch, 11. September

Ergebnisteil:

9-12 Podiumsdiskussionen

- I. Familie
- II. Außerfamiliäre Erziehung
- III. Jugendarbeit und Freizeit
- IV. Ausbildung und Beruf

**Sozialisationsfeld I
Familie**

Informationsteil:

Podiumsdiskussion

Bedingungen und Ziele familiärer Sozialisation

Diskussionsteil:

Arbeitsgruppen

- ① Emanzipation des jungen Menschen in der Familie und ihre stufenweise rechtliche Verwirklichung
- ② Elternrecht – Kindesrecht – Staatliches Wächteramt
- ③ Anspruch des Kindes auf gleiche Entwicklungschancen in der Familie
- ④ Familienunterstützende und familienergänzende Hilfen und ihre rechtliche Ausgestaltung
- ⑤ Die rechtliche Stellung des Minderjährigen in familiären Sondersituationen – Verstärkung der Hilfsmöglichkeiten
- ⑥ Integrationshilfen für Ausländerkinder
- ⑦ Die rechtliche Stellung körperlich und geistig behinderter Kinder
- ⑧ Das Kind in der Pflegefamilie
- ⑨ Das Kind in der Adoptivfamilie
- ⑩ Erfordern neue Formen menschlichen Zusammenlebens (z. B. Großfamilien) besondere rechtliche Regelungen?

Ergebnisteil:

Podiumsdiskussion
Familie

5. Deutscher
Jugend
hilfetag 74

JUGEND
UND
RECHT

8.-11. September 1974
Hamburg

STODICK-DRUCK - BONN

**Sozialisationsfeld II
Außerfamiliäre Erziehung**

Informationsteil:

Podiumsdiskussion

Außerfamiliäre Erziehung zwischen persönlicher Hilfe und Gesellschaftsreform

Diskussionsteil:

Arbeitsgruppen

- ① Kindertagesstätten als eigenständige und als familienergänzende sozialpädagogische Hilfen
- ② Ambulante Beratung und Therapie als erzieherische Hilfe
- ③ Besondere Formen der Förderung und sozialpädagogischer Hilfen für junge Menschen aus sozialen Brennpunkten
- ④ Das Heim als therapeutisches Milieu
- ⑤ Gewährleistung von schulischer und beruflicher Ausbildung im Rahmen von Erziehungshilfen
- ⑥ Grundrechte junger Menschen im Heim
- ⑦ Wohngemeinschaften als Erziehungshilfe
- ⑧ Reaktion auf dissoziales Verhalten: Der Erziehungskurs
- ⑨ Reaktion auf delinquentes Verhalten: Das soz. therapeutische Jugendzentrum
- ⑩ Die Funktion der freien Träger in der Erziehungshilfe
- ⑪ Erfüllung der Erziehungsbedürfnisse Minderjähriger durch Zusammenwirken von Jugendhilfe und Schule

Ergebnisteil:

Podiumsdiskussion
Außerfamiliäre Erziehung

4. Vorbereitung des 5. DJHT durch die AGJ

5. Vorbereitung des 5. DJHT durch die Sozialistische Aktion

Walter Herrmann Köln, am 28.1.74

Kurzbericht über die konstituierende Tagung der sozialistischen Aktion Jugendhilfetag Hamburg:

Auf Initiative des Sozialistischen Büros (Pfm.) fand vom 18.-20.1. in Bielefeld eine Arbeitstagung statt, auf der sich die "Sozialistische Aktion Jugendhilfetag Hamburg" konstituierte. Erschienen waren Mitglieder unterschiedlicher Initiativgruppen im Bereich der Jugendhilfe, insbesondere der regionalen "Arbeitskreise für Sozialarbeit" (wie etwa AKS Bln, Pfm, B'feld), ferner die Redaktionskollektive der Zeitschriften "Info Sozialarbeit", "Sozialpädagogische Korrespondenz", "Erziehung u. Klassenkampf"; insgesamt etwas über 50 Leute.

Während der Tagung ging es im wesentlichen um eine Klärung der Frage, welche Artikulations- u. Aktionsmöglichkeiten sich auf dem von der AGJ (Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe) veranstalteten 5. westdeutschen Jugendhilfetag (Hmbg., vom 8.-11.9.74 Thema: "Jugend u. Recht") antikapitalistisch orientierten Gruppen bieten und welche inhaltlichen u. organisatorischen Vorarbeiten zu leisten sind, um auf dem Jugendhilfetag Hmbg, zu dem innerhin 3000 - 6000 Teilnehmer erwartet werden, eine reelle Chance zur Vermittlung fortschrittlicher Positionen zu haben.

Diskutiert wurde weitgehend auf dem Hintergrund der Erfahrungen des letzten Jugendhilfetags (Hbg, 1970), und an Hand des Organisationskonzepts der AGJ für den Jugendhilfetag Hmbg.

Hinsichtlich der Einschätzung der Strategie der AGJ bestand völlige Übereinstimmung: Man ging davon aus, daß die AGJ als Reaktion auf die Politisierung des Jugendhilfetags Hbg, über eine weitgehende inhaltliche u. organisatorische Vorprogrammierung sowie die Ausklammerung größerer Forumsdiskussionen im vornehmlich eine grundsätzliche politische Auseinandersetzung abblocken will. Auch war man sich darüber einig, daß die hinter der AGJ stehenden etablierten Verbände und Ministerialbürokratie den Jugendhilfetag offensichtlich dazu benutzen wollen, ihren ohne Beteiligung der Betroffenen ausgeübten jugendpolitischen Gesetzesvorlagen (zur Reform des Jugendhilferechts, des elterlichen Sorgerechts sowie des Berufsbildungs- u. Jugendarbeitsschutzgesetzes) ein plebiszitäres Votum zu verschaffen.

Als vorrangige strategische Ziele der Sozialistischen Aktion Jugendhilfetag Hmbg wurden formuliert:

1. Störung der Intention der AGJ, der vom Jugendministerium mit den etablierten Verbänden ausgemauerten Konzeption eines systemstabilisierenden Jugendhilferechts eine schein-demokratische Legitimation zu verschaffen;
2. Einbringen der eigenen konzeptionellen Vorstellungen über eine Politisierung der "fachlichen" Fragestellungen und die Entwicklung inhaltlicher Alternativen;
3. Vortreiben des Organisationsprozesses unter den fortschrittlichen Sozialarbeitern und Aufbau einer gemeinsamen Kampffront gegen ein reaktionäres Arbeitsrecht im öffentlichen Dienst, speziell gegen die Praxis der Berufsverbote;
4. Nutzung des Forums des Jugendhilfetags zur solidarischen Unterstützung der Jugendinitiativen im Hamburger Raum bei ihren Auseinandersetzungen mit der Sozialbürokratie.

- 2 -

- 2 -

In einem weiteren Arbeitsschritt wurden die von der AGJ vorgeformulierten Fragestellungen zu den Themenbereichen "Familie", "Außerfamiliäre Erziehung", "Außerschulische Jugendarbeit u. Freizeit", "Ausbildung u. Beruf" konkret daraufhin diskutiert, inwieweit sie Ansätze zur Vermittlung antikapitalistischer Positionen und Perspektiven bieten bzw. durch neue Fragestellungen zu ersetzen sind.

Im einzelnen wurde vorgeschlagen, sich folgende thematischen Schwerpunkte zu setzen:

- zum Komplex "Familie": Thematisierung des Zusammenhangs zwischen der sozioökonomischen Situation der Arbeiterfamilie und den Sozialisationschancen von Arbeiterkindern.
- zum Komplex "Außerfamiliäre Erziehung": Aufzeigen der Deklassierung von Arbeiterjugendlichen infolge der konventionellen jugendfürsorgegerichteten Maßnahmen, insbesondere der Heimerziehung; Verdeutlichung von Alternativen in Form einer antikapitalistischen Stadtteilarbeit und des Aufbaus selbstorganisierter Jugendwohnkollektive.
- zum Komplex "Außerschulische Jugendbildung u. Freizeit": Problematisierung der strukturellen Randständigkeit der allgemeinen Förderung; Kritik der konventionellen jugendpflgerischen Angebote (die einerseits einen mittelschichtenspezifischen Zuschnitt haben, andererseits auf eine mehr oder weniger kaschierte Kontrolle der Jugendlichen hinauslaufen) - Darstellung selbstorganisierter Jugendzentren als Alternative; Dokumentation der politischen Disziplinierung jugendlicher Initiativgruppen u. Jugendorganisationen.
- zum Komplex "Ausbildung u. Beruf": Analyse der Lage der lohnabhängigen Jugendlichen in Produktion- u. Reproduktionsbereich; Forderungen an ein neues Arbeitsschutz- u. Berufsbildungsgesetz.

Einzelne Gruppen (aus Berlin u. Frankfurt) übernahmen Arbeitsaufträge zur eingehenderen Strukturierung der genannten Sozialisationsfelder.

In übrigen wurde ein überregionales Koordinationsgremium gebildet, zu dessen Aufgaben insbesondere auch eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit gehört: Es hat inzwischen bereits einen Aufruf zur Sozialistischen Aktion Jugendhilfetag Hmbg verfaßt und in einem offenen Brief die AGJ aufgefordert, für den Jugendhilfetag nur solche Referenten zu benennen, die eindeutig gegen die Berufsverbote in öffentlichen Dienst Stellung bezogen haben, und außerdem auf die Teilnehmergebühren von 10,- bzw. 50,- DM zu verzichten.

Die nächste Arbeitstagung soll Ende März / Anfang April in Hamburg stattfinden.

Da es sich beim Jugendhilfetag Hmbg praktisch um eine Großveranstaltung zur Jugendpolitik (es steht ja nicht nur die Modifizierung eines neuen Jugendhilferechts zur Diskussion!) handelt und die Jungdemokraten auf diesem Gebiet schon eine Reihe von Initiativen entfaltet haben (Engagement in der Jugendkollektiv- u. Jugendzentrumsbewegung, Erarbeitung eines Konzepts zur Reform der Jugendhilfe), wäre es meines Erachtens sehr sinnvoll, wenn sich unser Jugendverband - etwa im Rahmen der Sozialistischen Aktion - aktiv an der Gestaltung des Jugendhilfetags beteiligen würde. In einem solchen Fall würde sich die Bildung eines Ad-hoc-Arbeitskreises Jugendhilfetag empfehlen.

Offenbach, 28.2.1974

OFFENER BRIEF DER "SOZIALISTISCHEN AKTION"

AN DIE "ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR JUGENDHILFE (AGJ)" ZUM 5. DEUTSCHEN JUGENDHILFETAG

Die AGJ hat namens ihres Geschäftsführers Dieter Gresse am 17.1.1974 an die mutmaßlichen Initiatoren einer "Sozialistischen Aktion" auf dem bevorstehenden Hamburger Jugendhilfetag einen Brief gerichtet, in dem "herzlich" darum gebeten wird, die AGJ "in die Organisation der Sozialistischen Aktion einzubeziehen". Auf einer Versammlung von 14 Sozialarbeitergruppen aus dem Bundesgebiet und Westberlin hat sich am 20.1.1974 in Bielefeld eine "Sozialistische Aktionsgruppe" für den kommenden Jugendhilfetag konstituiert. Die Versammelten haben einen AUFRUF beschlossen, der in den vergangenen Wochen in verschiedenen Publikationsorganen veröffentlicht wurde. Der Brief der AGJ ist auf der Bielefelder Versammlung diskutiert und als Versuch bewertet worden, die auf dem Jugendhilfetag öffentlich zu führende Auseinandersetzung über die Situation im Bereich der Jugendhilfe in das nicht-öffentliche Vorbereitungs-gremium der AGJ vorab zu verlagern und damit auf dem Jugendhilfetag selbst zu verhindern. Die weiteren Vorbereitungsstreffen der "Sozialistischen Aktion" werden im Gegensatz zu den Vorbereitungs-sitzungen der AGJ öffentlich sein.

Die "Sozialistische Aktion" scheidet keinen Sinn darin, mit der AGJ hinter verschlossenen Türen darüber zu verhandeln, ob sie "persönliche und thematische sowie in begrenztem Umfang auch strukturelle Vorschläge zu berücksichtigen" geneigt sein mag. Veranstalter des Jugendhilfetags ist die AGJ, nicht die "Sozialistische Aktion", und die AGJ wird den von ihr konzipierten Jugendhilfetag auch selbst zu verantworten haben. Die AGJ hat bis heute außer allgemeinen Ankündigungen keine konkreten Angaben über den vorgesehenen Ablauf des Jugendhilfetags veröffentlicht. Dies macht es interessierten Kollegen im Bereich der Jugendhilfe, die nicht in dem von oberen Behörden und Verbandsvertretern beherrschten Vorbereitungs-komitee und den Vorbereitungsausschüssen vertreten sind, unmöglich, auf die Planung des Jugendhilfetags Einfluß zu nehmen.

Nach aufmerksamem Studium der uns bisher vorliegenden internen Vorlagen und Protokolle sind wir zu dem Schluß gekommen, daß der diesjährige Jugendhilfetag sich in der Art der Fragestellungen und dem vorgesehenen Ablauf nicht wesentlich von dem Nürnberger Jugendhilfetag 1970 unterscheidet, lediglich auf das bisher übliche Zeremoniell von Regierungsansprachen soll verzichtet werden, und für die Diskussion werden einige methodische Auflockerungen anvisiert: weniger Referate, Einsatz von Medien und Ähnliches. Die vorgesehenen Fragestellungen hingegen zielen mehr noch als dies in Nürnberg der Fall war, auf die Konflikt-situationen immerhin ausdrücklich thematisiert werden - auf eine "Verrechtlichung" und "Verfachlichung" der Diskussion ab und damit auf die Leugnung materieller und politischer Interessen und die Verharmlosung und Neutralisierung gesellschaftlicher Widersprüche.

-2-

Beispielsweise wird auch von der politischen Disziplinierung und den immer zahlreicheren politisch motivierten Entlassungen und Berufsverböten im Jugendhilfereich in keiner Weise Notiz genommen, geschweige denn nach ihren gesellschaftlichen Ursachen gefragt.

Die nahezu vollständige Aufspaltung des Jugendhilfetags in kleine Diskussionszirkel kommt zwar dem Bedürfnis vieler Kollegen nach überregionalem Erfahrungsaustausch scheinbar entgegen, erschwert aber in der vorgesehenen Form die Artikulation gemeinsamer Interessen und trägt dazu bei, ihre Durchsetzung zu verhindern. Stattdessen sollen die Teilnehmer an parlamentarische Gremien und Gesetzgebungsprozeduren fixiert werden. Aufgabe der Diskussionsleiter ist es, die Diskussion in den Arbeitsgruppen in den Grenzen der Thematik (Jugend und Recht) zu halten und auf das Ziel, möglichst Vorschläge für die Rechtssetzung zu erarbeiten, zu lenken. (1. Konzeption der AGJ v. 14.3.73) Die Arbeitsgruppen sollen "sich geordnet nach Sozialisations-felder zusammenfinden und ihre Ergebnisse, Wünsche und Forderungen an den Gesetzgeber vortragen." (Vorlage des Vorbereitungskomitees v. 28.8.73 an den Vorstand der AGJ) Die Teilnehmer sollen zwar eintönig und in kleinen überschaubaren Gruppen miteinander diskutieren und sich, wenn nötig, die Köpfe heiß reden. Aber: "An eine gemeinsame Schlussveranstaltung aller Arbeitsgruppen ist nicht gedacht." (Vorlage v. 28.8.73) Und: "Beschlüsse werden nicht gefaßt." (1. Konzeption v. 14.3.73).

Aus den vorgesehenen Fragestellungen und dem geplanten Ablauf geht hervor, daß auch der 5. Jugendhilfetag der scheinbar - kritischen Legitimation der Jugendpolitik der Regierung und der Verbandsführungen dient und zugleich die Loyalität der "Fachbasis" gegenüber dem bürgerlichen Staat sicherstellen soll. Er soll die Illusion verbreiten und festigen helfen, die Masse der mit Kindern und Jugendlichen beruflich befaßten Sozialarbeiter und Sozialpädagogen könne mitreden und mitentscheiden bei der "hohen Jugendpolitik".

Aus den uns vorliegenden Unterlagen konnten wir beim besten Willen nicht entnehmen, welche "fortschrittlichen Lösungen der anstehenden Probleme" der "Genosse" Geschäftsführer Gresse im Auge hatte und die er meint, zusammen mit dem ihm verbundenen "Jungen Team" für den kommenden Jugendhilfetag "an vielen Stellen" durchgesetzt zu haben. Besonders deutlich wird dies am Beispiel der Finanzierung des Jugendhilfetags. Obwohl die AGJ schon 1970 aufgefordert wurde, die Teilnehmergebühren zu streichen, da den Teilnehmern nicht zugemutet werden kann, neben Fahrt- und Unterkunfts-kosten auch die Tagung der AGJ zu finanzieren, werden wiederum Teilnehmergebühren zur Finanzierung des 5. DJHT in Hamburg in Höhe von DM 30,- erhoben.

Die Kosten des 5. DJHT betragen auf DM 250 000 geschätzt, davon trägt das Bundesministerium f. Jugend, Familie und Gesundheit DM 160 000, die Hansestadt Hamburg und die Teilnehmer jeweils DM 45 000. Allein 30% der anfallenden Kosten sind Reisekosten für Vorbereitungsgruppen, Referenten, Arbeitskreisleiter, Vorstand und Geschäftsstelle und Honorare für die Referenten und die Teilnehmer der Podiumsdiskussionen. Es ist dabei nicht einzusehen, daß Sozialarbeiter, Kindergärtnerinnen, Erzieher etc. mit ihren Teilnehmergebühren noch die Honorare und Reisekosten der Verbandsfunktionäre bezahlen sollen.

-3-

Um eine möglichst breite Teilnahme am Jugendhilfetag und die effektive Artikulation der Interessen und Vorstellungen der Teilnehmer zu gewährleisten, richtet die "Sozialistische Aktion" an die AGJ folgende Forderungen:

- Unverzügliche Information der Öffentlichkeit, der Kollegen in Dienststellen und Ausbildungsstätten durch die Vorbereitungspapiere der AGJ einschließlich der von anderen Gruppen erarbeiteten Papiere.
- Verzicht auf Teilnehmergebühren.
- Diskussion auf der Eröffnungsveranstaltung
- Kein Eröffnungsredner, der politische Disziplinierungen und Berufsverbote gegen fortschrittliche Kollegen mitverantworten hat.
- Erklärung der AGJ gegen die Berufsverbote, gegen die Kriminalisierung von politischen Aktivitäten Jugendlicher und die brutale Behandlung von Gefangenen in der BRD.
- Stellungnahme aller Referenten auf dem 5. DJHT zu den Berufsverböten und politischen Disziplinierungen im Sozialbereich.
- Kostenlose Bereitstellung von Druckmöglichkeiten für alle Teilnehmer und Initiativgruppen auf dem Jugendhilfetag
- Bereitstellung von Räumen für nicht im Programm vorgesehene Veranstaltungen von Teilnehmern und Initiativgruppen auf dem Jugendhilfetag.
- Gemeinsame Abschlussveranstaltung aller Arbeitsgruppen mit der Möglichkeit, gemeinsame Interessen und Forderungen zu artikulieren.

Die "Sozialistische Aktion" erwartet von der AGJ, daß sie umgehend zu diesen Forderungen öffentlich Stellung nimmt.

Sozialistische Aktion Jugendhilfetag

i. A. gez. Günter Pabst

Kontaktadresse:

Info Sozialarbeit im Sozialistischen Büro
605 Offenbach 4, Postfach 591

Sozialistische Aktion Jugendhilfetag Hamburg
Kontaktadresse: Info Sozialarbeit im Sozialistischen Büro
Offenhach 4, Postfach 591

Gesamtprotokoll der Vorbereitungssitzung der Sozialistischen Aktion
Jugendhilfetag von 26. - 29.4.74 in Hamburg

Zum zweiten Treffen der Sozialistischen Aktion JHT waren ca. 150 Genossinnen und Genossen aus u.a. Hamburg, Jostberlin, Bremen, Bielefeld, Düsseldorf, Köln, Braunschweig, Hannover, Hildesheim, Essen, Winstar, Bonn, Siegen, Mannheim, Karlsruhe, Frankfurt, Töttingen, Kassel, Bochum, Larburg, Kiel und Tübingen erschienen. Der Bericht über die konstituierende Sitzung der Sozialistischen Aktion ist in "Info Sozialarbeit" Nr. 5, S. 47 - 54 abgedruckt. Dieses Gesamtprotokoll wurde aus Protokollteilen, die uns Genossen und Genossinnen aus Hamburg, Berlin, Tübingen, Frankfurt, Düsseldorf und Karlsruhe zugesandt haben, zusammengestellt. Dort, wo sich die Berichte überschneiden, wurden Kürzungen vorgenommen. Das Protokoll erhebt nicht den Anspruch von Vollständigkeit, Wiederholungen, Brüche, Verkürzungen waren nicht zu umgehen.

Freitagabend: Darstellung der Entstehung der Sozialistischen Aktion zum 5. DJHT und ihre Ziele durch Kurt.
Er ging auf die Sozialistische Aktion zum Jugendhilfetag 1970 in Nürnberg ein und erklärte, die "linksradikalistische" Orientierung der Sozialistischen Aktion habe eine Zusammenfassung der fortschrittlichen Sozialarbeiter/Sozialpädagogen in der Folgezeit verhindert. Seit 1970 habe sich die politische Situation wesentlich verändert. Einerseits habe es jetzt die Parteiorganisationen, die die Zusammenschlüsse fortschrittlicher Sozialarbeiter in AKS-Gruppen u.a. wegen fehlender politischer und organisatorischer Perspektiven kritisieren würden, andererseits würden die AKS- und ähnlichen Gruppen versuchen, konkret den sozialistischen Kampf mit der eigenen Berufspraxis als Sozialarbeiter zu verbinden. Angesichts des Widerspruchs von Parteiorganisationen einerseits und andererseits Sozialarbeitergruppen, die von den Problemen der Berufspraxis ausgingen, sprach sich das Problem, wie in der Sozialistischen Aktion ein Bündnis dieser unterschiedlichen Organisationen und Gruppen verwirklicht werden könne. Die Diskussion über verschiedene politische Linien innerhalb der Linken führte nicht auf den Jugendhilfetag geführt werden, weil das zu einer Paralyse der fortschrittlichen Kräfte dort führen würde. Eine Klärung der Frage, wie die Linken auf dem Jugendhilfetag auftreten, müsse vorher herbeigeführt werden.
Daran anschließend wurde eine erste Einschätzung der politischen Funktion der AGJ (Harmonisierung der Trägerinteressen im Bereich Jugendhilfe, Erweiterung des bundesministeriellen Handlungsrahmens, Legitimationsinstrument als Veranstalter von Jugendhilftagen) und der zu erwartenden Auseinandersetzung mit anderen Teilnehmergruppen auf dem Jugendhilfetag (politische Vorbereitung durch entsandene Träger und stärkere Fraktionierung) vorgenommen. Manfred setzte sich dann mit dem "Offenen-Brief" Austausch AGJ / Soz. Akt. auseinander.
Er wies darauf hin, daß die AGJ auf die wichtigsten Forderungen der Sozialistischen Aktion (vgl. dazu "Info Sozialarbeit" Nr. 5, S. 56 - 59) nicht eingegangen ist. Zu Berufsverboten und zur politischen Unterdrückung hat die AGJ nicht Stellung genommen, sie hat sogar noch einen Vorrat der Berufsverbote, Senator Apel, eingeladen, um eine Begrüßungsrede zu halten. Das verlangt Auftreten von Apel sei eine Provokation, die man nicht so einfach hinnehmen könne.

Grundsätzlich beschränkt sich die Erklärung D. Grass's (AGJ-Geschäftsführer) zu den Forderungen der Soz. Akt. nach Veränderung der politischen Struktur des 5. DJHT (Planung, Resolutionen etc.) auf die Verlassen bzw. Abschließen aller Diffamierungs-Passagen, die noch in seiner ersten Stellungnahme enthalten waren.

-2-

Plattform zum 5. Deutschen Jugendhilfetag (5.DJHT)
in Hamburg von 8.-11.9.74

Der Jugendhilfetag ist von seitens des Staates und der freien Träger der Jugendhilfe als ein Instrument gedacht, jugendpolitische Fragen innerhalb einer sogenannten Fachöffentlichkeit zu diskutieren und sie zur Unterstützung der neuen Richtlinien und Maßnahmen zu gewinnen. Die Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ), die den JHT vorbereitet, wählte für den Hamburger JHT das Thema "Jugend und Recht", um die bevorstehende Neuauflegung der Jugendgesetze unter den Sozialarbeitern zu propagieren. Den Hintergrund für diese Thematik bildet die zunehmende politische Bewegung unter der Arbeiterjugend, den Lehrlingen und Schülern. Mit Scheinreformen auf der einen Seite sollen die aufgebrochenen Widersprüche verschleiert und die mobilisierten Kräfte kanalisiert werden, während auf der anderen Seite die konsequentesten und fortschrittlichsten Vertreter der Bewegung gewaltsam unterdrückt werden.

Mit ihren Themenvorschlägen lenkt die AGJ gezielt von den eigentlichen Fragen der Sozial- und Jugendarbeit ab und reduziert die systembedingten Probleme auf eine rechtliche und rein fachspezifische Diskussion. Die jetzige Lage im Sozialbereich aber ist gekennzeichnet durch die Auswirkungen der ökonomischen Krise, d.h. durch Arbeitshetze, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit. Den Folgen dieser Situation wie Frühinvalidität, häufige Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten, Mietschulden, Obdachlosigkeit und vieles andere mehr besetzt der Staat mit Sozialdemagogie. In dem Maße, wie die Arbeiterklasse den Kampf gegen Reallohnabbau und soziale Unterversorgung aufnimmt, greift das Monopolkapital und sein Staat zur inneren offeneren Unterdrückung. Der JHT kann nicht absichts von diesen Kämpfen gehalten werden! Fortschrittlichen Sozialarbeitern kann es nur darum gehen, die katastrophale Unterversorgung der Bevölkerung wieder in den Mittelpunkt der Diskussion zu stellen. Der Kampf für die Rechte der Jugend ist dabei ein Bestandteil. Die Mißstände im Wohnbereich, in der medizinischen Versorgung, in der Ausbildung besonders der Lehrlinge und in der sozialen "Sicherung" sind keine zufälligen Erscheinungen, sondern gesetzmäßige Folgen eines Systems, das von Profitstreben und der Ausbeutung der Arbeitskraft bestimmt ist. Die Auswirkung dieses Systems ist soziales Blend, von dem am meisten die Arbeiter und ihre Familien betroffen sind. Sie tauchen dann in der Sozialarbeit auf als Sozialhilfeempfänger, Klientel oder schon als völlig Deklassierte. Sozialarbeiter, die zunehmend die Zusammenhänge zwischen Verelendung und ökonomischen System erkennen, ihre Praxis an den Interessen des Volkes orientieren und ihren Kampf an der Seite der Arbeiterklasse führen, werden mit Berufsverboten belegt. Auch davon will die AGJ nichts wissen!
Gegen die Pläne des Staates und seiner Ausführungsorgane, die zunehmende Politisierung der Sozialarbeiter zu kanalisieren, müssen wir gemeinsam mit allen fortschrittlichen Teilnehmern dem Jugendhilfetag eine politische Perspektive geben.

Kurzinformation: Fristlose Entlassung der Kollegen Bott und Swoboda aus der Victor-Gollancz-Stiftung, Ffm. - Erste Disziplinierung von Teilnehmern der Sozial. Aktion Jugendhilfetag

Die beiden Mitarbeiter der Arbeitsgruppe "Modelle Offener Jugendhilfe" erhielten mit Schreiben v. 29.7.74 durch den 1. Vors. der VGST -Herrn Zeit - die fristlose Kündigung. Gleichzeitig wurde ihnen Hausverbot erteilt.

Begründet wird die Entlassung damit, daß das Vertrauensverhältnis zwischen der Stiftung (Herrn Zeit) und den Mitarbeitern tiefgreifend gestört sei - gestört durch "Unregelmäßigkeiten in der Arbeit". Beiden Mitarbeitern wird vorgeworfen die Jahresnetzarte der VGST zunächst für eine Dienstreise nach Hamburg zur Teilnahme an dem Vorbereitungstreffen der Sozialistischen Aktion Jugendhilfetag benutzt zu haben, diese Reise jedoch zu einem späteren Zeitpunkt in eine "private" Fahrt umgewandelt zu haben. Ferner hätten sie für das 1. Halbjahr 1974 ihren Reisekostenvorschuß noch nicht abgerechnet.

Daß diese an den Haaren herbeigezogenen Gründe in Wirklichkeit nicht ausschlaggebend waren, dafür gibt es einige Anhaltspunkte: - Die VGST (Bundeszentrale Fortbildungsinstitution/finanziert durch das BHPFG) spürt einen zunehmenden politischen Druck durch Ministerium und einzelne Trägerverbände der Sozialarbeit - festgemacht wird dies insbes. an den Materialien der VGST. Der 1. Vors. sprach in seinem Rechenschaftsbericht vor der Mitgliederversammlung am 17.6.74 von dem Öffentlichkeitsbild der Stiftung, welches sich in eine bestimmte Richtung bewege und, daß in den Materialien Aussagen enthalten seien, die vom Vorstand und der Mitgliederversammlung nicht gedeckt werden könnten. Gezielt wurde auf bestimmte Arbeitsgruppen und Personen, ohne daß die Vorwürfe genau belegt und konkret gemacht wurden, sodas Spekulationen Tür und Tor geöffnet waren und ein Eingehen auf diese Vorwürfe nicht möglich war.

- Die Diskussion über die Absetzung des JHT durch die AGJ - der 1. Vors. der VGST stimmte für die Absetzung - wurde nicht zugelassen, ebenso wurde bzw. wird nun seit 2. Mitgliederversammlungen die Diskussion über das Problem der politischen Disziplinierungen wieder verschoben. Dagegen wurde Dieter Greese (Geschäftsführer der AGJ), der zwar einigen Mitgliedern durch seine Mitarbeit in der "Ad-hoc-Kommission zum Jugendhilfrecht bekannt war, sofort nach seiner Kooptation in den Vorstand gewählt. Der Mitgliederversammlung stellte er sich als der Verantwortliche für die Abgabe des Jugendhilftages vor.

Diese Kündigungen (durch den 1. Vors. veranlasst, die anderen Vorstandmitglieder des engeren Vorstandes haben auf Grund der einseitigen Information durch den 1. Vors. diesen Kündigungen zugestimmt, der erweiterte Vorstand wurde erst im Nachhinein informiert. Ein Gespräch zwischen den Vorstandsmitgliedern und den Betroffenen fand vor der Kündigung nicht statt.) sollen nicht nur zwei engagierte Fortbildungsreferenten treffen, sondern zielen auf eine Einengung des Fortbildungskonzeptes selbst. Ziel der Fortbildungsarbeit in der VGST liegt "in der Entwicklung der Jugend- und Sozialarbeit und zwar solche Fortbildungsprogramme zu realisieren, die in und mit der Praxis entwickelt werden und in denen die Veränderung der Praxis selbst zum Ziel und Gegenstand der Fortbildung wird."

-2-

Es gilt:

1. eine konkrete Analyse der konkreten Situation der BRD, die zur Verelendung breiter Teile der Bevölkerung führt, zu liefern.
2. die Vorstellung von einer Sozialarbeit zu entwickeln, die sich an den Interessen der arbeitenden Menschen orientiert.
3. den Kampf der Sozialarbeiter mit dem Kampf der Arbeiter und der Arbeiterjugend zu verbinden.
4. gegen die spezifische Zielsetzung des Staates und der AGJ auf dieser Tagung - durch Neubestimmung der Aufgaben der Jugendämter und neue Gesetzesmaßnahmen die fortschrittliche Jugendbewegung zu integrieren und zu zerschlagen - Alternativforderungen zu stellen und den Kampf um die Rechte der Arbeiterjugend zu unterstützen.

Wir ruhen alle fortschrittlichen Sozialarbeiter und an der Sozialarbeit interessierten demokratischen Kräfte sowie alle sozialistischen und kommunistischen Organisationen dazu auf, auf der Grundlage dieser Plattform an der Vorbereitung des Jugendhilftages mitzuarbeiten.

Sozialistische Gruppe Sozialarbeit (SGS)

Entsprechend diesem Auftrag haben die Mitarbeiter der Arbeitsgruppe "Modelle Offener Jugendhilfe" in Zusammenarbeit mit Kollegen, dem Fachauschuß "Modelle Offener Jugendhilfe", Jugendbildungsreferenten und Kollegen aus anderen Bereichen der Sozialarbeit mittlerweile einen Projektrahmenplan vorgelegt zur Realisierung eines Arbeitsfeldmodells im Bereich der "Haus der Offenen Tür-Arbeit" in Frankfurt.
Dieser neue Ansatz war die Konsequenz aus der Aufarbeitung der Erfahrungen mit Kollektivberatern aus den Jugendwohngemeinschaften. In diesem Arbeitsfeldmodell soll versucht werden, die Lebensbedingungen der Jugendlichen eines Stadtteils und somit der (postulierten) Besucher eines "HOT" zum gemeinsamen Gegenstand der Tätigkeit sowohl der Jugendlichen als "Freizeitfähigkeit" als auch der "Praktiker" des HOT als Berufsarbeit zu machen.

Die Kündigungen der Kollegen Bott und Swoboda sind kein Stiftung-internes Problem, dahinter steckt nicht nur ein Angriff auf die soziale Existenz der beiden Entlassenen, sondern gilt einem Fortbildungsmodell, das sich für viele Kollegen durch seinen konsequenten Theorie-Praxis-Bezug auszeichnete. Mit der Entlassung sollte ein Exempel statuiert werden, um die anderen Kollegen in der VGST einzuschüchtern, die ebenfalls den von der VGST selbst formulierten Anspruch einer parteilichen, an den Interessen und Bedürfnissen der "Klienten" orientierten Sozialarbeit ernst nehmen und real einzulösen versuchen: den vier Mitarbeitern der Arbeitsgruppe Gemeinwesenarbeit wurde mittlerweile ebenfalls die fristlose Kündigung angedroht.
Gegen diese Disziplinierungen und Einschränkungen eines fortschrittlichen Fortbildungskonzeptes müssen wir uns gemeinsam wehren.

Mittlerweile haben sich betroffene Teilnehmer von Fortbildungsveranstaltungen der Arbeitsgruppe "HOT", die hessischen Bildungsreferenten, Stipendiaten und Mitglieder der VGST, Jugendverbände und eine Reihe von namhaften Persönlichkeiten gegen diese Form der Kündigung und Disziplinierung gewandt.
Auch wir sollten den beiden Kollegen unsere gewerkschaftliche Solidarität versichern und in Schreiben an die VGST bzw. den Vorstand der VGST zum Ausdruck bringen.
Wir fordern: Sofortige Rücknahme der fristlosen Entlassung der beiden Kollegen und damit die Sicherstellung der Realisierung des Projektes "Modelle Offener Jugendhilfe".

5. Vorbereitung des 5. DJHT durch die Sozialistische Aktion

6. Vorbereitung des 5. DJHT durch verschiedene Gruppierungen

Thesen und Forderungen der Schleswig-Holsteinischen Jugendzentren-Initiativen zum 5. Jugendhilfetag am 8.-11.9.74 in Hamburg

Koordinationsbüro (Kobu) für Jugendzentren und Jugendzentren-Initiativgruppen in Schleswig-Holstein
Kobu, d. 28. 3. 74
Dispostionsstraße 20
1a Tel. 0431/74320

An die AGJ "DJHT"
5300 B O N N 1
Kaager Weg 44
2. Hd. Fr. Freygang

Betr.: Papier zum Thema "unabhängige Jugendzentren"
Begr.: Ihr Schreiben vom 8. Febr. adressiert an W. Hanisch
Unser Telefongespräch vom 19. 2. 74

Sehr geehrte Frau Freygang,

anbei schicken wir Ihnen die von den Schleswig-Holsteinischen Jugendzentren und Initiativgruppen diskutierten und am 17. 3. 74 in Heidehof verabschiedeten Thesen zur Jugendzentrenbewegung.

Diese Thesen und Forderungen sind das Ergebnis einer seit Frühjahr 73 beginnenden Diskussion zwischen den 60 existierenden Jugendzentren und Initiativgruppen in Schleswig-Holstein.

Wir meinen, daß diese Thesen nicht nur die derzeitige Situation der Jugendzentrenbewegung in Sch.-H. charakterisieren, sondern das die angeregte Problematik durchaus auch auf andere Bundesländer zutrifft. Aus diesem Grunde halten wir die Diskussion mit anderen Teilnehmern der Arbeitsgruppe "unabhängige Jugendzentren" gerade zu dieser von uns aufgezeigten Problematik für unbedingt erforderlich und sinnvoll.

Wegen des großen Interesses am 5. DJHT von Seiten der

- 2 -

Verfasser dieser Thesen (also der Jugendlichen der Sch.-H. Jugendzentren- und Initiativgruppen) erwarten wir von Ihnen die rechtzeitige Zuschiebung von mindestens 28 Anmeldekarten.

Wir hoffen, daß uns Jugendlichen durch die Teilnahme keine Unkosten entstehen, zumal unsere Bewegung in keiner Weise von unseren "Interessenvertretern" bei Kommune, Kreis und Land einer finanziellen Unterstützung erfährt.

Aus Ihren Schreiben v. 8. 2. d.J. geht hervor, daß die Sch.-H. Jugendzentren und Initiativgruppen scheinbar allein aufgefordert worden sind, Arbeitspapiere zum Thema "unabhängige Jugendzentren" zu erstellen. Dies ist uns ziemlich unverständlich, zumal Sie sicherlich auch schon von den seit Anfang der 70iger Jahre auf Bundesebene existierenden Koordinationsbüros für Jugendzentren in 673 Neustadt

Pal. vortunstr. 5 gehört haben und von anderen sich mit diesen Themen befassenden Gruppen.

Da wir noch keine detaillierte Information bzgl. Arbeitsgruppenleistung, Arbeitspapiere, Übernehmungs-möglichkeiten, Anmeldekarten u.a.m. haben; bitten wir um rechtzeitige Benachrichtigung bis Anfang Juni 74.

Mit freundl. Grüßen

d. Laß W. Roßtröh

"WIR WERDEN DIR SCHON HELFEN!" Das neue Jugendhilfegesetz

Die Bundesregierung hat sich etwas "Neues" ausgedacht, um die Jugendlichen in den Griff zu bekommen. Seit einiger Zeit lassen sich Jugendliche nicht mehr umherstoßen, wie es den Herrschenden gefällt, sondern sie versuchen, ihre Sache selbst in die Hand zu nehmen. Sie organisieren daher

- Jugendzentren in Selbstverwaltung
- Jugendwohn-gemeinschaften
- freie Jugendinitiativen
- politische Jugendgruppen.

Wurden diese Versuche der Selbstorganisation bisher von den Behörden mißtrauisch beugt und nach Möglichkeit verboten, so regelt das "neue" Jugendhilfegesetz ein für alle mal, was mit der Selbstorganisation von Jugendlichen zu geschehen hat: Selbstorganisation soll in Zukunft genehmigungspflichtig sein, so sieht es das "neue" Gesetz vor.

Aber nicht nur die Jugendarbeit, sondern auch die Kindergartenunterbringung und die Fürsorgeerziehung sollen besser in den Griff des Staates gebracht werden. So jedenfalls plant es die Bundesregierung.

KAISERREICH 1911 - BRD 1974 : REGLEMENTIERUNG DER ARBEITERJUGEND

"Neu" am Gesetzentwurf ist, daß der Staat, also Bund, Länder und Gemeinden mehr gesetzliche Macht bekommen, Kinder und Jugendliche zu kontrollieren. Die Folge ist die Reglementierung freier Initiativen und der Selbstorganisation. Statt mehr Demokratie gibt es mehr Staat. Die im Gesetzentwurf vorgesehenen Maßnahmen, z.B. "Erziehungskurse", sind größtenteils altbekannte Methoden, nur mit neuen Etiketten versehen.

Ca. 80 % der von der "öffentlichen Erziehung" (Fürsorgeanstalten, Knast etc.) betroffenen Jugendlichen sind Arbeiterkinder. Daher richtet sich das Gesetz vor allem gegen Arbeiterjugendliche. Auch das ist nicht neu: bereits 1911 versuchte der Staat die aufkommende Arbeiterjugendbewegung durch den ersten "Jugendhilfegesetz" in den Griff zu bekommen. Von 1945 bis jetzt reichte das alte "Jugendwohlfahrtsgesetz" aus. Jetzt aber wird ein neues Gesetz notwendig, weil immer mehr Jugendliche ihre Sache selbst in die Hand nehmen, ihr Lebens selbst organisieren in Wohn-gemeinschaften, Jugendzentren, Anlauf- und Beratungsstellen. Dadurch entstehen Selbstbewusstsein und die Erkenntnis, daß solidarische Handeln nützt. Das aber wird für den Staat bedrohlich. Er denkt sich ein "neues" Gesetz aus, um seinen Einfluß auf diese Bewegung zu verstärken.

ANERKENNUNGSZWANG FÜR FREIE JUGENDINITIATIVEN

Wenn das neue Gesetz so wird, wie es sich das Bundesministerium für Familie, Jugend und Gesundheit vorstellt, dann werden z.B. freie Jugendinitiativen einer verschärften Reglementierung unterworfen:

- Wenn sich z.B. eine Gruppe Jugendlicher zu einer Jugendzentreninitiative zusammenschließt, um ein selbstverwaltetes Jugendzentrum zu organisieren, braucht sie die "Anerkennung" des Jugendamtes: "Anerkannte Vereinigungen der Jugendhilfe haben ein eigenständiges Recht auf Betätigung in der Jugendhilfe." (§8). Das auch nicht anerkannten "Vereinigungen" dieses Recht zustehen muß, davon steht in dem Gesetz kein Wort. Für Jugendliche unter 25 Jahren kann damit das im Grundgesetz verankerte Recht auf Versammlungsfreiheit außer Kraft gesetzt werden. Wie ein Wirt für seine Kneipe, so braucht die freie Jugendinitiative in Zukunft eine Konzession.
- Diese Anerkennung ist so leicht aber nicht zu kriegen, denn: "Vereinigungen für Jugendhilfe sind anzuerkennen, wenn sie fachlich qualifizierte und den Zielen des Grundgesetzes nicht widersprechende Arbeit leisten." (§9)

Was "fachlich qualifizierte Arbeit" ist, darüber entscheiden nicht die betroffenen Jugendlichen, sondern Behörden und Ausschüsse unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Es gibt Beispiele dafür, daß Behörden eine Jugendarbeit, genau für verurteilt, weil Mitarbeiter billiger sind. Sondern "sozialschädlich" sind Jugendliche, die unter diesen Verhältnissen leiden und - oft verweigert, immer häufiger aber organisiert politisch - sich dagegen zur Wehr setzen. Auch hier trifft es die Arbeiterjugendlichen wieder am härtesten.

"FÖRDERUNGSWÜRDIG" IST, WER JA SAGT ZUR KAPITALISTISCHEN GESELLSCHAFT

- Wer "anerkannt" ist, hat damit noch lange keinen Anspruch auf öffentliche Förderung, also Geld für seine Arbeit, denn "Vereinigungen für Jugendhilfe dürfen nur gefördert werden, wenn sie anerkannt sind und Gewähr für eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit leisten sowie für eine sachgerechte, zweckentsprechende und wirtschaftliche Verwendung von Förderungs-mitteln bieten." (§ 12)

Man beachte die Feinheit: Um anerkannt zu werden, muß man eine den "Zielen des Grundgesetzes nicht widersprechende Arbeit" leisten, um Zuschüsse zu bekommen, muß man eine den "Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit" leisten. Welche selbstorganisierte Jugendgruppe wird schon mit diesen feingesponnenen Unterschieden klarkommen?! Das ist aber auch nicht nötig, klar kommt damit sollen vor allem die, die bei politisch aufmüpfigen Gruppen entscheiden, ob sie "anerkannt" oder "förderungswürdig" sind.

Wenn sich Jugendliche durch all das durchgequälert haben und mit staatlicher Hilfe ein Jugendzentrum aufbauen, heißt das Jugendhilferecht auf, daß die politische Arbeit auch ja "im Rahmen" bleibt. Es gibt nämlich eine Reihe von Bestimmungen, wie "außerordentliche Jugendbildung" und "politische Bildung" auszusuchen haben. Der Jugendliche muß "keine politischen Parteien, dem Gesellschaft erfüllen", sein "Interesse an politischer Betätigung und Mitwirkung" soll gestärkt werden (§§ 31, 32). Kein Wort darüber, daß es notwendig ist, für eine Veränderung der Gesellschaft zu arbeiten, damit diese Betätigung überhaupt erst möglich wird. Bisher sind Jugendliche durch diese weitgehend ausgeschlossen, außer daß sie von Zeit zu Zeit ab 18 wählen dürfen.

Politische Bildung bedeutet nach dem Gesetz: "Lehrstühle und Seminare, Gruppenarbeit und Arbeitstreffen, Vorträge- und Diskussionsveranstaltungen und Studien-Aktionen, Kampagnen und Demonstrationen als aktiver Politik ist nicht die Rede. Davon haben die Verfasser offenbar keine Ahnung. Die Jugendlichen sollen sich bilden lassen, nicht Partei ergreifen, politisches Handeln anerkennen. Das alles vor allem die Jugendlichen der Arbeiterklasse betrifft, die an der Veränderung der Gesellschaft ein besonderes Interesse haben, ist offenkundig. Wir fordern daher:

- FREIE POLITISCHE BETÄTIGUNG IN AUSBILDUNG, BERUF UND FREIZEIT!
 - SELBSTORGANISIERTE JUGENDINITIATIVEN!
 - ÜBERLÄSSIGKEIT ZUSAMMENARBEIT POLITISCHER GRUPPEN!
- "SOZIALSCHÄDLICH" IST, WER SOZIAL GESCHÄDIGT IST
- Aber nicht nur für Jugendorganisationen und -initiativen ist das Gesetz wichtig. Genauso hart trifft es Jugendliche, die in die Mühlen der Jugendämter geraten, die sich "sozialschädlich" verhalten. "Sozialschädlich" ist aber nicht etwa der Spekulant, der durch Mieterhöhungen und Wohnraumerhöhung Familien ins Obdachlosentum treibt, nicht die Wohnungsbau-gesellschaften, die keine Spielplätze

These 3:
Die zunehmende Verschärfung der Manipulations- und Kontrollmechanismen im Freizeitbereich hat diese Jugendlichen dazu gebracht, die Forderung nach einer "Selbstorganisation der Freizeit" zu stellen.

- Die Freizeit war seither nicht nur der Bereich, wo die Jugendlichen ihre Arbeitskraft reproduzieren, sondern er schien auch relativ frei zu sein von kontrollierenden Eingriffen. Die Sphäre außerhalb der Familie, Schule und Betrieb nahm schon immer bei Jugendlichen als Artikulations- und Handlungsfeld besondere Bedeutung ein.

- Besonders dort, wo die Gesellschaft eine Integration des Jugendlichen nicht erreichte, setzte beim Jugendlichen die Selbstsozialisation in altershomogenen Gruppen ein, die eher, objektiv gesehen, größtenteils auf eine Integration in das herrschende System hinauslief. (Programmideologie)

- Die kapitalistische System hat auch den Freizeitbereich durch seine Monopolisierung und Manipulationsmechanismen seinen Charakter unterworfen.

- Der massive und unumkehrliche Komplexismus die kommerziellen Freizeitangebots die in den letzten Jahren mit vielfältigen Jugendlicher (Bogen, Flower-Power, Gameln) und die damit verbundene Zerstörung der Kommunikationsmöglichkeiten, die eine Isolierung und Entfremdung verstärkte, hat indirekt zu einer Verschärfung der Manipulations- und Kontrollmechanismen geführt.

- Immer mehr Jugendliche haben diesen Zustand erkannt. Sie sehen nur einen Ausweg durch gemeinsames, schlarisch-politisches Handeln auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Eine erste Konsequenz daraus ist die Forderung nach einer "Selbstorganisation der Freizeit".

Ort bestehen unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich der Zielsetzung in der Arbeit:
Jugendzentrum als: Ort der Befriedigung unmittelbarer Freizeitbedürfnisse

apolitischer Freiraum individueller Selbstverwirklichung, frei von gesellschaftlichen Zwängen
sozialistische Freizeitsinsel
Bereich zum Erlernen kollektiver Verhaltensweisen

und Treffpunkte für Jugendliche bauen, nicht Unternehmer, die trotz Jugendarbeitsschutzgesetz Jugendliche in Akkord arbeiten lassen, die Lehrstellen verknappen, weil Mitarbeiter billiger sind. Sondern "sozialschädlich" sind Jugendliche, die unter diesen Verhältnissen leiden und - oft verweigert, immer häufiger aber organisiert politisch - sich dagegen zur Wehr setzen. Auch hier trifft es die Arbeiterjugendlichen wieder am härtesten.



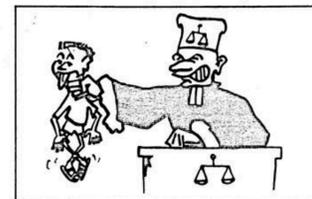
FÜRSORGEREGIERUNG : ERZIEHUNG ZUR AUSBEUTUNG UND ANPASSUNG
"Gesetz beschreibt genau, wie "politische Bildung" ausssehen hat, weil man sie möglichst eng fassen will. Andererseits findet man kein Wort darüber, wie die Erziehung in Erziehungsheimen ausssehen soll, damit Jugendliche dort menschenwürdig leben können. Auch nach dem "neuen" Jugendhilfegesetz kann es in den Erziehungsheimen so zugehen, wie es Peter Brosch beschrieben hat:

Neue kommen in den Erziehungsheimen mindestens für die ersten sechs Wochen in die sogenannte "Beobachtungs-" oder "Anpassungsstation". Sie haben während dieser Zeit keinen Ausgang aus dem Heim; nichts werden sie eingeschlossen; außer ihren "Plattlerklonoten", wie die schlaftrigen Kleidungsstücke genannt werden, und ihrer Arbeitsauftrag, besitzten sie keine anderen. Jeder Dorfbewohner kann sie daher sofort als Heimklingler erkennen. Jeden Abend putzen sie ihr Haus; in Staffelfolge besteht das Heim aus zweistöckigen Häusern - sie werden vom Keller bis zum 1. Stock gefegt und gebohrt, zweimal in der Woche zusätzlich geputzt. Morgens nach dem Waschen, Anziehen und Bettenbauen wiederholt sich das ganze. Während der Beobachtungszeit "arbeiten" die Jugendlichen in der "Hofkolonne" oder auf dem Feld bei Bauernleuten. Denn die Berufsberatung überden das Heimgelände, sie fegen oder jäten Unkraut. Arbeit auf dem Feld bedeutet: die Jugendlichen helfen z.B. beim Rübenziehen oder Mistfahren.

AUFRUF ZUM DENUNZIANTENTUM
Wenn ein Jugendlicher den Heinterror nicht mehr aushält, zu Freunden oder in eine Wohn-gemeinschaft flüchtet, dann wird das Gesetz wieder ganz genau: Wer ihm hilft, wird "als Delinquant bis zu einem Jahr" bestraft (§ 156). Das ist das Strafmaß für Begünstigung von Verbrechen. Der flüchtige Heimklingler wird damit in die Nähe von Kriminellen gerückt. Dieser § ist auch noch überschrieben: "Behinderung der Hilfe". Wer einem geflüchteten Heimklingler hilft, ihm aufnimmt, "behindert die Hilfe" - also die "Hilfe" des Staates. Es gibt nur zwei Möglichkeiten, die "Hilfe" nicht zu "behindern": Entweder man schickt den hilflosenden Jugendlichen wieder ins Heim, denunziert ihn bei der Jugendbehörde, oder man schickt ihn auf die Straße. Wir fordern daher:
WEG MIT DEM SPITZEL- UND DENUNZIANTENPARAGRAF!

Resultierend aus diesen Thesen stellen wir folgende Forderungen:

1. Forderung: Schaffung ausreichender Freizeitangebote in Dorf, Stadt und Stadtteilen für alle Kinder und Jugendlichen
2. Forderung: Rechtlich verankerte Mitbestimmung der Jugendzentrenbesucher bei Beibehaltung der Verantwortlichkeit der Finanzierung und des äußeren Rahmens (geeignete Räumlichkeiten etc.) der Kommune.
3. Forderung: Rechtlich verankerte Entscheidungs-befugnisse aller Jugendzentren-Besucher bei Einstellung hauptamtlicher Sozialpädagogen.
4. Forderung: Forderung nach mindestens 1 Sozialpädagogen pro Jugendzentrum
5. Forderung: Bedingungslose Anerkennung (besonders die finanzielle Gewährung von Mitteln bei Antragsstellung) aller "ad-hoc" Initiativgruppen im Bereich der Jugendpflege
6. Forderung: Erfüllung der rechtlichen Aufgaben des örtlichen Jugendamtes nach JWV §5,3
7. Forderung: Erfüllung der rechtlichen Aufgaben des Landesjugendamtes nach Jugendwohlfahrtsgesetz (JWV)§19 u. 20.



WOHN-GEMEINSCHAFTEN
Auch das verstärkte Interesse von Jugendlichen, statt in einer Familie in einer Wohn-gemeinschaft zu leben, wird durch das Gesetz nicht unterstützt. Die Devise lautet: Ohne Einwilligung der Eltern läuft nichts! Der Jugendliche hat nicht einmal das Recht, einen Antrag an das Vormundschaftsgericht zu stellen, um seinen Aufenthaltsort selbst zu bestimmen. Die "Wohn-gemeinschaft" wird in dem Gesetz zwar erwähnt (§ 62), aber nicht als Möglichkeit selbstorganisierten Zusammenlebens von Jugendlichen, als Alternative zur repressiven Kleinfamilie. Sie ist als "Hilfe" zu gewähren, wenn "die Entwicklungsfähigkeit oder -störung auf andere Weise nicht zu beheben ist". Selbstverständlich gehört dann auch ein Sozialarbeiter als Aufpasser dazu, den das Jugendamt auswählt.

Wir fordern daher:
- Entwicklung und umfassende Förderung selbstorganisierter Jugendwohn-gemeinschaften und Jugendgruppen
- Gegen die repressive Familien- und Heimerziehung
- Bei den Planungen des sozialen Wohnungsbaus muß Wohnraum für Jugendwohn-gemeinschaften berücksichtigt werden.
- Staatliche Förderung selbstorganisierter und unkontrollierter Jugendwohn-gemeinschaften.

Zur Propagierung und Durchsetzung dieser Forderung führt der Bund Demokratischer Jugend / BDJ, Initiative Süddeutschen eine Kampagne durch. Alle Jugendgruppen und Jugendverbände werden aufgefordert, sich an dieser Kampagne zu beteiligen. Das Gesetz ist noch in der Beratung, soll aber bald verabschiedet werden. Verhindert die Verabschiedung durch Euren Protest! Veranstaltet Informationsabende (Referenten werden von uns gestellt). Diskutiert in Euren Gruppen über die Konsequenzen, die das Gesetz für Euch hat. Organisiert Info-Stände in Eurer Stadt. Führt Demonstrationen durch. Sucht Bündnispartner. Schreibt Euren Bundestagsabgeordneten und fordert ihn auf, Stellung während einer öffentlichen Veranstaltung zu nehmen. Entwickelt selbst Aktionsformen.

Vom 6. - 8. Dezember 1974 findet in Frankfurt ein JUGENDPOLITISCHES FORUM statt, auf dem das "neue" Jugendhilferecht diskutiert werden soll. Kommt alle zum Jugendpolitischen Forum, berichtet über Eure Aktionen, lernt aus den Aktionen anderer.

BUND DEMOKRATISCHER JUGEND
BDJ-Vorstand
6 Frankfurt am Main 90
Hamburger Allee 47
Tel. 0611 / 777 010

7. Auseinandersetzung um den 5. DJHT

Offenbach, 27.1.1974

AUFTRUF ZUR
SOZIALISTISCHEN AKTION JUGENDHILFETAG HAMBURG
8. - 11. September 1974

Nach 23-jährigem Zögern veranstaltet die Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ) den 5. Jugendhilfetag in Hamburg. Die Analysen der Sozialistischen Aktion 4. DJHT hatten das Bündnis der Verbände mit der herrschenden Klasse aufgedeckt und deutlich gemacht, daß die unterprivilegierten Jugendlichen eine konsequente Vertretung ihrer Interessen von denjenigen Institutionen nicht erwarten konnten, die an ihrer Deklassierung mitwirken. Zielscheibe der Sozialistischen Aktion war die janusköpfige Politik der Träger der Sozialarbeit, die ihre Mitarbeiter mit dem Appell an den pädagogischen Idealismus zusätzlich ausbeuten und durch miserable Arbeitsbedingungen den individuellen Arbeitseinsatz der Erzieher und Sozialarbeiter etc. sabotieren. Politisches Ergebnis des JHT: Die Entstehung mehrerer sozialistischer regionaler und überregionaler Organisationsansätze im Sozialbereich.

In dem Maße wie sich in den letzten Jahren die Klassenauseinandersetzungen in der BRD verschärft haben, ist das politische Bewußtsein der Sozialarbeiter gewachsen. Das zeigt sich in der solidarischen Unterstützung beim Wohnungs- und Stadtkampfe und in der schwindenden Bereitschaft der Sozialarbeiter, sich kritiklos der Sozialbürokratie zu unterwerfen. Angesichts der ökonomischen und politischen Krisen, des wachsenden Widerstandes der Arbeiter und Angestellten gegen den Raubbau an ihrer Arbeitskraft, gegen die Steigerung der Arbeitssetze, gegen Entlassungen, Inflation und Lohnrückerei, gegen die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen ist der staatliche Interventionsapparat heute immer mehr gezwungen die Unterdrückungs- und Disziplinierungsinstrumente staatlicher Gewalt in allen gesellschaftlichen Bereichen auszubauen, um die kapitalistischen Produktionsbedingungen zu erhalten und das Steigen der Profite zu sichern: Politische Polizei kontrolliert in den Betrieben Arbeiter, die für die Verbesserungen von Arbeitsbedingungen kämpfen, Spezialeinheiten der Polizei zerschlagen Wohnkollektive und räumen als Handlanger privater Bauherren besetzte Häuser.

Von der Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen bleiben die Sozialarbeiter und Erzieher nicht ausgenommen. Sie werden ebenso wie fortschrittliche Arbeiter, Jugendvertreter, Vertrauensleute, Lehrer, Kuristen etc. in ihren Tätigkeitsfeldern diszipliniert und mit Entlassungen und Berufsverbot bedroht.

Die Widersprüchlichkeit der Sozialarbeit als Versorgungs- und Disziplinierungsinstrument staatlicher Politik, die reale Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse greift die AGJ auch ebenso wenig auf wie die aktuellen Kämpfe der Arbeiterbewegung und die politischen Konflikte im Sozialbereich.

- 2 -

Das Thema für den Hamburger Jugendhilfetag: "Jugend und Recht"

wurde von der AGJ gewählt, da eine "umfangreiche Neukodifizierung des Jugendgesetzgebungsbereiches ansteht, auf die man mit der breitesten Ebene des Forum Jugendhilfetag rechnen sollte".

Der Jugendhilfetag hat für die etablierten "Verwalter der Jugend" eine wichtige Funktion. Aus den vorgesehenen Fragestellungen und dem geplanten Ablauf geht hervor, daß der JHT der scheindemokratischen Legitimation der Jugendpolitik der Regierungen und der Verbandsführungen dient und zugleich die Loyalität der "Fachbasis" gegenüber dem bürgerlichen Staat sicherstellen soll. Er soll den Eindruck entstehen lassen, die Masse der mit Kindern und Jugendlichen beruflich befaßten Sozialarbeiter und Sozialpädagogen könne bei der "hohen Jugendpolitik" mitreden und mitentscheiden.

Die vorgesehenen Themenbereiche in den 4 Sozialisationsfeldern:

- Familienerziehung
- Außerfamiliäre Erziehung
- Freizeit und außerschulische Jugendarbeit
- Ausbildung und Beruf

zielen auf eine "Verrechtlichung" und "Verfachlichung" der Diskussion und damit auf die Leugnung materieller Interessen und die Verharmlosung und Neutralisierung gesellschaftlicher Widersprüche ab.

Die Aufspaltung des Jugendhilfetages in kleinste Diskussionszirkel wird mit dem Bedürfnis vieler Sozialarbeiter nach überregionalem Erfahrungsaustausch legitimiert, zielt aber darauf ab, die Artikulation gemeinsamer Interessen und ihre Durchsetzung zu verhindern.

Aufgabe der SOZIALISTISCHEN AKTION ist es:

- Den scheindemokratischen Charakter des Jugendhilfetages zu entlarven.
- Die "fachlichen" Fragestellungen der AGJ in ihrem politischen Zusammenhang zu diskutieren.
- Den Jugendhilfetag zu benutzen, sozialistische Jugendpolitik darzustellen und den Organisationsprozeß der im Sozialbereich Tätigen voranzutreiben.
- Auf dem Jugendhilfetag den aktuellen Kampf sozialistischer Jugendlicher in Hamburg zu unterstützen.

Wir fordern auf:

- Kommt zum Jugendhilfetag in Hamburg
- Bildet regionale Vorbereitungsgruppen
- Erzwingt in den Dienststellen Diskussionen zum Jugendhilfetag
- Kommt zum nächsten Vorbereitungstreffen nach Hamburg

Kontaktadresse: INFO SOZIALARBEIT IM SOZIALISTISCHEN BÜRO
605 Offenbach, Hohe Str. 23, Postfach 591

Heben vielen Einzelpersonen arbeiten bisher folgende Gruppen an der Sozialistischen Aktion mit: AKS Berlin, AKS Frankfurt, AKS Düsseldorf, BDP AG: Sozialarbeit Pfm., KKS Bielefeld, Verein Soziale Jugendarbeit Bochum, Aktiv R16 Köln, Kritische Gruppe Berlin, SSK Köln, AG Karolinenviertel Hamburg und Erziehung und Klassenkampf Pfm./Berlin.

Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe

AGJ

An die
Gruppen der
"Sozialistischen Aktion -
5. Deutscher Jugendhilfetag"

Bonn, 4. April 1974
(101/74)

Offener Brief

Die "Sozialistische Aktion 5. Deutscher Jugendhilfetag" hat auf einen persönlichen Brief des AGJ-Geschäftsführers, Dieter Greese, mit einem Offenen Brief an die Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ) reagiert, in dem sie einige Feststellungen zur Vorbereitung des 5. Deutschen Jugendhilfetages trifft und Forderungen an die AGJ richtet.

Hierzu sei zunächst klargestellt, daß Herr Greese sein Schreiben nicht im Auftrag des AGJ-Vorstands, sondern in seinem eigenen Namen verfaßt hat. Der Vorstand der AGJ will jedoch nicht mit formalen Argumenten eine Beantwortung der an ihn gerichteten Fragen ablehnen. Deshalb nimmt die AGJ hiermit zunächst einmal eine Klarstellung jener Informationsdefizite vor, die aus dem Offenen Brief der Sozialistischen Aktion vom 28.2.1974 offenkundig werden.

1. Was ist die AGJ und was will der Deutsche Jugendhilfetag?

Die AGJ ist nach ihrer Satzung ein Forum zur Diskussion fachlicher sowie Jugend- und rechtspolitischer Probleme der Jugendhilfe, das von den Jugendverbänden des Deutschen Bundesjugendringes, der Sportjugend, den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege, den Jugendministerien der einzelnen Bundesländer, den Landesjugendämtern und Fachorganisationen der Jugendhilfe getragen wird. Eine Organisation auf dieser Ebene ist die einzige derzeit vorhandene Form, in der der Versuch unternommen werden kann, im vormaligen parlamentarischen Raum die Zersplitterung der Jugendhilfe in öffentliche und freie Trägerschaft mit jeweils voneinander abgegrenzten Bundes-, Landes-, regionalen und kommunalen Kompetenzen durch Kooperation dieser Trägerorganisationen tendenziell zu überwinden. Die AGJ arbeitet derzeit in besonderer Weise daran, die Effizienz dieser Kooperation zu verbessern.

Geschäftsstelle: 5300 Bonn 1 - Haager Weg 44 - Haus der Jugendarbeit - Telefon (0222) 281520
Sparkasse Bonn 10.651.081 - Bank für Sozialwirtschaft Köln 1.314.009

- 2 -

In den Ausschüssen und auf den Tagungen der AGJ ringen Vertreter öffentlicher und freier Jugendhilfe mit zum Teil sehr divergierenden politischen und weltanschaulichen Standorten um Konzeptionen für eine Weiterentwicklung von Theorie, Praxis und Rechtsgrundlagen der Jugendhilfe. Die Ergebnisse sollen Prozesse auslösen, Trends einleiten oder verstärken und verantwortliche Organisationen stimulieren. Aufgrund der von allen Mitgliedern getragenen Zielsetzung binden Beschlüsse eines AGJ-Gremiums die Mitglieder nicht; es bleibt ihrer freien Entscheidung überlassen, diese Beschlüsse anzuwenden.

Der Jugendhilfetag als die breiteste Form dieses Forums ist deshalb auch im Hinblick auf die völlig freie Ausschreibung keine "Delegiertenkonferenz der Jugendhilfe", auf der mehrheitlich angenommene Anträge die Träger der Jugendhilfe für die nächsten drei Jahre festlegen könnten. Selbstverständlich kommt es auf dem Jugendhilfetag zu Abstimmungen über Resolutionen und Arbeitsgruppenergebnisse. Nur entscheidet keine noch so große Mehrheit darüber, ob sie von den Trägern der Jugendhilfe auch übernommen und getragen werden. Dort können sie bestenfalls freiwillig angenommen werden. Diese Bereitschaft wird steigen mit dem Grad, wie es gelingt, die Teilnehmer des Jugendhilfetages für ihre Interessen hinsichtlich einer personen- und sachgerechten Praxis und der dazu auch nötigen rechtlichen Garantien zu mobilisieren.

2. Wie offen ist die AGJ für die Mitarbeit von Nichtmitgliedern?

Die Träger des AGJ-Forums sind sich dessen bewußt, daß sie nicht die gesamte Jugendhilfe repräsentieren. Deshalb haben sie ihr Forum AGJ immer auch offen gehalten für Organisationen oder Einzelpersonen, die nicht Mitglieder der AGJ sind. Das haben sie auch bei der Vorbereitung des Jugendhilfetages so gehalten. Seit Beginn der Vorbereitungen zum 5. DJHT im Februar 1972 haben im Vorbereitungsausschuss und in allen Unterausschüssen auch interessierte Vertreter mitgearbeitet, die nicht der AGJ angehören.

Nach eigenen Angaben hat sich die "Sozialistische Aktion" am 20.1.1974 in Bielefeld konstituiert. Zu diesem Zeitpunkt waren die Vorbereitungen der AGJ bereits weit fortgeschritten. Eine denkbare Einbeziehung von Vertretern der Sozialistischen Aktion bei der Gestaltung der noch offenen personellen, thematischen und strukturellen Fragen wurde von ihr in ihrem Offenen Brief an die AGJ mit dem Argument abgelehnt, die AGJ habe ihren Jugendhilfetag selbst zu verantworten.

- 3 -

3. Müssen die Teilnehmer des 5. DJHT das Wohlergehen der AGJ-Funktionäre bezahlen?

Die Vorbereitungsarbeiten zum 5. DJHT erstrecken sich über einen Zeitraum von 2 1/2 Jahren. Für die in diesem Zeitraum angefallenen Vorbereitungskosten und die eigentlichen Durchführungskosten des Jugendhilfetages sind ca. 250.000 DM veranschlagt. Jeder, der Einblick in die Organisation eines Kongresses dieser Größenordnung hat, wird zugeben müssen, daß es sich hier um eine vergleichsweise geringe Summe handelt.

Von der Sozialistischen Aktion wird kritisiert, daß die vorgesehenen Tagungsgebühren von DM 30,-, bzw. DM 10,- für Studenten, mit denen eine Finanzierungslücke von DM 45.000 geschlossen werden muß, nicht in Einklang zu bringen sind mit den ca. DM 75.000, die mutmaßlich für Reisekosten der Vorbereitungsgremien, Referenten, Arbeitskreisleiter, Vorstand und Geschäftsstelle sowie für Honorare an die Mitwirkenden in dem Gesamtzeitraum von 2 1/2 Jahren anfallen werden.

Seit Februar 1972 haben sich insbesondere sechs Gremien mit der Vorbereitung des 5. DJHT beschäftigt (1. Vorbereitungsausschuss, 2. Vorbereitungsausschuss, 4. Unterausschüsse). In ihnen haben insgesamt 35 Personen mitgearbeitet, die im Durchschnitt vier Sitzungstage aufwenden mußten. Dabei waren die wenigsten "hochdotierte Spitzenfunktionäre" ihrer Verbände.

Diese 35 ehrenamtlichen Mitarbeiter müßten also insgesamt zu 120, z.T. sehr weiten, Reisen antreten. Auf dem Jugendhilfetag selber werden in der Funktion von Podiumsdiskussionsteilnehmern und Arbeitsgruppenleitern ca. 80 Personen im Auftrag der AGJ teilweise mehrere Tage lang tätig sein. Dieser Personenkreis wurde außerdem noch zu einer zweitägigen Vorbereitungstagung nach Bonn eingeladen. Alle diese Mitarbeiter haben einen Anspruch gegenüber der AGJ auf Erstattung ihrer Aufwendungen nach dem Bundesreisekostengesetz. Für Funktionen auf dem Jugendhilfetag erhalten sie unabhängig von Rang und Titel ein Anerkennungshonorar von DM 150. Bei Funktionsaufteilung zwischen mehreren Personen muß dieser Betrag noch entsprechend geteilt werden. Schließlich müssen die im Zusammenhang mit der Organisation des Jugendhilfetages anfallenden Kosten für die notwendigen Reisen der Mitarbeiter der Geschäftsstelle und des Vorstands für den gesamten Vorbereitungszeitraum wegen der

- 4 -

geltenden haushaltsrechtlichen Vorschriften (nach Haushaltsklarheit) hier ausgewiesen werden. Kenner der Materie können unschwer nachrechnen, daß man damit ohne weiteres auf die genannte Summe kommt, ohne daß der Vorwurf gerechtfertigt ist, die Teilnehmer des Jugendhilfetages müßten dort für das Wohlergehen der Verbandsfunktionäre bezahlen. Eine ganze Anzahl der Vorstandsmitglieder verzichtet im Übrigen auf Kostenerstattung durch die AGJ.

Auch der an anderer Stelle von einer Mitgliedergruppe der Sozialistischen Aktion erhobene Vorwurf, im November 1973 habe die AGJ einen exklusiven Fachkongreß zum Jugendhilferecht durchgeführt, auf dem nicht nur keine Tagungsgebühren erhoben, sondern sogar noch Spesen ausbezahlt wurden, beruht auf falschen Informationen. Die Mitglieder der AGJ haben Wert darauf gelegt, nach Abschluß der Diskussionsphase zum Jugendhilfegesetzesentwurf noch einmal ihre Positionen auszutauschen und Trends festzustellen. Nach einem mit den federführenden Stellen der Mitgliedergruppen vereinbarten Delegiertenschlüssel sind dann auf Kosten der Mitgliedsorganisationen 80 sachkundige Verbandsvertreter nach Bonn zu einer Arbeitstagung gekommen. Spesen wurden durch die AGJ nicht gezahlt.

4. Kann der Tagungsbeitrag für den Jugendhilfetag entfallen?

Die Teilnehmergebühren sind Bestandteil der Finanzierung, so daß die AGJ auf die Erhebung angewiesen ist. Die AGJ kann allenfalls an ihre Geldgeber appellieren, den öffentlichen Förderungsbetrag für den 5. DJHT aufzustocken.

5. Kann die AGJ allen in der Praxis der Jugendhilfe und in der Ausbildung für Berufe in der Jugendhilfe stehenden Personen alle Arbeitspapiere für den 5. DJHT der AGJ und aller anderen sich vorbereitenden Gruppen zusenden?

Eine Information aller in den Berufen der Jugendhilfe tätigen Mitarbeiter und aller in einer Ausbildung für solche Berufe stehenden über die Arbeitspapiere zum 5. DJHT dürfte einen Personenkreis von mehr als 100.000 umfassen. Ein noch so bescheidener Druck des jetzt bereits vorliegenden, jedoch noch unvollständigen Informationsmaterials der AGJ zum Jugendhilfetag und des von anderen Gruppen zusätzlich zu erwartenden Materials dürfte pro Exemplar Kosten zwischen DM 3,- und DM 5,- verursachen. Rechnet man noch die Porto- und Verwaltungskosten hinzu, würde allein dieser Betrag die für die Finanzierung des Jugendhilfetages zur Verfügung stehenden Mittel um ein Vielfaches übersteigen.

- 5 -

6. Soll bereits auf der Eröffnungsveranstaltung diskutiert werden?

An der Eröffnungsveranstaltung werden bis zu 3000 Personen teilnehmen. Geplant ist die Eröffnung durch den 1. Vorsitzenden der AGJ, eine Grußansprache durch den Repräsentanten der gastgebenden Stadt Hamburg, Senator Dr. Apel, Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung, und ein programmatisches Referat des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Frau Dr. Focke, zum Thema "Kind-Recht-Gesellschaft". Davon erhofft sich die AGJ Ansatzpunkte für Stellungnahmen und Forderungen an die für die Jugendpolitik Verantwortlichen.

Unter einer Diskussion versteht die AGJ eine Veranstaltungsform, in der alle Teilnehmer die Möglichkeit erhalten, in der Auseinandersetzung mit anderen eigene Standpunkte zu artikulieren bzw. zu modifizieren. Eine solche Form ist in einem Auditorium mit 3000 Teilnehmern nicht möglich. Dort blieben 99 % aller Anwesenden von der Artikulation eigener Positionen ausgeschlossen.

7. An welchen Stellen können Referenten Stellungnahmen abgeben?

Im Sinne des Begriffs "Referent" wird nur Frau Bundesminister Dr. Focke auf dem Jugendhilfetag eine Funktion erfüllen. Alle anderen Mitwirkenden sind Teilnehmer an Podiumsdiskussionen oder Arbeitskreisleiter.

8. Können Druckmöglichkeiten für Teilnehmer und Teilnehmergruppen bereitgestellt werden?

Schon auf dem 4. DJHT 1970 in Nürnberg konnten im Rahmen der AGJ möglichen Kapazität Resolutionen, Erklärungen usw. über die technischen Geräte des Veranstalters produziert werden. Das wird im Rahmen der vorhandenen Kapazität auch in Hamburg möglich sein.

9. Können Räume für im Programm nicht vorgesehene Veranstaltungen von Teilnehmern und Initiativgruppen auf dem Jugendhilfetag zur Verfügung gestellt werden?

Der Veranstalter wird ein Informationszentrum einrichten, über das Räume für nicht im Programm vorgesehene Veranstaltungen vermittelt werden können.

- 6 -

10. Soll eine gemeinsame Abschlusveranstaltung aller Arbeitsgruppen veranstaltet werden?

Die AGJ weist den Vorwurf zurück, sie habe durch die Planung von vier parallel laufenden Abschlusveranstaltungen einen Entsolidarisierungsprozeß organisieren wollen. Die Erfahrungen des 4. DJHT 1970 in Nürnberg und des Deutschen Fürsorgetages 1973 in Stuttgart haben sie veranlaßt, eine Form zu suchen, bei der ein für die Ergebnisse in den einzelnen Arbeitsgruppen hinreichend breites Spektrum von Aussagen für das gesamte Feld aktueller rechtspolitischer Reformen vermittelt werden kann. In jeder der vier Ergebnisveranstaltungen werden dennoch mehr als 500 Teilnehmer anwesend sein.

Ein von einer so großen Menge getragener Kongreßwille dürfte mit Sicherheit Auswirkungen auf die Öffentlichkeit, die Verantwortlichen und die Praxis der Jugendhilfe haben.

Aufgrund der - insbesondere in Punkt 1 auf Seite 1,2 - dargelegten Struktur und Arbeitsweise der AGJ behalten sich die Organe der AGJ eine Stellungnahme zu dem Problemkreis "politische Disziplinierungen", "Berufsverbote", "Kriminalisierung von politischen Aktivitäten Jugendlicher" und "brutale Behandlung von Gefangenen" vor. Hierfür ist aber notwendig, daß der Prozeß der Meinungsbildung in der AGJ abgeschlossen ist.

gez. Reinhard M. Walter
Vorsitzender

gez. Dieter Greese
Geschäftsführer

F.d.R.d.A.

E. Hamecher
(E. Hamecher)

Eingegangen

12 JUNI 1974

Erläutert

Bonn, 4. Juni 1974
(152/74)

2. Die "Sozialistische Aktion 5. Deutscher Jugendhilfetag"

Bereits auf dem 4. Deutschen Jugendhilfetag 1970 in Nürnberg hatte es eine über das Sozialistische Büro in Offenbach organisierte Gruppe von mehreren hundert Teilnehmern aus Ausbildung, Praxis und Wissenschaft der Sozialarbeit und Sozialpädagogik gegeben, die unter "Sozialistische Aktion" firmierte. Durch ihre gute Vorbereitungsarbeit gelang es ihr auf dem Nürnberger Jugendhilfetag

- 4 -

andere Akzente zu setzen, als man es von den vorausgegangenen Veranstaltungen gewohnt war. Auf dem Eröffnungsempfang wurde der Bayerische Arbeitsminister Dr. Pirkel mit Sprechblättern "CSU-SA-SS am Ruder gehindert. In der Schlußveranstaltung, einem jugendpolitischen Hearing, schließlich unterlag die Sozialistische Aktion in einer Abstimmung über eine Veränderung des Veranstaltungsverlaufs. Daraufhin besetzte sie die Bühne. Danach entluden sich so heftige Emotionen zwischen der Mehrheit der Teilnehmer und der Sozialistischen Aktion ("Gott raus - Christen raus"), daß der Jugendhilfetag kurz vor seinem offiziellen Ende abgebrochen werden mußte.

Im Januar 1974 hatte sich über das Sozialistische Büro in Offenbach mit Hilfe eines Aufrufs erneut eine "Sozialistische Aktion" formiert. Am 17.1.1974 hatte sie ein erstes Treffen in Bielefeld, auf dem ein Offener Brief mit neun Forderungen an die AGJ formuliert wurde.

Unverzügliche Information der Öffentlichkeit, der Kollegen in Dienststellen und Ausbildungsstätten durch die Vorbereitungsarbeiten der AGJ einschließlich der von anderen Gruppen erarbeiteten Papiere.

- Verzicht auf Teilnehmergebühren.
- Diskussion auf der Eröffnungsveranstaltung.
- Kein Eröffnungsredner, der politische Disziplinierungen und Berufsverbote gegen fortschrittliche Kollegen mitverantwortlich hat.
- Erklärung der AGJ gegen die Berufsverbote, gegen die Kriminalisierung von politischen Aktivitäten Jugendlicher und die brutale Behandlung von Gefangenen (insbesondere der politischen Gefangenen) in der BRD.
- Stellungnahme aller Referenten auf dem 5. DJHT zu den Berufsverböten und politischen Disziplinierungen im Sozialbereich.
- Kostenlose Bereitstellung von Druckmöglichkeiten für alle Teilnehmer und Initiativgruppen auf dem Jugendhilfetag.
- Bereitstellung von Räumen für nicht im Programm vorgesehene Veranstaltungen von Teilnehmern und Initiativgruppen auf dem Jugendhilfetag.
- Gemeinsame Abschlusveranstaltung aller Arbeitsgruppen mit der Möglichkeit, gemeinsame Interessen und Forderungen zu artikulieren."

Vom 26. - 28.4.1974 fand in der Evangelischen Studentengemeinde Hamburg das zweite Vorbereitungstreffen der "Sozialistischen Aktion Jugendhilfetag Hamburg" statt. An der Hamburger Veranstaltung nahmen im Auftrag des Vorstands der AGJ ihr Geschäftsführer, Dieter Greese, und sein Stellvertreter, Hans-Jürgen Wagner, teil. Sie hatten dort Gelegenheit, sich ein Bild über die Zielsetzung und die Strategie der Sozialistischen Aktion zu machen.

- 5 -

Auf dem Hamburger Treffen waren 150 Vertreter von Gruppen aus den folgenden Städten anwesend:

Table with 3 columns: Berlin, Bielefeld, Bochum, Bremen, Düsseldorf, Frankfurt, Göttingen, Hamburg, Heidelberg, Kassel, Kiel, Köln, Mannheim, München, Tübingen

Diese Gruppen sind z.T. organisierte Zusammenschlüsse von Studenten und Dozenten an Fachhochschulen, zum größeren Teil machen sie praktische Arbeit im Sozialisationsbereich, u.a. in Jugendwohnkollektiven, unabhängigen Jugendzentren, Interessengemeinschaften, Bürgerinitiativen, Stadtteilbasisgruppen und in Behörden. Außerdem haben ihre Vertreter starken Einfluss in örtlichen Gewerkschaftsfachgruppen. In der AGJ schätzt man die Zahl der durch die Sozialistische Aktion mobilisierten Teilnehmer auf dem Jugendhilfetag mindestens auf 1000. Diese Schätzung beruht auf vier Anhaltspunkten:

- 1. Die 150 Delegierten der Hamburger Tagung wurden aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß jeder mindestens noch 10 weitere Genossen mitbringen sollte.
2. Die Sozialistische Aktion hat teils gezielt aus einzelnen Gruppen über 2000 Anmeldeformulare bei der AGJ angefordert.
3. Die Zahl der Initiativgruppen mit sozialistischer Perspektive im Sozialisationsbereich ist gegenüber 1970 sprunghaft angestiegen.
4. Aus dem Fachhochschulbereich sind der AGJ Informationen über intensive Vorbereitungen studentischer Gruppen auf der Grundlage des Materials der Sozialistischen Aktion zugegangen.

Es kann nicht unterschlagen werden, daß sich in der Sozialistischen Aktion z.T. recht heterogene politische Gruppen zusammengefunden haben. Durch eine intensive Vorbereitung mit überregionalen und regionalen Tagungen sowie Versand von Informationsmaterial wollten sie erreichen, einen tragfähigen gemeinsamen Nenner bei partiell unterschiedlichen politischen Standorten und Einschätzungen für Hamburg zu finden. Das Sozialistische Büro in Offenbach stellte dafür einen hauptamtlichen Sekretär zur Verfügung.

- 6 -

5. Die Zielsetzung der Sozialistischen Aktion unter Zugrundelegung ihrer Einschätzung der AGJ und des 5. DJHT

(Die folgende Zusammenstellung von Zitaten stammt aus Veröffentlichungen in "Info Sozialarbeit", "links", "Erziehung und Klassenkampf", aus dem Offenen Brief an die AGJ, aus Materialien zur Hamburger Vorbereitungstagung vom 26. - 28.4.1974, aus persönlichen Aufzeichnungen des AGJ-Geschäftsführers und aus dem "jw-dienst" Nr. XV/16-17 vom 7. Mai 1974.)

Aus den verschiedenen Veröffentlichungen der Sozialistischen Aktion ergibt sich ein deutliches Bild über Einschätzung der Funktion der AGJ und des Jugendhilfetages vor der Analyse der kapitalistischen Ordnung der BRD:

Die AGJ diene der "Harmonisierung der Trägerinteressen im Bereich Jugendhilfe". Sie solle den "bundesministeriellen Handlungsspielraum" erweitern, in dem sie auf breiter Basis Praxis und Rechtsgrundlagen der Sozialarbeit legitimiert. Diese Sozialarbeit sei gekennzeichnet durch ihre "Widersprüchlichkeit ... als Versorgungs- und Disziplinierungsinstrument staatlicher Politik". Die Mitgliedsverbände der AGJ stünden im "Bündnis mit der herrschenden Klasse" und betrieben die "weitere Depravierung" der Jugendlichen. Sozialarbeiter in Behörden oder in den Verbänden der AGJ würden durch den "staatlichen Machtapparat" gezwungen, dem "staatlichen System der Sicherung der kapitalistischen Produktionsbedingungen als Büttel und Spitzel" zu dienen. "Ihre Funktion" solle darauf beschränkt werden:

- die Arbeitswilligkeit und Arbeitsfähigkeit des aus dem Produktionsprozeß herausgefallenen "Klientels" zu sichern;
- die Zeugungs- und Erziehungsbereitschaft des "Klientels" zu erhalten;
- die Wirkungen der beschleunigten Produktivkraftentwicklung auf den Arbeiter zu mildern;
- sie mit den unzureichenden Lebensbedingungen im Wohnbereich auszusöhnen;
- durch Vorwegnahme von Bürgerinitiativen, Aktivierung und Partizipation die Loyalität der Zielgruppen gegenüber dem System zu sichern;
- als Frühwarnsystem (Sozialtechnokraten) zu funktionieren und durch ihre Existenz die "Sozial"-staatlichkeit zu legitimieren."

- 7 -

Die öffentliche Jugendhilfe solle als ein Mittel des "bürgerlichen Staates" zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise dafür sorgen, daß "die Arbeitskraft des Arbeiters einerseits und seine Achtung vor der privaten Aneignung andererseits" ... mit allen Mitteln erhalten werden. "In Zeiten erschwerter Kapitalverwertung wird es darauf ankommen, die wahren Zusammenhänge durch Demokratisierung, Partizipation, Partnerschaft usw. zu verschleiern." Wo es auf diesem Wege jedoch nicht gelänge, Menschen an die "Funktionsgesetze des Kapitalismus" anzupassen, "da reagiert auch die öffentliche Jugendhilfe mit einer breiten Palette von Repressionen, die einmal der Disziplinierung der momentanen, zum anderen der Abschreckung der potentiellen "Unruhestifter" dienen". So habe auch die sog. Jugendpflege, "die Emotionen der Jugendlichen zu verwalten, sie einmal institutionalisiert im Jugendfreizeitheim als Ventil gesellschaftlich unschädlich zu machen, zum anderen sie so zu kanalisieren, daß sie für das Integrations- und Verwertungsinteresse der bürgerlichen Gesellschaft einsetzbar werden". Folglich sei Jugendpflege "staatlich verordnete Einübung in die "freiheitlich-demokratische Grundordnung der BRD" und in den kapitalistischen Produktionsprozeß: denken, um zu dienen".

Aus dieser bruchstückhaften Zitierung der Analyse der Sozialistischen Aktion von staatlichen oder staatlich geförderten Aktivitäten im Sozialisationsbereich ergibt sich dann die Erkenntnis: "Es ist zu erwarten, daß die Veranstalter des 5. Deutschen Jugendhilfetages (schon wegen ihrer finanziellen Abhängigkeit vom Staat - d.Verf.) solche Zusammenhänge den erwarteten "ca. 3000 aus der Theorie und Praxis kommenden Teilnehmern" ... verschleiern wollen." "Aus den vorgesehenen Fragestellungen und dem geplanten Ablauf geht hervor, daß auch der 5. Jugendhilfetag der scheindemokratischen Legitimation der Jugendpolitik der Regierungen und der Verbandsführungen dient und zugleich die Loyalität der 'Fachbasis' gegenüber dem bürgerlichen Staat sicherstellen soll."

Für die Sozialistische Aktion war klar, "daß damit die Interessen der Klienten und der Sozialarbeiter/Sozialpädagogen auf der Spielwiese Jugendhilfetag kanalisiert werden sollen". Der Jugendhilfetag sollte "als ein Zustimmungsgremium und Legitimationsgremium" dienen, ein "Festakt sozialdemokratischer 'Reform'-politik".

- 8 -

Vor dieser Einschätzung von Jugendhilfe im Kapitalismus ergab sich für die Sozialistische Aktion zwangsläufig eine andere Zielsetzung für den 5. DJHT als ihm die AGJ intendiert hatte.

Oberstes Ziel der Sozialistischen Aktion ist es, die Illusion vom Sozialstaat BRD zu zerstören. Es müsse dargestellt werden, daß das, was als Reform offiziell proklamiert und von den etablierten Organisationen angestrebt und für durchsetzbar gehalten wird, nichts anderes als notwendige Anpassungsprozesse an die Verwertungsbedingungen des Kapitals seien. Die prinzipielle Reformunfähigkeit des bürgerlichen Staates sei zu demonstrieren, z.B. an der Praxis der Berufsverbote gegen kritische Sozialarbeiter und Sozialpädagogen, an der Zerschlagung von Wohnkollektiven, Bürgerinitiativen und Jugendzentren durch den staatlichen Machtapparat sowie der Disziplinierung von Kindern und Jugendlichen über die Methoden repressiver Sozialpädagogik.

Daraus ergaben sich vor allem die folgenden vier Aufgabenstellungen für die Sozialistische Aktion auf dem 5. DJHT:

- Den scheindemokratischen Charakter des Jugendhilfetages zu entlarven, da seine "grundlegende inhaltliche und organisatorische Struktur schon festgelegt ist";
- Die "fachlichen" Fragestellungen der AGJ in ihrem politischen Zusammenhang zu diskutieren;
- Den Jugendhilfetag zu benutzen, um sozialistische Jugendpolitik darzustellen und den Organisationsprozeß der im Sozialbereich Tätigen voranzutreiben;
- Auf dem Jugendhilfetag den aktuellen Kampf sozialistischer Jugendlicher in Hamburg zu unterstützen."

4. Strategie der Sozialistischen Aktion auf dem 5. DJHT

Um die "Reformillusion aufzulösen", sollte mit "konkretem Material" gearbeitet werden. Hierbei sollten vor allem die politischen Disziplinierungen zentraler Diskussionsgegenstand sein. "Die AGJ wird versuchen, die Fragen zu den Disziplinierungen und den Berufsverböten soweit wie möglich zu unterschlagen bzw. sie evtl. nur auf eine Arbeitsgruppe zu beschränken: denn Reformen vertragen sich

- 9 -

schlecht mit Disziplinierungen! Übergreifendes Thema muß daher in allen Arbeitsgruppen die Frage sein: Warum werden Sozialarbeiter, die sich für die Interessen der von Sozialarbeit Betroffenen einsetzen, diszipliniert oder sogar mit Berufsverböten belegt?"

Von der AGJ angeworbene Mitwirkende am 5. DJHT sollten mit diesem Fragenkomplex als erstes konfrontiert werden und mußten damit rechnen, bei nicht befriedigender Antwort von den Vertretern der Sozialistischen Aktion ihrer Funktion entzogen zu werden. Dabei sollten auch in Abstimmungen erzielte Mehrheiten zugunsten der AGJ unerheblich bleiben, da die Sozialistische Aktion das durchsetzen wollte, was aus ihrer Sicht objektiv richtig ist. Einer andersartigen Position einer Minderheitenfraktion wurde in Hamburg eine klare Abfuhr erteilt. Abstimmungen seien in bestimmten Situationen Opportunismus und wurden als "falscher Demokratiebegriff" abgetan, da man dabei ja "rechte Teile" mit abstimmen lasse. "Das Auftreten allerdings von Referenten, die z.B. das "Berufsverbot" aktiv unterstützen, wird als Provokation des Veranstalters gewertet, auf die die Sozialistische Aktion reagieren wird." Unter dem Beifall der großen Mehrheit der Anwesenden wurde in Hamburg gefordert, daß sich die Eröffnungsredner "vorher explizit gegen Berufsverböte und andere Disziplinierungsmaßnahmen aussprechen" und erklärt, daß man andernfalls "auch mit Aktionen"- verhindern werde, daß diese zu Wort kämen. Erstes Opfer dieser Strategie sollte der Hamburger Senator für Jugend, Schule und Berufsbildung, Apel, sein, der für die gastgebende Stadt Hamburg das Großwort übernehmen sollte. Apel gilt als besonderer Repräsentant der Berufsverböte wegen der sog. Hamburger Beschlüsse gegen Radikale im öffentlichen Dienst. "Die Sozialistische Aktion wird zu verhindern haben, daß er zu Wort kommt." "Der wird nicht reden, das ist klar." Auch Frau Minister Dr. Focke hätte mit solchen Bemühungen zu rechnen gehabt, falls sie sich nicht eindeutig gegen Berufsverböte und Disziplinierungen ausgesprochen hätte. Schließlich fiel noch der Name Paul Hirschauer, Bielefeld, dem man seine Legitimation für eine Beteiligung am Informationspodium I bestritt, da man ihm konkrete Maßnahmen in Bielefeld anlastete.

Die inhaltliche Diskussion sollte auch nicht die rechtspolitischen Probleme der anstehenden Gesetzgebung behandeln, sondern den "möglichen Handlungsperspektiven gelten". "Daher soll nicht das neue Jugendhilferecht im Mittelpunkt der Diskussion stehen, sondern

- 10 -

die derzeitige Jugendhilfepraxis mit all ihren Problemen, Behinderungen und Disziplinierungen, sowie die allgemeine Situation der Arbeiterjugendlichen, Fragen des Berufsverböts, politische Justiz, um nur einige Aspekte zu nennen." Dazu hatte die Sozialistische Aktion bereits einen umfassenden Themenkatalog vorgelegt. Bei seiner Durchsetzung sollte "der Konfrontation mit den Auffassungen der Trägerverbände nicht ausweichen werden". Die von der AGJ vorgesehene Bereitstellung von Druckmöglichkeiten für alle Teilnehmergruppen und von Räumen für nicht im Programm vorgesehene Veranstaltungen von Teilnehmern würde "man zu nutzen wissen".

Schließlich sollte auch die Ablaufstruktur nicht hingenommen werden. "Die nahezu vollständige Aufsplitterung des Jugendhilfetages in kleine Diskussionszirkel ... erschwert ... in der vorgesehenen Form die Artikulation gemeinsamer Interessen und trägt dazu bei, ihre Durchsetzung zu verhindern." Aus diesem Grunde sollten Diskussionen bei allen Veranstaltungsformen und eine gemeinsame Schlußveranstaltung gefordert werden.

Da die Durchsetzung antikapitalistischer Reformen nach Einschätzung der Sozialistischen Aktion nicht möglich ist, sollte das Forum des 5. DJHT dazu genutzt werden, "den systemsichernden Charakter des geplanten Jugendhilfegesetzes zu entlarven und für eine Stärkung jener Arbeits- und Organisationsansätze einzutreten, die größere Möglichkeiten beruflicher Praxis im Interesse der Arbeiter und ihrer Familien bieten". So sollte die "sozialistische Argumentationsfähigkeit auf eine breite Basis gestellt und Massenmobilisierung ermöglicht werden! Dabei sollten auch Jugendliche und ihre Situation - zumindest aus dem Raum Hamburg - einbezogen werden. Man sprach davon, rund um das Kongreßzentrum vielfältige Veranstaltungs- und Demonstrationsformen von Jugendlichen darstellen zu lassen.

Organisatorisch wollte die Sozialistische Aktion ihre Bemühungen um ein zahlenmäßig großes und geschlossenes Auftreten durch folgende Schritte vorantreiben:

- Vorbereitung und Schulung in den regionalen Gruppen unter Einbeziehung interessierter Sozialarbeiter anhand der Vorbereitungs-papiere in Verbindung mit den konkreten Praxiserfahrungen;
- Bildung von überregionalen Diskussions- und Vorbereitungsgruppen;
- genaue taktische Vorbereitung unter Berücksichtigung der Nürnberger Erfahrungen;
- Schaffung eines Informations-/Organisations- und Tagungszentrums unter Einbeziehung Hamburger Gruppen und Genossen;
- breite Information in allen Dienststellen/Schulen etc. durch Aufrufe, Plakate, Papiere (zentral/regional) etc.

7. Auseinandersetzung um den 5. DJHT

8. Absage des 5. DJHT durch die AGJ

AGJ-Pressedienst

Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe AGJ

6300 Bonn 1 · Haager Weg 44
Telefon (02221) 20 15 20
Sparkasse Bonn 10.651.001

Vorlage des Vorstandes an die Mitgliederversammlung für die Sitzung am 29. Mai 1974

Betr.: 5. Deutscher Jugendhilftag

Nach einer eingehenden Diskussion hat der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe am 28.5.1974 beschlossen, der Mitgliederversammlung zu empfehlen, den für den 8. - 11. September 1974 geplanten 5. Deutschen Jugendhilftag abzusagen.

Begründung:

Die AGJ hat als bundeszentraler Zusammenschluß von ca. 60 überregionalen Trägern der Jugendhilfe seit 1964 vier Jugendhilftage durchgeführt.

Der 5. Deutsche Jugendhilftag, zu dem ca. 3000 Teilnehmer erwartet wurden, war unter dem Thema "Jugend und Recht" geplant. Dieser Jugendhilftag sollte sich mit den vielfältigen aktuellen jugendpolitischen Reformbemühungen auseinandersetzen. Auf diesem offenen Kongreß sollten alle Teilnehmer die Gelegenheit erhalten, ihre spezifischen Interessen und unterschiedlichen Standpunkte in bezug auf die Reformen in der Jugendhilfe darzulegen und darüber zu diskutieren, inwieweit diese Bestrebungen und das geltende Recht den Bedürfnissen und der Stellung des jungen Menschen in unserer Gesellschaft gerecht werden.

Vertreter der AGJ-Mitgliedsverbände sowie Wissenschaftler und Praktiker der Jugendhilfe haben in 2 1/2-tägiger Vorbereitungszeit ein Konzept für den 5. DJHT erarbeitet, in dem die Vorstellungen aus den verschiedensten Bereichen der Jugendhilfe berücksichtigt wurden.

Nachdem auch die organisatorischen Vorbereitungen weitgehend abgeschlossen waren, wurde vor einigen Wochen deutlich, daß eine in der "Sozialistischen Aktion 5. DJHT" zusammengeschlossene Gruppe die Zielsetzungen der AGJ für den Jugendhilftag entschieden ablehnt und die Absicht verfolgt, den Jugendhilftag nach ihren Vorstellungen völlig

Bonn, 30. Mai 1974

Die Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe sagt den 5. Deutschen Jugendhilftag ab

EINGEGANGEN
13. MA 1974
Erled.

Vorstand und Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe haben am 28./29. Mai 1974 in München beschlossen, den für den 8. - 11. September 1974 in Hamburg geplanten 5. Deutschen Jugendhilftag abzusagen.

Die AGJ antwortet damit auf die von der "Sozialistischen Aktion" erhobenen betriebene Vorbereitung zur Umfunktionierung des Jugendhilftages, die die Gefahr einer Sprengung in sich birgt.

Für diese Entscheidung waren vor allem folgende Gründe maßgebend:

- Die "Sozialistische Aktion" hat in wiederholten Erklärungen zum Ausdruck gebracht, daß sie die Zielsetzung des Jugendhilftages "Jugend und Recht", einen Beitrag zur Reform des Jugendrechts zu leisten, grundsätzlich ablehnt. Die Möglichkeit, an der Vorbereitung des Kongresses wie alle anderen Organisationen mitzuwirken, wurde ausdrücklich zurückgewiesen.
- Die Vertreter der "Sozialistischen Aktion" wollen sich ohne Zahlung des für die Finanzierung des Jugendhilftages erforderlichen Teilnehmerbeitrages Zutritt zum 5. DJHT verschaffen. Die AGJ ist nicht bereit, auf diese Nötigung einzugehen und eine Teilnehmergruppe ohne jeden Grund zu privilegieren.
- Die "Sozialistische Aktion" hat angekündigt, daß sie das offene Forum Jugendhilftag nicht zur kritischen fachpolitischen Diskussion benutzen, sondern ohne Rücksicht auf in Abstimmungen erzielte Ergebnisse ihre eigenen Vorstellungen durchsetzen will. Damit will sie demonstrieren, daß unser Staat prinzipiell reformunfähig und nicht in der Lage ist, den Interessen von Kindern und Jugendlichen gerecht zu werden.

Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe, 6300 Bonn 1, Haager Weg 44, Telefon (02221) 20 15 20
Abdruck: Honorarfrei · Genehmigung erforderlich

Obwohl die "Sozialistische Aktion" ausdrücklich erklärt hat, dies sei der Jugendhilftag der AGJ, muß sie sich sogar an, darüber zu bestimmen, welche Redner beim Jugendhilftag zu Wort kommen dürfen und welche nicht.

- Nach den Erfahrungen mit Vertretern der "Sozialistischen Aktion" beim 4. DJHT in Nürnberg kann die AGJ nicht daran zweifeln, daß die erklärten Absichten mit undemokratischen, intoleranten und inquisitorischen Mitteln in jeden Preis durchgesetzt werden sollen. Als Veranstalter eines Kongresses mit ca. 3000 Teilnehmern, der als ein offenes Forum konzipiert ist, will die AGJ auf diese Herausforderung nicht in gleicher Weise reagieren, weil sie Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzung ablehnt.
- Die AGJ kann und will nicht die Verantwortung dafür tragen, daß der Jugendhilftag in Hamburg in totaler Konfrontation und Irrationalität endet. Sie wird nicht zulassen, daß mit erheblichen Steuermitteln letztlich die Selbstdarstellung von Gruppen finanziert wird, die die freiheitlich demokratische Ordnung unseres Staates bekämpfen.

Daher sieht die AGJ keine andere vertretbare Alternative, als den Jugendhilftag abzusagen.

- Sie appelliert an alle Mitarbeiter in der Jugendhilfe, sich gegen jene solidarisch zu verhalten, die zwar vorgeben, Interessen von Kindern und Jugendlichen zu vertreten, diese in Wahrheit doch nur für die Durchsetzung ihrer politischen Ziele mißbrauchen wollen.

Die Mitgliederversammlung hat die AGJ beauftragt, im Zusammenhang mit dem Beginn der parlamentarischen Arbeiten an der Reform des Jugendhilfrechts 1975 eine für ihre Mitgliedsverbände repräsentative Veranstaltung zum Thema "Jugend und Recht" durchzuführen.

Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe AGJ

An die Interessenten am 5. DJHT
- Bezieher der AGJ-Mitteilungen

Bonn, 31. Mai 1974 (151/74)

Betr.: Absage des 5. Deutschen Jugendhilftages

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Vorstand der AGJ bedauert es, Ihnen mitteilen zu müssen, daß der für die Zeit vom 8. - 11. September 1974 in Hamburg geplante 5. Deutsche Jugendhilftag, der unter dem Thema "Jugend und Recht" stehen sollte, nicht durchgeführt werden kann. Vorstand und Mitgliederversammlung der AGJ haben am 28./29. Mai 1974 in München nach eingehender Diskussion beschlossen, die Veranstaltung abzusagen.

Für diese Entscheidung sind vor allem die folgenden Überlegungen maßgeblich gewesen:

Die AGJ hat als bundeszentraler Zusammenschluß von ca. 60 überregionalen Trägern der Jugendhilfe seit 1964 vier Jugendhilftage durchgeführt.

Der 5. Deutsche Jugendhilftag, zu dem ca. 3000 Teilnehmer erwartet wurden, war unter dem Thema "Jugend und Recht" geplant. Dieser Jugendhilftag sollte sich mit den vielfältigen aktuellen jugendpolitischen Reformbemühungen auseinandersetzen. Auf diesem offenen Kongreß sollten alle Teilnehmer die Gelegenheit erhalten, ihre spezifischen Interessen und unterschiedlichen Standpunkte in bezug auf die Reformen in der Jugendhilfe darzulegen und darüber zu diskutieren, inwieweit diese Bestrebungen und das geltende Recht den Bedürfnissen und der Stellung des jungen Menschen in unserer Gesellschaft gerecht werden.

Vertreter der AGJ-Mitgliedsverbände sowie Wissenschaftler und Praktiker der Jugendhilfe haben in 2 1/2-tägiger Vorbereitungszeit ein Konzept für den 5. DJHT erarbeitet, in dem die Vorstellungen aus den verschiedensten Bereichen der Jugendhilfe berücksichtigt wurden.

Nachdem auch die organisatorischen Vorbereitungen weitgehend abgeschlossen waren, wurde vor einigen Wochen deutlich, daß eine in der "Sozialistischen Aktion 5. DJHT" zusammengeschlossene Gruppe die Zielsetzungen der AGJ für den Jugendhilftag entschieden ablehnt und die Absicht verfolgt, den Jugendhilftag nach ihren Vorstellungen völlig "umzufunktionieren". Die Sozialistische Aktion hält unseren Staat nur insoweit für reformfähig und -willig, wie es den Interessen der "herrschenden Kräfte" im Staat nützt. Deshalb seien Reformen im Interesse der Kinder und Jugendlichen illusorisch und unmöglich.

Geschäftsstelle: 6300 Bonn 1 · Haager Weg 44 · Haus der Jugendarbeit · Telefon (02221) 20 15 20
Sparkasse Bonn 10.651.001 · Bank für Sozialwirtschaft Köln 1314.000

Ihr selbsterklärtes Ziel ist es, sich ohne Zahlung des für alle geltenden Teilnehmerbeitrages Zutritt zum Jugendhilftag zu verschaffen ohne Rücksicht auf in Abstimmungen erzielte Mehrheiten, Inhalte und Verlauf des Jugendhilftages nach ihren eigenen Interessen zu bestimmen und die Reformunfähigkeit des Staates zu entlarven. Die Sozialistische Aktion war nicht bereit, auf diese Forderungen zu verzichten und sich wie andere Organisationen in den entsprechenden Kommissionen an der Vorbereitung des Jugendhilftages zu beteiligen.

Man hätte daher erwarten müssen, daß es zu einer totalen Konfrontation zwischen den die Intentionen der AGJ unterstützenden Teilnehmern und Vertretern der Sozialistischen Aktion gekommen wäre. Hierdurch wäre die Chance vertan worden, konstruktive Vorschläge für rechtspolitische Reformen in der Jugendhilfe auf breiter Basis zu erarbeiten und sie damit wirksam zu vertreten. Deshalb kann es die AGJ nicht verantworten, daß sie für den Kongreß erforderlichen öffentlichen Mittel aufgewendet werden.

Die AGJ will als Veranstalter auch nicht auf undemokratisches, intolerantes und inquisitorisches Verhalten der Sozialistischen Aktion in gleicher Weise reagieren, da sie hierin kein geeignetes Mittel einer politischen Auseinandersetzung sieht.

Aufgrund der unüberbrückbaren Gegensätze sieht die AGJ keine vertretbare andere Alternative, als den Jugendhilftag abzusagen.

Die AGJ hat aus dieser Entscheidung Konsequenzen gezogen. Die Mitgliederversammlung hat den Vorstand beauftragt, innerhalb von 12 Monaten eine für die AGJ und ihre Mitgliedsverbände repräsentative Veranstaltung zum Thema "Jugend und Recht" zu planen.

Soweit Sie sich bereits für die Teilnahme am 5. DJHT angemeldet und Ihren Teilnehmerbeitrag an uns entrichtet haben, wird er Ihnen umgehend auf Ihr Konto bzw. das Ihrer entsendenden Stelle überwiesen.

Falls Sie auch schon mittels der durch uns zugesandten Reservierungskarte eine Zimmerreservierung vorgenommen haben, ist eine Abmeldung Ihrerseits nicht erforderlich. Für den Fall allerdings, daß Sie Zimmerbestellungen in Hamburger Hotels, Pensionen, Jugendherbergen etc. privat ohne die Zimmerreservierungskarte voranmeldet haben, empfehlen wir Ihnen eine umgehende Stornierung, damit Ihnen keine Stornierungskosten in Rechnung gestellt werden.

Wir möchten noch einmal betonen, wie sehr wir es bedauern, daß uns die unweiblichen Ankündigungen und die bereits vorliegenden Ergebnisse der Vorbereitungen der "Sozialistischen Aktion" diese Entscheidung aufzuzwingen haben. Wenn Sie sich für weitere Informationen interessieren, senden wir Ihnen gerne auf Anfrage eine Dokumentation darüber zu. Wir hoffen, daß uns auch in Zukunft Ihr Interesse an unserer Arbeit erhalten bleibt.

Mit freundlichen Grüßen
gen. Reinhard M. Walter
Vorsitzender

(Dieter Gress)
Geschäftsführer

Liebe Freunde und Genossen!

- Ich halte es für strategisch unklug in der gegenwärtigen pol. Situation diese Massenveranstaltung durchzuführen. Blast die Sache ab, mir ist das jetzt richtig klar geworden. Deswegen nehme ich nicht teil. Laßt nicht im aufgeklappte Messer es prüft. Ein Freund

Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe AGJ

Eingegangen
12 JUNI 1974
Erledigt

Bonn, 4. Juni 1974 (152/74)

DOKUMENTATION
zur Absage des 5. Deutschen Jugendhilftages

5. Der Zielkonflikt zwischen AGJ und "Sozialistischer Aktion"

Die Zielsetzungen für den 5. DJHT unterscheiden sich zwischen AGJ und Sozialistischer Aktion fundamental.

Die AGJ wollte eine breite Information und Diskussion über die rechtspolitischen Reformen im Sozialisationsbereich, die von der Bundesregierung in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden. Sie erhoffte sich mobilisierende Ergebnisse, die diese Reformen haben im Interesse der Kinder und Jugendlichen sowie der in der Sozialarbeit beruflich Tätigen beeinflussen würden. Die AGJ war hinsichtlich dieser Zielorientierung in der Tat nicht mehr offen, sondern durch Beschlüsse des Vorstands und der Mitgliederversammlung festgelegt. Offen war der Jugendhilftag lediglich hinsichtlich der Prozesse für eine Ergebnisfindung und Qualität der Ergebnisse für eine Einwirkung auf Reformvorhaben. Die AGJ hatte eine Struktur vorgegeben, die sicher noch geringfügig variabel, aber prinzipiell als vorgegebener Rahmen anzusehen war, in dem die Ergebnisfindung erfolgen sollte.

Die Sozialistische Aktion hingegen war nicht an der rechtspolitischen Entwicklung und an der institutionalisierten Einflußnahme auf Regierungen und Parlamente interessiert, da ihr Reformen zugunsten der Arbeiterklasse im Kapitalismus prinzipiell nicht möglich

erscheinen. Statt dessen wollte sie Bewußtseinsprozesse bei den Sozialarbeitern und Sozialpädagogen sowie bei den durch ihre Arbeit Betroffenen auslösen und deren solidarische Organisation gegen das kapitalistische System und den bürokratischen Staat vorantreiben.

Dazu hätte der prinzipiell für jedermann offene Jugendhilftag eine gute Gelegenheit geboten. Bereits in Vorfeld wurde durch Forderungen an die AGJ, die diese nicht oder nur unzureichend erfüllen konnte, mobilisiert. So war es z.B. erwartungsgemäß nicht möglich, in einer pluralistischen Organisation eine die Sozialistische Aktion überzeugende einheitliche Meinung zu den von ihr erhobenen politischen Forderungen zu finden. Außerdem waren auch die Bemühungen um eine Streichung des Tagungsbeitrags über einen Antrag auf Übernahme der dann entstehenden Finanzierungslücke beim Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit gescheitert. Die Sozialistische Aktion hatte bereits alle Teilnehmer am 5. DJHT aufgefordert, die Zahlung des Tagungsbeitrages zu verweigern.

6. Die Entscheidung der AGJ

Aus den aufgezählten Gründen hätte sich ein grundlegender Zielkonflikt zwischen den Mitgliedsorganisationen der AGJ und der Sozialistischen Aktion auf dem Jugendhilftag nicht vermeiden lassen. Auf diesen Konflikt hätte man auf dreierlei Weise reagieren können, die je unterschiedliche Konsequenzen nach sich gezogen hätten:

1. Da der Tagungsbeitrag durch Ablehnung des AGJ-Antrags an das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit nicht entfallen kann, erhalten die prinzipiell zahlungsunwilligen Mitglieder und Sympathisanten der Sozialistischen Aktion keine Tagungsunterlagen mit der dazu gehörigen Zutrittsberechtigung. Man kann sie also theoretisch am Betreten der Tagungsstätte hindern. Bei einer Größenordnung von mindestens 1000 Personen ist das nur durch massierten Einsatz von Ordnungskräften und ggf. Polizei zu erreichen.
2. Die AGJ gibt nach und läßt die Mitglieder und Sympathisanten der Sozialistischen Aktion ohne Zahlung eines Tagungsbeitrages zu. Konsequenz: Die rund 1000 Mitglieder und Anhänger der Sozialistischen Aktion würden Kongreßverlauf und Kongreßinhalt in ihrem Sinne verändern. Das würde selbst dann der Fall sein, wenn sie noch eine Minderheit darstellten, da sie ja erklärt haben, daß demokratische Abstimmungen für das richtige Tun nicht maßgeblich seien. Für die AGJ hätte das eine existentielle Krise zur Folge, bei der ungewiß wäre, ob die AGJ sie als Organisation überstünde.
3. Die AGJ läßt den Jugendhilftag ausfallen. Konsequenz: Man würde sagen, die AGJ habe vor der Sozialistischen Aktion kapituliert. Diese würde von einem Sieg reden. Damit würde dem Ansehen der AGJ in breiten Kreisen der fachlichen Öffentlichkeit erheblich geschadet. Sie würde besondere Anstrengungen unternehmen müssen, um das wieder zurechtzurücken. Der Gedanke des für jedermann offenen Forums Jugendhilftag wäre von nun an wohl nur noch Geschichte.

Für die Sozialistische Aktion würde jedoch das Ausfallen bedeuten, daß sie ihre politische Arbeit auch in Zukunft mit eigenen Mitteln und Möglichkeiten leisten müßte und sich nicht des Jugendhilftages als Vehikel bedienen könnte, das von denjenigen finanziert und organisiert wird, die sie bekämpft.

Die AGJ hat sich auf ihrer Mitgliederversammlung am 29. Mai 1974 in München nach einer mehrstündigen intensiven Diskussion mit einer Dreiviertelmehrheit ihrer Mitgliedsorganisationen für die Absage des Jugendhilftages, als das relativ kleinste von drei schwerwiegenden Übeln, entschieden.

9. Reaktion der Sozialistischen Aktion auf die Absage des 5. DJHT

SOZIALISTISCHE AKTION JUGENDHILFETAG HAMBURG

Kontaktadresse:
Info Sozialarbeit
in Sozialistisches Büro
605 Offenbach 4
Postfach 591

30. Mai 1974

Kurzinformation zur Mitgliederversammlung der AGJ am 29.5.74

Mit großer Mehrheit hat die Mitgliederversammlung der AGJ beschlossen den Jugendhilfetag abzusagen. (22 - 10 - 2)
Der Vorstand hatte dazu einen entsprechenden Antrag in geschlossener Sitzung verabschiedet und der Mitgliederversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt (siehe Beilage).
Gegen diesen Vorschlag haben sich u.a. aus unterschiedlichen Motiven die Falken, Deutsches Jugendinstitut, Sportjugend, Naturfreundejugend ausgesprochen; die AWO und andere Verbände haben sich der Stimme enthalten.

Folgende Begründung spielte in der Diskussion eine Rolle:

- man solle eine Selektion durch die Eintrittskarten durchführen, damit die Sozialistische Aktion weitgehend ausgeschlossen bleibe, da sie ja keine Beiträge bezahlen wolle; der Jugendhilfetag solle unter Umständen auch unter Polizeieinsatz durchgeführt werden;
- die Sozialistische Aktion will die Veranstaltung der AGJ umfunktionieren, wir (die AGJ) sehen nicht ein, warum wir für andere etwas organisieren sollen;
- die AGJ kapituliert vor der Sozialistischen Aktion - gleichzeitig bedeutet die Absage aber auch eine objektive Niederlage für die Sozialistische Aktion, da sie nun selbst ihre Sache durchführen, finanzieren und organisieren muß;

Unsicher war die AGJ über die Strategie der Sozialistischen Aktion; im wesentlichen bezog sie sich auf den "Informationsdienst" von Heliba, Wiesbaden (siehe Beilage) und dessen Bericht, daß Apel nicht reden solle. Eine Rolle spielte vordergründig die Beitragsfrage - der Antrag der AGJ auf Übernahme der Teilnehmerbeiträge von Greese in Hamburg groß verkündet, wurde von der Bundesregierung abgelehnt und die Aufforderung an alle Referenten Aussagen zum Berufsverbot zu machen, diese Aufforderung hat man als Inquisition bezeichnet.

Als Ersatz für den Jugendhilfetag will die AGJ in den nächsten 12 Monaten einen Delegiertentag durchführen.

Für uns bedeutet dies, daß wir die neue Situation in den Regionalgruppen diskutieren, evtl. überlegen, ob wir einen eigenen Jugendhilfetag organisieren können und wie wir öffentlich auf die Absage der AGJ reagieren.

Wie schon angekündigt wird das Koordinationsausschußtreffen vorverlegt auf den Sonntag, den 9. Juni 1974 13⁰⁰ Uhr. Wir treffen uns in Göttingen, Uni-Gelände - Nikolaus Berger Weg 5 c (Wirtschafts- und Geisteswissenschaftliche Fakultät) gegenüber der Mensa. Zuerreichen über Autobahn-Stadtmitte-Weender Landstr. - rechts Nikolaus B. Weg. Ein anderer kurzfristiger Termin war leider nicht möglich, wir bitten alle Vorbereitungsgruppen (1-2 Vertreter) und alle Ko-Ausschußmitglieder zu diesem sehr wichtigen Termin zu erscheinen.

Mit solidarischen Grüßen
i.A. gez. Günter Pabst

Anlagen: AGJ-Protokolle, AGJ-Begründung, Vorbereitungspapier JZ, Informationsdienst Heliba, Antrag der Falken, der nicht behandelt worden ist, JHG-Entwurf Teil II der Victor-Gollancz-Stiftung.

SOZIALISTISCHE AKTION JUGENDHILFETAG - Regionalgruppe Berlin -

Protokoll der Info-Veranstaltung v. 7.6.74 in der FHSS

Auf der Veranstaltung fand sich auf Grund mangelhafter Propagierung sowohl in den Einrichtungen der Jugendhilfe als auch in der FHSS nur eine Gruppe von ca. 70 Kollegen und Kolleginnen ein.
Nach einleitender Information über die Zusammensetzung und die Funktion der AGJ, sowie die Struktur und Themenstellung des geplanten 5. DJHT, der vom 8.-11.9. in Hamburg stattfinden sollte, wurde über die Sozialistische Aktion berichtet: die von ihr erhobenen Forderungen an die AGJ bezüglich der Durchführung des JHT, den offenen Briefwechsel zwischen Sozialistischer Aktion und AGJ bis hin zur Vorbereitungsstapung der Sozialistischen Aktion, die im April in Hamburg stattfand.

Die Konsequenz, die die AGJ aus dieser Auseinandersetzung gezogen hat, nämlich den JHT platzen zu lassen und durch eine interne Delegiertentagung im kommenden Jahr zu ersetzen, stieß bei den anwesenden Kollegen und Kommilitonen auf starke Empörung, aber auch auf Verunsicherung. Vorunsicherung deshalb, weil das große Forum auf dem JHT die Möglichkeit und die Basis für eine breite inhaltliche Auseinandersetzung mit der konkreten Jugendhilfepraxis;

- eine daraus resultierende Mobilisierung einer größeren Anzahl von Kollegen im sozialpädagogischen Bereich geboten hätte, die durch die Absage des JHT durch die AGJ nicht mehr gegeben ist.
An diesem Punkt ist aber gleichzeitig mit der Einschätzung an der Haltung der AGJ anzusetzen: Nicht die Gefahr einer Sprengung wäre für sie und die Spitzen der Bürokratie zu befürchten gewesen - denn durch eine Sprengung würden sich ja die Linien von der Masse der Kollegen isolieren - sondern die anstehende offene Auseinandersetzung über die Jugendhilfepraxis in Verbindung mit dem neuen Jugendhilferecht; stellt für die AGJ das eigentliche Problem dar. In einer konkret geführten Diskussion würde sehr schnell der reformistische Charakter des als so fortschrittlich ausgegebenen Referentenentwurfs deutlich werden.

Um der Intention der AGJ, die Auseinandersetzung mit dem neuen JHR in möglichst engem Rahmen stattfinden zu lassen, entgegen zu wirken, wurden vom Plenum folgende Vorschläge, in Bezug auf Zielsetzung und Weiterarbeit der Sozialistischen Aktion sowohl regional als auch im überregional, gemacht, die beim Koordinations-treffen am 9.7. in Göttingen eingebracht werden sollen:

Zielbestimmung

In der Agitation der Betroffenen und der Kollegen kann es nicht im Wesentlichen um die Kritik des vorliegenden Gesetzentwurfes und das Aufstellen alternativer Vorschläge gehen, sondern kritisiert werden muß die konkrete täglich erfahrbare Jugendhilfepraxis, der Jugendhilfeträger, die sich u.a. im Ablocken von Basisaktivitäten, in der Kriminalisierung von Jugendlichen, die für die Durchsetzung ihrer Forderungen kämpfen, in der Disziplinierung von Kollegen, die sich mit den Forderungen und dem Kampf der Jugendlichen aktiv solidarisieren, äußert.
Gesetze, wie der Referentenentwurf, sind selbst nur juristischer Ausfluß der konkreten Praxis und der in dieser Praxis von Jugendbehörden und -verbänden gemachten Erfahrungen. Die Verwertung dieser Erfahrungen im vorliegenden Referentenentwurf läuft auf zwei Ebenen:

1. Differenzierung und Ausbau des Maßnahmenkatalogs an den Punkten, wo die bisherige Form der Jugendhilfe auch im Sinne der staats-tragenden Parteien und Verbände versagt hat. (z.B. Hilfe für Gefährdete

2. Effektivierung der Disziplinierung, Instrumentalisierung und Integration von Jugendinitiativen als Reaktion auf und in Erwartung von zunehmender Mobilisierung eines großen Teils der Jugendlichen:

Diszipliniert werden in stärkerem Maße als bisher z.B. Jugendinitiativen durch die differenzierten Anerkennungs- und Förderungskriterien (§§ 8-12 RE)

Integriert werden sollen politisch aktive Jugendliche oder Gruppen von Jugendlichen durch "Vorbildung" ihrer konkreten politischen Forderungen in Rahmen der Ausweitung von "politischer Bildung" (§§ 31-35 RE)

Instrumentalisiert werden sollen z.B. Jugendzentrumsinitiativen durch das Angebot der "Hilfe in einer Wohngemeinschaft" (§ 68 RE) Diese Hilfe soll überdies nur solchen Jugendlichen zugute kommen, die schon bestimmte Voraussetzungen erfüllen (selbständige Lebensführung etc.)

Demgegenüber müssen praktische Forderungen für den Jugendhilfebereich aufgestellt werden, die an den Interessen von Kindern und Jugendlichen anknüpfen wie z.B. nach:
- selbstverwaltete Jugendzentren;
- Kinderkollektiven mit Beratern nach Wahl;
- eigenständige Jugendwohnkollektive

- 4 -

Aktionen

Hier wurde kontrovers diskutiert in Bezug auf

- die Durchsetzung der Durchführung eines JHT
- einen von der Sozialistischen Aktion durchzuführenden JHT im September
- die Schwerpunktssetzung der Arbeit der Sozialistischen Aktion in den einzelnen regionalen Bereichen, die hinzielt auf größere regionale Veranstaltungen

Für den Berliner Bereich wurden folgende Vorschläge gemacht:

1. Einbringen der von der Info-Veranstaltung verabschiedeten Resolution zur Absage des 5. DJHT in die
- MVV der Abtlg. Sozialarbeit und Sozialpädagogik in der ÖTV
- GZW
- Studentische VV's der Fachhochschulen
- Vorschlag zur Verabschiedung in den Akademischen Senaten
- Jugendsektionen der Berliner Sender

2. Durchführung eines Fachkongresses zum neuen JHR durch die FHSS

3. Die erweiterte Regionalgruppe Berlin trifft sich jeden Mittwoch um 19 Uhr in der FHSS 1 Berlin 30, Grotzstr 43/44

SOZIALISTISCHE AKTION JUGENDHILFETAG HAMBURG

PRESSEERKLÄRUNG:

17.6.1974

AGJ VERHINDERT DEN 5. DJHT

Der seit 2 Jahren mit erheblichen Steuermitteln von der AGJ vorbereitete 5. DJHT wurde kurzfristig unter fadenscheinigen Begründungen im Hinblick auf die Sozialistische Aktion abgesagt. Die in der Sozialistischen Aktion zusammenarbeitenden Sozialarbeiter/Sozialpädagogen verurteilen diese Absage.

Die Sozialistische Aktion hat sich im Januar 1974 in Bielefeld konstituiert und arbeitet seither in regionalen Vorbereitungsgruppen und auf überregionalen Koordinations-treffen. In einem Aufruf und einem "Offenen Brief" an die AGJ hat die Sozialistische Aktion ihre Zielvorstellungen und Forderungen in Bezug auf diesen Jugendhilfetag formuliert; die Streichung der Teilnehmergebühren sollte einer großen Anzahl von Sozialarbeitern/Sozialpädagogen aus der Praxis die Teilnahme am 5. DJHT ermöglichen und zum anderen die Struktur des Jugendhilfetags so beeinflusst werden, daß mit dem verbalen Anspruch der AGJ "ein offenes Forum" für die Diskussion der Jugendhilfepraxis" ernst gemacht wird und politisch brisante Themen nicht ausgeblendet bleiben. Die Sozialistische Aktion geht davon aus, daß geplante Veränderungen im Bereich des Jugendrechts nur sinnvoll diskutiert werden können, wenn von der Analyse der derzeitigen Jugendhilfepraxis mit all ihren Problemen, Behinderungen und Disziplinierungen, sowie der allgemeinen Situation der Arbeiterjugendlichen und ihrer Familien, Fragen des Berufsverbots, der politischen Justiz etc. ausgegangen wird.

Der Durchsetzung dieser Forderungen haben sich hunderte von Sozialarbeitern/Sozialpädagogen aus der gesamten BRD und Westberlin angeschlossen. Selbst aus den Reihen der AGJ-Mitgliedsverbände massierten sich die Forderungen, den Jugendhilfetag offen zu gestalten und eine breite Meinungs- und Willensbildung der erwarteten 3000 Teilnehmer zu ermöglichen. Diesen Forderungen ist der AGJ-Vorstand durch die Absage des Jugendhilfetages bewußt ausgewichen. Daß dabei mehr als 53.000 DM Steuermittel in der Vorbereitungsarbeit verschleudert wurden, beweist dem AGJ-Vorstand offensichtlich kein Kopfzerbrechen.

Mit der Absage des 5. DJHT hat die AGJ nicht nur vor der zu erwartenden Kritik der Praktiker kapituliert, sondern auch deutlich gemacht, daß es ihr mit dem Jugendhilfetag lediglich um eine schein-demokratische Legitimation staatlicher Jugendpolitik und um die Sicherung der Loyalität der "Fachbasis" gegenüber dem bürgerlichen Staat ging.

Nicht die Gefahr einer Sprengung des 5. DJHT wäre für die AGJ und die Spitzen der Bürokratie zu befürchten gewesen - denn durch eine Sprengung hätte sich die Sozialistische Aktion nur von der Masse der Kollegen isoliert - sondern die anstehende politische Auseinandersetzung über die Jugendhilfepraxis in Verbindung mit einer harten Kritik am geplanten Jugendhilferecht, das kaum dazu beitragen wird die Situation der von Jugendhilfe Betroffenen zu verbessern.

Deutlich wird dies durch die Selektion der Teilnehmer (hohe finanzielle Eigenleistung und Abhängigkeit von Dienstbefreiungen sollten ein "Expertenghetto" schaffen) und die Auswahl der Redner; nur die sollten zum Wort kommen, die der AGJ politisch genehm sind und die verschleiern helfen, daß Jugendhilfe zukünftig mehr noch als bisher als ein Instrument des Staates zur politischen Kontrolle sozialer Konflikte eingesetzt werden kann. Als eine von der Bundesregierung abhängige Institution wendet die AGJ mit der Absage die ihr zur Verfügung stehenden Mittel institutioneller Gewalt an, um die "Fachbasis" mundtot zu machen.

Die AGJ benutzt ferner die Absage, um kritische Sozialarbeiter zu disziplinieren und zu diffamieren, indem sie behauptet, die in der Sozialistischen Aktion repräsentierten Sozialarbeitergruppen wollten "die freiheitlich demokratische Ordnung unseres Staates" und die betreuten Kinder und Jugendliche "in Wahrheit doch nur für die Durchsetzung ihrer politischen Ziele mißbrauchen".

Mit dieser Erklärung hat sich der AGJ-Vorstand zum Vorreiter der Kräfte gemacht, die seit dem Hamburger Radikalerlaß fortschrittliche Pädagogen mit juristischen und polizeilichen Mitteln und Berufsverboten bedrohen. Damit hat auch der AGJ-Vorstand seine im "Offenen Brief" an die Sozialistische Aktion angekündigte Stellungnahme zum Thema "Berufsverbote, politische Disziplinierungen" abgegeben.

Die Verfolgung von Sozialarbeitern/Sozialpädagogen, die gemeinsam mit den von ihnen betreuten Arbeiterjugendlichen und -Familien kollektive Arbeitsansätze gegen den politischen und administrativen Widerstand der Sozialbürokratie durchzusetzen versuchen, ist letztlich gegen das "Klientel" selbst gerichtet und ein Moment in der Unterdrückung der Arbeiterklasse durch den bürgerlichen Staat.

Das gesamte Täuschungsmanöver der AGJ wird allerdings von den Kolleginnen und Kollegen durchschaut werden, die Diffamierungen, der in der Sozialistischen Aktion zusammenarbeitenden Sozialarbeiter/Sozialpädagogen, wird nicht verfangen.

Wenn auch mit der Absage des 5. DJHT den Praktikern eine Möglichkeit vorenthalten wurde, ihre berechtigten Interessen und Forderungen zu artikulieren, so werden sie sich andere Artikulationsmöglichkeiten schaffen, um auf die Situation der Jugendhilfe, die miserablen Arbeitsbedingungen, und die verschärfte Reglementierung durch Disziplinierungen und Berufsverbote aufmerksam zu machen und über die kontrollierende und disziplinierende Funktion der Jugendhilfe aufzuklären.

Die in der Sozialistischen Aktion zusammenarbeitenden Sozialarbeiter/Sozialpädagogen werden zum einen die regionale Arbeit verstärken und zum anderen alle Bestrebungen unterstützen ein breites Diskussionsforum herzustellen. Sie fordert deshalb alle fortschrittlichen Jugend- und Elterngruppen, Jugendverbände und Sozialarbeitergruppen etc. auf, in entsprechenden Initiativen mitzuarbeiten.

KÄMPFEN WIR ZUSAMMEN FÜR EINE JUGENDPOLITISCHE PRAXIS, DIE DEN INTERESSEN DER UNTERPRIVILEGIERTEN KINDER UND JUGENDLICHEN WIRKLICH NÜTZT!

Kontaktadresse:
INFO SOZIALARBEIT im Sozialistischen Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591

10. Weitere Reaktionen auf die Absage des 5. DJHT

INITIATIVE JUGENDPOLITISCHES FORUM - INITIATIVE JUGENDPOLITISCHES FORUM -

GEGENDARSTELLUNG DER INITIATIVE JUGENDPOLITISCHES FORUM
ZU DEN VORWÜRFE DER AGJ GEGEN DIE SOZIALISTISCHE AKTION
IM ZUSAMMENHANG MIT DER ABSAGE DES 5. DJHT

Die AGJ erweckt in ihrer Pressemitteilung (30.5.) und ihrer Dokumentation (Juni 74) zur Absage des 5. DJHT den Eindruck, als habe der JHT abgesagt werden müssen, da er bei der (angeblich) erklärten Zielsetzung der SOAK, sich ohne Zahlung der Teilnehmergebühren Zutritt zum JHT zu verschaffen und ohne Rücksicht auf in Abstimmungen erzielte Mehrheiten Inhalte und Verlauf des JHT nach ihren eigenen Vorstellungen zu bestimmen, nur bei massiertem Einsatz von Ordnungskräften und Polizei - und auch dann nicht störungsfrei - durchzuführen gewesen oder aber im Sinne der Ziele der SOAK umfunktioniert worden wäre.

RICHTIGSTELLUNG:

Diese Behauptungen entsprechen nicht den Tatsachen.
Richtig ist vielmehr:

1. daß die SOAK in einem offenen Brief v. 17.1.74 an die AGJ gefordert hatte, niemand solle als Eröffnungsredner vorgesehen werden, der politische Disziplinierungen und Berufsverbote gegen fortschrittliche Kollegen mitverantworten habe, ferner sollten alle Referenten auf dem 5. DJHT zu den Berufsverböten und politischen Disziplinierungen im Sozialbereich Stellung nehmen.

2. daß die Diskussionen, die auf dem Hamburger Vorbereitungstreffen der SOAK vom 26.-28.4.74 um die Person des von der AGJ als Eröffnungsredner vorgesehenen Hamburger Schulsenators Apel geführt wurde, entgegen den Darstellungen der AGJ-Dokumentation (wie auch des JW-Dienstes von Meliba) folgende Ergebnisse hatte:

- Es wurde allgemein festgestellt, daß die Benennung Herrn Apels als Eröffnungsredner eine "Provokation" darstelle, da dieser maßgeblich an Berufsverböten gegen fortschrittliche Kollegen mitgewirkt habe.

- Die offensichtliche Mehrheit der Teilnehmer hielt es für angebracht, auf diese Provokation "angemessen zu reagieren" und nicht - wie Vertreter einer Hamburger Gruppe meinten - einer Konfrontation mit Apel und dem Veranstalter grundsätzlich aus dem Weg zu gehen..

- Es wurde ein Konsens dahingehend erzielt, daß es nicht Aufgabe der SOAK sein könne, Apel am Reden zu hindern, sondern über gezielte Aufklärungsaktionen vor allem in Hamburg die am JHT teilnehmenden Kollegen auf die Auseinandersetzung mit Apel vorzubereiten, und daß im übrigen Aktionen abzulehnen seien, die sich der Mehrheit der Teilnehmer auf dem Jugendhilfetag nicht vermitteln ließen.

- Die Frage, ob es sinnvoll sei, auf dem JHT eine formelle Abstimmung herbeizuführen, ob Apel reden solle oder nicht, blieb offen. Es trifft nicht zu, daß man das Ergebnis einer solchen Abstimmung als unverbindlich für das eigene Verhalten erklärte. Wenn sich einzelne Teilnehmer in einem solchen Sinn geäußert haben sollten, handelte es sich dabei um individuelle, in keiner Weise für die Mehrheit der Teilnehmer repräsentative Meinungsäußerungen.

II ZUR FRAGE DER VERWEIGERUNG DES TEILNEHMERBEITRAGES

Die AGJ behauptet diesbezüglich in ihrer Pressemitteilung (S.1) und "Dokumentation" (S.5), die Vertreter der SOAK hätten sich ohne Zahlung der Teilnehmergebühren Zutritt zum JHT verschaffen wollen und alle Teilnehmer am JHT aufgefordert, die Zahlung des Tagungsbeitrages zu verweigern.

RICHTIGSTELLUNG:

Diese Behauptungen sind irreführend, zumal in der "Dokumentation" die Absprachen zwischen Vertretern der SOAK und dem Geschäftsführer der AGJ in der Frage des Teilnehmerbeitrages völlig unterschlagen werden.

Richtig ist:

1. daß die SOAK die AGJ in ihrem offenem Brief aufgefordert hatte, auf Teilnehmergebühren zu verzichten, um eine Privilegierung der Verbands- und Regierungsfunktionären gegenüber den vor Ort arbeitenden Kollegen zu vermeiden;

2. daß der Geschäftsführer der AGJ auf dem Hamburger Vorbereitungstreffen gegenüber Vertretern der SOAK die Berechtigung dieser Forderung anerkannte und zu erkennen gab, es sei "so gut wie sicher", daß das EJFG den Antrag der AGJ auf Ausgleich der durch den Wegfall von Teilnehmergebühren entstehenden Finanzierungslücke in Höhe von DM 48 000 entsprechen werde; worauf diese ihn mitteilen, sie würden aufgrund der neuen Sachlage allgemein dazu auffordern, keine Tagungsbeiträge zu zahlen;

3. daß ein Vertreter der SOAK im Plenum über das mit Herrn Greese geführte Gespräch berichtete und - entsprechend Herrn Greeses Anregung - dazu aufforderte, die von diesem mitgebrachte Anmeldekarte unter Streichung der Spalte Teilnehmerbeiträge auszufüllen und der AGJ zuzuschicken.

Zu der Mitgliederversammlung der AGJ am 28/29.5.74 in München, auf der die Absage des 5. DJHT mit dem Argument angeblicher Umfunktionierungsversuche seitens der SOAK beschlossen wurde, war kein Vertreter der SOAK geladen worden, der zu den Unterstellungen des AGJ-Geschäftsführers hätte Stellung nehmen können.

Auf einer Informationsveranstaltung des ASTAs der PH Rheinland Abt. Heilpädagogik zur Absage des 5. DJHT am 10.7.74 in Köln, an der Herr Greese als Vertreter der AGJ teilnahm, wurde die AGJ in Form einer Resolution aufgefordert, eine Gegendarstellung der SOAK an alle die Stellen zu verschicken, die auch die AGJ-Dokumentation erhalten hatten. Herr Greese sah sich während der Veranstaltung nicht in der Lage, eine entsprechende Zusage zu geben; eine diesbezügliche schriftliche Anfrage des ASTA's an die AGJ blieb unbeantwortet.

Herr Greese hat bei verschiedenen Gelegenheiten, unter anderem auf einer AWO-Tagung Ende Juni in Rolandseck wahrheitswidrig behauptet, ein engagierter Mitarbeiter der SOAK habe im wesentlichen die Richtigkeit seiner Darstellungen in der AGJ-Dokumentation bestätigt, und damit den Eindruck einer gesicherten Objektivität dieser Dokumentation erweckt.

f.d.R. Günter Pabst

Ffm: 9.10.1974

INITIATIVE JUGENDPOLITISCHES FORUM

SPENDEN FÜR

JUGENDPOLITISCHES FORUM

Der mit erheblichen Steuermitteln (50 000 DM) finanzierte 5. DJHT in Hamburg findet nicht statt. Bundesregierung und AGJ haben trotz hoher finanzieller Investitionen den Jugendhilfetag platzen lassen. Sie mußten befürchten, daß Sozialarbeiter, Erzieher und Lehrer die tatsächliche Situation der von ihrer Praxis betroffenen Kinder u. Jugendliche, sowie ihre Arbeitsbedingungen mit all ihren Problemen, Behinderungen und Disziplinierungen den Reformversprechen gegenüberstellen würden. Damit wäre das Vorhaben der AGJ den Jugendhilfetag als Legitimationsforum staatlicher Jugendpolitik zur Sicherung der Loyalität der "Fachbasis gegenüber dem bürgerlichen Staat zugestalten, gescheitert.

In dieser Situation- angesichts der sich verschlechternden Lage der Arbeiterjugend, des Scheiterns grundlegender Reformen in Schul-, Berufsbildungs und Sozialbereich, der Verschlechterung der familialen Lebensverhältnisse, des zunehmenden Widerstandes von Arbeitern, Jugendlichen gegen die Beeinträchtigung ihrer Lebensverhältnisse- ist es notwendig geworden ein Jugendpolitisches Forum zu veranstalten.

Das Forum soll Jugendlichen, Sozialarbeitern, Erziehern und Lehrern in Ausbildung und Beruf die Möglichkeit bieten, Schwierigkeiten und Unklarheiten innerhalb dieser Bewegung offen zu diskutieren, Entwicklungstendenzen der herrschenden Jugendpolitik (z.B. Jugengesetze) besser einzuschätzen, Erfahrungen auszutauschen, Spaltungen zu überwinden, die Solidarität zu stärken und Widerstands- und Handlungsperspektiven zu entwickeln.

Träger des Jugendpolitischen Forums v. 6.-8.12.1974 in Frankfurt sind die in der Initiative Jugendpolitisches Forum zusammenarbeitenden Gruppen: Bund Demokratischer Jugend/Bund Deutscher Pfadfinder, Deutsche Jungdemokraten, Naturfreundejugend Hessen, und der Sozialistischen Aktion.

Damit ist auch die Möglichkeit geschaffen, daß sich eine große Zahl von Jugendlichen, Sozialarbeiter/Sozialpädagogen, Erzieher und Lehrer an den inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitungen beteiligen kann - bzw. ihre aktive Beteiligung ist geradezu Voraussetzung für ein Gelingen dieses Forums.

Die Initiative für das Jugendpolit. Forum findet zunehmende Unterstützung auch bei anderen Gruppen und Personen; so z.B. Frankfurter Jungsozialisten Unterbezirksausschuß, Stadtjugendring Darmstadt, Sozialistisches Büro Offenbach und namhafte Erziehungswissenschaftler.

Man läßt sich eine solche Veranstaltung natürlich nicht ohne finanzielle Mittel durchführen. Wir rechnen etwa mit 15 000 - 20 000 DM. Da wir politisch unabhängig sind, haben wir keine potente Geldgeber im Rücken. Wir sind auf die Unterstützung der beteiligten Gruppen, der Kollegen und an der Jugendarbeit Interessierten angewiesen. Wenn jeder nur DM 10,- spendet - die gut verdienenden etwas mehr, dann dürfte die Finanzierung gesichert sein.

Kolleginnen, Kollegen, Genossinnen und Genossen unterstützt das Jugendpolit. Forum auch durch Dueren finanziellen Beitrag. Wir danken für jede Mark, jede Briefmarke oder Stapel Papier.

Spenden können eingezahlt werden an: Christine Müller

Kennwort: Jugendpolit. Forum BSCM Frankfurt Nr. 699 26 -601

